



Kreissparkasse Ludwigsburg Schillerplatz 6 71638 Ludwigsburg
www.ksklb.de Telefon 07141 / 148-0 Telefax 07141 / 148-5100

Basisprospekt vom 09. September 2013

für

Inhaberschuldverschreibungen

mit fester Verzinsung
ohne periodische Verzinsung
mit variabler Verzinsung
mit Reverse Floating Verzinsung
mit Kündigungsrecht der Emittentin
ohne Kündigungsrecht der Emittentin.

der

Kreissparkasse Ludwigsburg

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung des Prospektes.....	6
1.1	Abschnitt A – Einleitung und Warnhinweis	6
1.2	Abschnitt B - Emittent	6
1.3	Abschnitt C - Wertpapiere	9
1.4	Abschnitt D - Risiken.....	12
1.5	Abschnitt E - Angebot.....	16
2	Risikofaktoren.....	19
2.1	Emittentin.....	19
2.2	Wertpapiere.....	21
3	Emittentenbeschreibung	24
3.1	Angaben zur Emittentin	24
3.1.1	Verantwortliche Personen.....	24
3.1.2	Abschlussprüfer.....	24
3.1.3	Angaben über die Emittentin	24
3.1.3.1	Juristischer und kommerzieller Name sowie Handelsregistereintragung.....	24
3.1.3.2	Gründung der Kreissparkasse Ludwigsburg	24
3.1.3.3	Rechtsform und anwendbares Recht, Sitz.....	24
3.1.3.4	Geschäftsanschrift.....	24
3.1.3.5	Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die in hohem Maße für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind	24
3.1.4	Geschäftsüberblick.....	25
3.1.4.1	Aufgaben und Funktionen.....	25
3.1.4.2	Geschäftsfelder	25
3.1.4.3	Geschäftsgebiet.....	25
3.1.5	Organisationsstruktur	25
3.1.6	Trendinformationen.....	25
3.1.7	Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane	25
3.1.7.1	Organe.....	25
3.1.7.2	Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder.....	26
3.1.7.3	Interessenkonflikte	27
3.1.8	Träger der Kreissparkasse Ludwigsburg	27
3.1.9	Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin	28
3.1.9.1	Geschäftsjahr	28
3.1.9.2	Historische Finanzinformationen	28
3.1.10	Gerichts- und Schiedsverfahren.....	28
3.1.11	Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Kreissparkasse Ludwigsburg ..	28
3.1.12	Einsehbare Dokumente	28
3.2	Historische Finanzinformationen	29
3.2.1	Ratingagenturen	29
3.2.2	Finanzinformationen 2011	30
3.2.2.1	Lagebericht.....	30

3.2.2.1.1	Rahmenbedingungen	30
3.2.2.1.2	Wirtschaftsbericht.....	31
3.2.2.1.3	Risikovorsorge, Bewertung und Reserven	35
3.2.2.1.4	Finanzlage	35
3.2.2.1.5	Ertragslage	36
3.2.2.1.6	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren (Mitarbeiter – Kunden – Umwelt)	37
3.2.2.1.7	Gesamtaussage und Beurteilung.....	39
3.2.2.2	Nachtragsbericht: Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres	39
3.2.2.3	Risikobericht	39
3.2.2.3.1	Risikomanagement	39
3.2.2.3.2	Überwachung und Steuerung der Risikoarten	42
3.2.2.4	Prognosebericht.....	49
3.2.2.5	Jahresbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	52
3.2.2.6	Anhang	56
3.2.2.6.1	Allgemeine Angaben.....	56
3.2.2.6.2	Bilanzierung und Bewertungsmethoden.....	56
3.2.2.6.3	Pfandbriefgeschäft.....	59
3.2.2.6.4	Erläuterungen zur Jahresbilanz	61
3.2.2.6.5	Sonstige Angaben	66
3.2.2.6.6	Derivative Finanzinstrumente	67
3.2.2.6.7	Latente Steuern	69
3.2.2.6.8	Abschlussprüferhonorare	69
3.2.2.6.9	Organe der Kreissparkasse.....	69
3.2.2.6.10	Bezüge und Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat.....	70
3.2.2.6.11	Mitarbeiter/-innen	71
3.2.2.6.12	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	72
3.2.3	Finanzinformationen 2012	73
3.2.3.1	Lagebericht.....	73
3.2.3.1.1	Rahmenbedingungen	73
3.2.3.1.2	Wirtschaftsbericht.....	75
3.2.3.1.3	Risikovorsorge, Bewertung und Reserven	78
3.2.3.1.4	Finanzlage	79
3.2.3.1.5	Ertragslage	79
3.2.3.1.6	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren (Mitarbeiter – Kunden – Umwelt)	80
3.2.3.1.7	Gesamtaussage und Beurteilung.....	82
3.2.3.2	Nachtragsbericht: Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres	82
3.2.3.3	Risikobericht	82
3.2.3.3.1	Risikomanagement	82
3.2.3.3.2	Überwachung und Steuerung der Risikoarten	86
3.2.3.4	Prognosebericht.....	92
3.2.3.5	Jahresbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	96

3.2.3.6	Anhang	100
3.2.3.6.1	Allgemeine Angaben.....	100
3.2.3.6.2	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	100
3.2.3.6.3	Pfandbriefgeschäft.....	103
3.2.3.6.4	Erläuterungen zur Jahresbilanz	106
3.2.3.6.5	Sonstige Angaben	111
3.2.3.6.6	Derivative Finanzinstrumente	112
3.2.3.6.7	Latente Steuern	114
3.2.3.6.8	Abschlussprüferhonorare	114
3.2.3.6.9	Bezüge und Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat.....	116
3.2.3.6.10	Mitarbeiter/-innen	116
3.2.3.6.11	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	117
4	Wertpapierbeschreibung für Schuldverschreibungen der Kreissparkasse Ludwigsburg.....	118
4.1	Beschreibung der Schuldverschreibungen	118
4.1.1	Allgemeines.....	118
4.1.2	Produktspezifische Beschreibung der Schuldverschreibungen	118
4.2	Verantwortliche Personen.....	120
4.3	Wichtige Angaben	120
4.3.1	Interessen – einschließlich der Interessenkonflikte	120
4.3.2	Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses	120
4.4	Angaben über die anzubietenden nachrangigen oder nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen mit fester, ohne periodische, mit variabler oder mit Reverse Floating Verzinsung, mit oder ohne Kündigungsrecht	121
4.4.1	Wertpapiergattung, Identifikationsnummer.....	121
4.4.2	Anwendbares Recht	121
4.4.3	Verbriefung	121
4.4.4	Währung	121
4.4.5	Status und Rang	121
4.4.6	Kündigungsrecht der Emittentin	122
4.4.7	Verzinsung.....	122
4.4.8	Fälligkeit, Art und Weise der Rückzahlung.....	122
4.4.9	Rendite.....	123
4.4.10	Ermächtigung.....	123
4.4.11	Emissionstermin.....	123
4.4.12	Übertragbarkeit der Wertpapiere	123
4.4.13	Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland	123
4.4.14	Verkaufsbeschränkungen	124
4.4.15	Kategorien potenzieller Investoren.....	124
4.4.16	Zulassung zum Handel	124
4.5	Zusätzliche Informationen	124
4.5.1	Angaben, die in die Endgültigen Bedingungen einer Emission aufgenommen werden.....	124

4.5.2	Veröffentlichung des Prospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen	124
4.5.3	Zustimmung zur Prospektnutzung.....	125
4.5.4	Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigeninformationen....	125
4.5.5	Korrekte Wiedergabe von Informationen Dritter	125
4.6	Konditionen des Angebots	125
5	Anleihebedingungen	126
6	Endgültige Bedingungen	131
7	Unterschriftenblatt.....	135

1	Zusammenfassung des Prospektes
----------	---------------------------------------

Zusammenfassungen bestehen aus geforderten Angaben, den sogenannten "Punkten". Diese Punkte sind in den Abschnitten A - E enthalten und nummeriert (A.1 – E.7).

Diese Zusammenfassung enthält alle Punkte, die für eine Zusammenfassung dieses Typs von Wertpapieren und Emittent erforderlich sind. Da einige Punkte nicht adressiert werden müssen, kann es Lücken in der Nummerierungsreihenfolge geben.

Sogar wenn ein Punkt aufgrund des Typs von Wertpapieren und Emittenten erforderlich sein kann, besteht die Möglichkeit, dass zu diesem Punkt keinen relevanten Informationen gegeben werden können. In diesem Fall wird eine kurze Beschreibung des Punktes mit der Erwähnung "entfällt" eingefügt.

1.1 Abschnitt A – Einleitung und Warnhinweis

A.1	Einführung zur Zusammenfassung	<p>Die Zusammenfassung ist als Einführung zu diesem Basisprospekt (nachfolgend auch „Prospekt“ genannt) zu verstehen.</p> <p>Die Zusammenfassung ist im Zusammenhang mit dem gesamten Inhalt des Basisprospektes einschließlich etwaiger Nachträge zu lesen. Eine Anlageentscheidung sollte daher nicht allein auf diese Zusammenfassung gestützt, sondern erst nach Studium des Basisprospektes sowie etwaiger Nachträge und der Endgültigen Bedingungen im Sinne des Art. 26 Abs. 5 Verordnung (EG) Nr. 809/2004 und § 6 des Wertpapierprospektgesetzes (WpPG) (nachfolgend „Endgültige Bedingungen“ genannt) getroffen werden, die im Zusammenhang mit der Emission von Inhaberschuldverschreibungen (nachfolgend auch „Schuldverschreibungen“ genannt) stehen.</p> <p>Jeder Anleger sollte sich darüber bewusst sein, dass für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in einem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben könnte.</p> <p>Die Kreissparkasse Ludwigsburg (nachfolgend auch „Emittentin“ genannt), die die Verantwortung für die Zusammenfassung übernimmt, oder von der der Erlass ausgeht, kann haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird, oder sie, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird, nicht alle erforderlichen Schlüsselinformationen vermittelt.</p>
A.2	Prospektverwendung	Entfällt. Die Emittentin erteilt keine Zustimmung zur Verwendung dieses Prospektes durch Finanzintermediäre.

1.2 Abschnitt B - Emittent

B.1	Juristische und	Kreissparkasse Ludwigsburg
-----	-----------------	----------------------------

	kommerzielle Bezeichnung des Emittenten.																																								
B.2	Sitz und Rechtsform des Emittenten, Rechtsordnung und Land der Gründung der Gesellschaft.	Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach deutschem Recht, eingetragen beim Amtsgericht Stuttgart unter HRA 202687 und mit Sitz in Ludwigsburg.																																							
B.4b	Bekannte Trends.	Entfällt, es gibt keine bekannten Trends, die sich auf die Emittentin und die Branchen, in denen sie tätig ist, auswirken.																																							
B.5	Beschreibung der Gruppe und der Stellung des Emittenten innerhalb dieser Gruppe.	Entfällt. Die Kreissparkasse ist nicht Teil einer Gruppe.																																							
B.9	Gewinnprognosen oder -schätzungen.	Entfällt, es gibt keine Gewinnprognosen oder -schätzungen.																																							
B.10	Beschränkungen im Bestätigungsvermerk zu den historischen Finanzinformationen.	Entfällt, es gibt keine Beschränkungen im Bestätigungsvermerk zu den historischen Finanzinformationen.																																							
B.12	Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformation	<p>Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung bestimmter Finanzinformationen gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) über die Kreissparkasse Ludwigsburg für die Geschäftsjahre 2011 und 2012, jeweils zum Jahresultimo. Sie sind den jeweils geprüften Jahresabschlüssen (Rechnungslegungsstandard HGB), sowie den Lageberichten 2011 und 2012 der Emittentin entnommen:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Jahresabschluss (stichtagsbezogen):</th> <th>31.12.2011</th> <th>31.12.2012</th> </tr> <tr> <td></td> <td><i>Mio. €</i></td> <td><i>Mio. €</i></td> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Geschäftsvolumen ¹⁾</td> <td>9.517,9</td> <td>9.628,6</td> </tr> <tr> <td>Bilanzsumme</td> <td>9.442,0</td> <td>9.545,4</td> </tr> <tr> <td>Kundenkreditvolumen</td> <td>4.600,5</td> <td>4.913,6</td> </tr> <tr> <td>Wertpapiervermögen</td> <td>3.087,1</td> <td>3.245,8</td> </tr> <tr> <td>Mittelaufkommen von Kunden</td> <td>6.246,9</td> <td>6.310,2</td> </tr> <tr> <td>Eigene Mittel ²⁾</td> <td>692,4</td> <td>809,8</td> </tr> <tr> <td>Zinsertrag (zeitraumbezogen aus Periode):</td> <td>01.01.2011-31.12.2011</td> <td>01.01.2012-31.12.2012</td> </tr> <tr> <td>Zinsüberschuss</td> <td>133,7</td> <td>164,0</td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsaufwand</td> <td>126,0</td> <td>133,8</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</td> <td>35,1</td> <td>53,3</td> </tr> <tr> <td>Jahresüberschuss</td> <td>17,2</td> <td>17,4</td> </tr> </tbody> </table> <p>1) Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten 2) Die Position "Eigene Mittel" setzt sich zusammen aus den Positionen: "Sicherheitsrücklage" und Fonds für allgemeine Bankrisiken"</p> <p>Erklärung, dass sich die Aussichten des Emittenten seit dem Datum des letzten veröffent-</p> <p>Seit dem Jahresabschluss 2012, der auf dem Stichtag 31.12.2012 basiert, sind keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Kreissparkasse Ludwigsburg eingetreten.</p>	Jahresabschluss (stichtagsbezogen):	31.12.2011	31.12.2012		<i>Mio. €</i>	<i>Mio. €</i>	Geschäftsvolumen ¹⁾	9.517,9	9.628,6	Bilanzsumme	9.442,0	9.545,4	Kundenkreditvolumen	4.600,5	4.913,6	Wertpapiervermögen	3.087,1	3.245,8	Mittelaufkommen von Kunden	6.246,9	6.310,2	Eigene Mittel ²⁾	692,4	809,8	Zinsertrag (zeitraumbezogen aus Periode):	01.01.2011-31.12.2011	01.01.2012-31.12.2012	Zinsüberschuss	133,7	164,0	Verwaltungsaufwand	126,0	133,8	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	35,1	53,3	Jahresüberschuss	17,2	17,4
Jahresabschluss (stichtagsbezogen):	31.12.2011	31.12.2012																																							
	<i>Mio. €</i>	<i>Mio. €</i>																																							
Geschäftsvolumen ¹⁾	9.517,9	9.628,6																																							
Bilanzsumme	9.442,0	9.545,4																																							
Kundenkreditvolumen	4.600,5	4.913,6																																							
Wertpapiervermögen	3.087,1	3.245,8																																							
Mittelaufkommen von Kunden	6.246,9	6.310,2																																							
Eigene Mittel ²⁾	692,4	809,8																																							
Zinsertrag (zeitraumbezogen aus Periode):	01.01.2011-31.12.2011	01.01.2012-31.12.2012																																							
Zinsüberschuss	133,7	164,0																																							
Verwaltungsaufwand	126,0	133,8																																							
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	35,1	53,3																																							
Jahresüberschuss	17,2	17,4																																							

	<p>lichten geprüften Abschlusses nicht wesentlich verschlechtert haben, oder Beschreibung jeder wesentlichen Verschlechterung.</p> <p>Beschreibung wesentlicher Veränderungen bei Finanzlage des Emittenten, die nach dem von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum eingetreten sind</p>	<p>Entfällt. Seit dem 31.12.2012 sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Kreissparkasse Ludwigsburg eingetreten.</p>
B.13	Ereignisse aus der jüngsten Zeit der Geschäftstätigkeit des Emittenten	Entfällt, es gibt keine Ereignisse aus der jüngsten Zeit der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die für die Bewertung ihrer Zahlungsfähigkeit in hohem Maße relevant sind.
B.14	Beschreibung der Gruppe und Stellung der Emittentin / Abhängigkeit von anderen Einheiten innerhalb der Gruppe	Entfällt. Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist Mitglied des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg sowie der Sparkassenfinanzgruppe. Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist Mitglied des Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg und damit dem Sicherungssystem der Sparkassenfinanzgruppe angeschlossen. Eine Abhängigkeit zum Sparkassenverband Baden-Württemberg besteht nicht.
B.15	Beschreibung der Haupttätigkeiten des Emittenten.	Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist ein selbständiges Wirtschaftsunternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse vorrangig in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Kreissparkasse Ludwigsburg fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise und die Wirtschaftserziehung der Jugend. Die Kreissparkasse Ludwigsburg betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Sparkassengesetz für Baden-Württemberg, die entsprechende Sparkassengeschäftsordnung oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen.
B.16	Unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse.	<p>Träger der Kreissparkasse Ludwigsburg im Sinne von §8 Sparkassengesetz für Baden-Württemberg ist der Landkreis Ludwigsburg.</p> <p>Durch die Trägerschaft besteht kein Beherrschungsverhältnis.</p>
B.17	Ratings.	Entfällt, es gibt keine Ratings, die im Auftrag der Emittentin oder in Zusammenarbeit mit ihr beim Ratingverfahren für die Emittentin oder ihre Schuldtitel erstellt wurden.

1.3 Abschnitt C - Wertpapiere

C.1	Art und Gattung der Wertpapiere, einschließlich jeder Wertpapierkennung.	<p>Bei den anzubietenden Wertpapieren handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen der Kreissparkasse Ludwigsburg, jeweils ausschließlich lieferbar in Miteigentumsanteilen an einer Global-Inhaberschuldverschreibung mit einem Mindestnennwert in Höhe von EUR ●. Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Emittentin und der Gläubiger unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.</p> <p>Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung verbrieft. Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen [oder Zins­scheinen] werden nicht ausgestellt.</p> <p>Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code ● und die WKN ●.</p>
C.2	Währung der Wertpapieremission.	Die Schuldverschreibungen werden in ● begeben.
C.5	Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit der Wertpapiere.	Entfällt. Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG übertragbar. Es bestehen keine Übertragungsbeschränkungen.
C.8	Beschreibung der mit den Wertpapieren verbundenen Rechte einschließlich der Rangordnung und einschließlich Beschränkungen dieser Rechte	<p><i>Anwendbares Recht der Wertpapiere</i></p> <p>Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.</p> <p><i>Mit den Wertpapieren verbundene Rechte</i></p> <p>Durch die Schuldverschreibungen erhalten die Gläubiger einen Anspruch auf Tilgung der Schuldverschreibungen zu 100% des Nennwerts am Fälligkeitstag sowie gegebenenfalls auf Zinszahlungen.</p> <p><i>Status der Schuldverschreibungen</i></p> <p>[Die Schuldverschreibungen werden als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben. Die Schuldverschreibungen einer Serie sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.</p> <p>Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen sind mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.]</p>

		<p>[Die Schuldverschreibungen werden als nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben. Die Schuldverschreibungen einer Serie sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.</p> <p>Das auf nachrangige Schuldverschreibungen eingezahlte Kapital wird im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet. Im Übrigen haben die Ansprüche aus diesen Schuldverschreibungen zu den Ansprüchen anderer Kapitalgeber im Sinne des § 10 Kreditwesengesetz (KWG) gleichen Rang. Danach erfolgt die Befriedigung der Ansprüche entsprechend ihrem Verhältnis zum übrigen Kapital im Sinne des § 10 KWG unabhängig von der Reihenfolge der Kapitalaufnahme durch die Emittentin. Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche Sicherheiten durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt. Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus diesen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.</p> <p>Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Eine vorzeitige Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarung zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 5 KWG). Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus nachrangigen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten (§ 10 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4a) und b) KWG).]</p>
C.9	<p>Zinssatz: Zinslaufperioden: Zinszahlungstag:</p> <p>Beschreibung des variablen Zinssatzes:</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● ● ● <p>Der maßgebliche Floating-Zinssatz (F-Zinssatz genannt) berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht</p>

	<p>Fälligkeitstag:</p> <p>Tilgung:</p> <p>Rückzahlungsverfahren:</p> <p>Rendite:</p>	<p>dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite EURIBOR01“ veröffentlicht wird. Berechnungsstelle ist die Europäische Zentralbank (EZB).</p> <p>Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich ● %][und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].</p> <p>Der maßgebliche Reverse Floating-Zinssatz (RF-Zinssatz genannt) berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird. Berechnungsstelle ist die Europäische Zentralbank (EZB).</p> <p>Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich dabei aus ● % abzüglich dem [●-fachen] Referenzzinssatz [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].]</p> <p>●</p> <p>100 % des Nennwertes der Schuldverschreibungen</p> <p>Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % an dem in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Fälligkeitstag oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag zurückgezahlt.</p> <p>Die zu zahlenden Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.</p> <p>Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.</p> <p>[Die Emissionsrendite beträgt ●. Berechnungsgrundlage: ●.]</p> <p>[Entfällt, da die Schuldverschreibungen nicht festverzinslich sind.]</p> <p>Entfällt, es gibt keinen Vertreter der Schuldtitelin-</p>
--	--	--

	Namen des Vertreters der Schuldtitelinhaber:	haber.
C.10	Derivative Komponente bei der Zinszahlung - Erläuterung, wie der Wert der Anlage durch den Wert des Basisinstruments / der Basisinstrumente beeinflusst wird	<p>[Es besteht eine positive Korrelation zwischen dem Wert des Basisinstruments (Referenzzinssatz) und dem Wert der Anlage. Bei der Berechnung der Höhe des maßgeblichen F-Zinssatzes wird allein auf die Wertentwicklung des jeweiligen Referenzzinssatzes abgestellt. Die Entwicklung des maßgeblichen F-Zinssatzes ist auf Grund der Abhängigkeit vom Referenzzinssatz Schwankungen unterworfen. Die Anleger können daher nicht voraussehen, ob und in welcher Höhe sie gegebenenfalls eine Zinszahlung erhalten. Darüber hinaus ist es nicht möglich, zuverlässige Aussagen über die künftige Wertentwicklung des Referenzzinssatzes und damit des maßgeblichen F-Zinssatzes zu treffen. Ein Zinssatz von Null kann nicht ausgeschlossen werden. Auch auf Grund der historischer Daten des Referenzzinssatzes können keine Rückschlüsse auf die Höhe etwaiger Zinszahlungen und damit die zukünftige Wertentwicklung der Schuldverschreibungen gezogen werden.]</p> <p>[Es besteht eine negative Korrelation zwischen dem Wert des Basisinstruments (Referenzzinssatz) und dem Wert der Anlage. Bei der Berechnung der Höhe des maßgeblichen RF-Zinssatzes wird allein auf die Wertentwicklung des jeweiligen Referenzzinssatzes abgestellt. Die Entwicklung des maßgeblichen RF-Zinssatzes ist auf Grund der Abhängigkeit vom Referenzzinssatz Schwankungen unterworfen. Ein negativer RF-Zinssatz kann nicht ausgeschlossen werden, ist in diesen Fällen jedoch auf minimal Null beschränkt. Die Anleger können daher nicht voraussehen, ob und in welcher Höhe sie gegebenenfalls eine Zinszahlung erhalten. Darüber hinaus ist es nicht möglich, zuverlässige Aussagen über die künftige Wertentwicklung des Referenzzinssatzes und damit des maßgeblichen RF-Zinssatzes zu treffen. Auch auf Grund der historischer Daten des Referenzzinssatzes können keine Rückschlüsse auf die Höhe etwaiger Zinszahlungen und damit die zukünftige Wertentwicklung der Schuldverschreibungen gezogen werden.]</p>
C.11	Zulassung zum Handel und Börsennotierung.	Entfällt. Die Schuldverschreibungen werden nicht in den Freiverkehr einbezogen oder zum Handel im regulierten Markt einer Börse zugelassen.

1.4 Abschnitt D - Risiken

D.2	Risiken in Bezug auf die Emittentin.	Die Zahlungsfähigkeit der Kreissparkasse Ludwigsburg wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Banken-
-----	--------------------------------------	--

		<p>sektor insgesamt betreffen. Folgende Aspekte können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Sparkasse Muster, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre finanzielle Lage haben:</p> <p>Risikomanagement</p> <p>Die Kreissparkasse Ludwigsburg investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf die Kreissparkasse Ludwigsburg auswirken.</p> <p>Operationelles Risiko</p> <p>Schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes können eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebes der Kreissparkasse Ludwigsburg mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Das gleiche gilt für den Ausfall der Datenverarbeitungssysteme der Kreissparkasse Ludwigsburg.</p> <p>Wettbewerb</p> <p>Sollte es der Kreissparkasse Ludwigsburg nicht gelingen, dem Wettbewerb, dem sie in allen Geschäftsbereichen ausgesetzt ist, durch attraktive Dienstleistungen zu begegnen, kann dies ihre Profitabilität gefährden.</p> <p>Bonitätsrisiko</p> <p>Sollte die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios sinken, wäre die Emittentin höheren Kredit- und Ausfallrisiken ausgesetzt. Die Emittentin kann nicht garantieren, dass ihre Risikovorsorge ausreichend sein wird und dass sie in Zukunft nicht weitere erhebliche Risikovorsorge für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss.</p> <p>Marktpreisrisiko</p> <p>Rückläufige Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und weltweit, veränderte Zinssätze sowie höhere Risikoaufschläge können zu einer Verschlechterung der Ertragslage der Kreissparkasse Ludwigsburg führen.</p> <p>Liquiditätsrisiko</p> <p>Im Falle einer Liquiditätskrise wäre die Kreissparkasse Ludwigsburg möglicherweise nicht in der Lage, ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen in vollem Umfang bzw. zeitgerecht nachzukommen.</p>
D.3	Risiken in Bezug auf die Wertpapiere.	<p>Risiko durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren</p> <p>Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen und deren Kurse wird von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland</p>

	<p>sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Industrieländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben.</p> <p>Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit</p> <p>Die Emittentin beabsichtigt regelmäßig An- und Verkaufskurse für die Schuldverschreibungen zu stellen. Sie übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen während der Laufzeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs wieder verkauft werden können.</p> <p>Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuern</p> <p>Neben- und Folgekosten beim Kauf und Verkauf der Schuldverschreibungen sowie mögliche steuerliche Folgen der Anlage in Schuldverschreibungen können negative Auswirkungen auf die Rendite der Anlage haben.</p> <p>Risiko auf Grund vorzeitiger Kündigung durch die Emittentin</p> <p>Die Emittentin hat das Recht die Schuldverschreibungen zu kündigen und somit vorzeitig zum Nennwert zurückzuzahlen. Es besteht das Risiko, dass durch die vorzeitige Kündigung negative Abweichungen gegenüber der erwarteten Rendite eintreten können.</p> <p>Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus [und gegebenenfalls bei veränderlichem Zinssatz]</p> <p>Die Wiederanlage von Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.</p> <p>Der Kurs von Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung wird durch Veränderungen des Marktzinsniveaus stärker beeinflusst als der von üblichen Anleihen.</p> <p>Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.</p> <p>Bei Schuldverschreibungen mit Reverse Floating Verzinsung berechnet sich der Zinsertrag in entgegen gesetzter Richtung zum Referenzzinssatz: Bei steigendem Referenzzinssatz sinkt der Zinsertrag, während er bei fallendem Referenzzinssatz steigt. Das Risiko für den Anleger ist hoch, wenn sich ein Anstieg der langfristigen Marktzinsen an-</p>
--	--

	<p>bahnt, auch wenn die kurzfristigen Zinsen fallen. Der bei einer Reverse Floating Verzinsung in diesem Fall steigende Zinsertrag ist kein adäquater Ausgleich für die eintretenden Kursverluste der Schuldverschreibungen, da diese überproportional ausfallen.</p> <p>Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb</p> <p>Bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibungen kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen: Kommt es zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleihegläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen.</p> <p>Ausfallrisiko</p> <p>Im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin besteht für den Inhaber der Schuldverschreibungen das Risiko, dass seine Ansprüche nicht oder nicht vollständig befriedigt werden können.</p> <p>Ausfallrisiko bei Nachrangschuldverschreibungen</p> <p>Inhaber von Nachrangschuldverschreibungen tragen ein größeres Ausfallrisiko als die Inhaber nicht nachrangiger Schuldverschreibungen. Bei Insolvenz der Emittentin werden zunächst alle nicht nachrangigen Ansprüche von Gläubigern vollständig befriedigt. Erst danach werden, soweit möglich, ausstehende Nachrangschuldverschreibungen bedient.</p> <p>Risiko durch Änderung des Referenzzinssatzes</p> <p>Die variable und Reverse Floating Verzinsung einer Schuldverschreibung knüpft an einen Referenzzinssatz an. Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit variabler oder Reverse Floating Verzinsung beinhaltet deshalb stets das Risiko, dass Zinsansprüche nur in geringem Umfang und im Extremfall gar nicht entstehen. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrung mit dem zu Grunde liegenden Referenzzinssatz haben und die damit verbundenen Risiken kennen. Die variable und Reverse Floating Verzinsung einer Schuldverschreibung, die auf Formeln bezogen ist, hat möglicherweise ein kumuliertes oder sogar potenziertes Risiko zur Folge. Anleger sind möglicherweise nicht in der Lage, sich gegen diese verschiedenen Risiken in Bezug auf Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung abzusichern.</p> <p>Liquiditätsrisiko</p> <p>Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, die Schuldver-</p>
--	--

		schreibungen nicht oder nicht zu einem angemessenen Preis am Markt verkaufen zu können. Dieses Risiko entsteht insbesondere, da kein organisierter Handel in den Schuldverschreibungen vorgesehen ist. Das Liquiditätsrisiko ist unter anderem abhängig vom platzierten Volumen der Schuldverschreibung.
--	--	--

1.5 Abschnitt E - Angebot

E.2b	Gründe für das Angebot und Zweckbestimmung der Erlöse.	Entfällt. Der Emissionserlös aus der Begebung der Schuldverschreibungen wird von der Emittentin für die Finanzierung ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit verwendet.
E.3	Beschreibung der Angebotskonditionen.	<p>Bedingungen des Angebots</p> <p>Entfällt, es gibt keine Bedingungen des Angebots.</p> <p>Emissionsvolumen, Stückelung</p> <p>Das Emissionsvolumen beträgt ●, eingeteilt in ● Inhaberschuldverschreibungen zu je ●.</p> <p>Beginn des öffentlichen Angebots und Verkaufsbeginn</p> <p>Das öffentliche Angebot beginnt am ● und [erfolgt fortlaufend] [endet am ●] [endet mit dem letzten Tag der Zeichnungsphase].</p> <p>[Die Schuldverschreibungen können vom bis zum ●, ● Uhr bei der Emittentin gezeichnet werden (die „Zeichnungsphase“). Eine vorzeitige Beendigung oder Verlängerung der Zeichnungsphase durch die Emittentin ist jederzeit möglich. Ein spezielles Zeichnungsverfahren wird nicht angewendet.]</p> <p>[Zuteilung der Wertpapiere bei Überzeichnung]</p> <p>Die Zuteilung der Wertpapiere an Privatanleger im Falle einer Überzeichnung erfolgt nach dem Zeitpunkt des Eingangs des Kaufangebotes. Dabei werden die Kaufangebote nach der zeitlichen Reihenfolge ihres Einganges bedient.]</p> <p>Mindestzeichnungsbetrag, Mindestanlagebetrag, Höchstzeichnungsbetrag</p> <p>[Der Mindestzeichnungsbetrag beträgt ●.] [Der Mindestanlagebetrag beträgt ●.] [Der Höchstzeichnungsbetrag beträgt ●]</p> <p>Lieferung der Wertpapiere</p> <p>Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, hinterlegt wird. Der</p>

		<p>Anspruch des Anlegers auf Einzelverbriefung ist ausgeschlossen.</p> <p>Die Anleihegläubiger erhalten eine Gutschrift in Höhe ihres Miteigentumsanteils an der GlobalInhaberschuldverschreibung in ihr jeweiliges Wertpapierdepot gebucht. Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG übertragbar.</p> <p>Plan für die Aufteilung der Wertpapiere und deren Zuteilung</p> <p>Potentielle Investoren</p> <p>Die Schuldverschreibungen werden an [Privatanleger] [und] [an institutionelle Investoren] in der Bundesrepublik Deutschland verkauft.</p> <p>[Verfahren zur Meldung des dem Zeichner zugeteilten Betrages</p> <p>[Die Zeichner erhalten eine Abrechnung über die Höhe des von ihnen erworbenen Betrages durch ihre Depotbank.]</p> <p>[Die Emittentin beabsichtigt, unabhängig von der Erteilung einer Abrechnung börsentäglich auf Anfrage Ankaufskurse zu stellen und Schuldverschreibungen anzukaufen.]</p> <p>Kursfestsetzung, Verkaufskurs</p> <p>Der von der Emittentin festgelegte erste Verkaufskurs beträgt ●. [Anschließend werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.] [Nach Ablauf der Zeichnungsphase werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]</p> <p>Platzierung</p> <p>Die Schuldverschreibungen können bei der Kreissparkasse Ludwigsburg, Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg bezogen werden.</p> <p>Zahlstelle</p> <p>Die Zahlstelle für die Schuldverschreibungen ist die Kreissparkasse Ludwigsburg, Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg</p>
E.4	Beschreibung aller für die Emission/das Angebot wesentlichen Interessen, einschließlich Interessenkonflikte.	Entfällt, es bestehen keine für die Emission oder das Angebot wesentliche Interessen bzw. Interessenskonflikte.
E.7	Schätzung der Ausga-	Entfällt. Der Anleger kann die Schuldverschreibungen zu

	ben, die dem Anleger vom Emittenten oder Anbieter in Rechnung gestellt werden.	dem festgelegten Verkaufskurs (siehe E.3) erwerben.
--	--	---

2.1 Emittentin

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt. Die Verwirklichung dieser Risiken könnte im schlimmsten Fall erheblich nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Kreissparkasse Ludwigsburg, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage zur Folge haben und damit ihre Fähigkeit beeinträchtigen, ihre Verpflichtungen aus den von ihr begebenen Wertpapieren gegenüber den Anlegern zu erfüllen. Die Zahlungsfähigkeit der Kreissparkasse Ludwigsburg wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Bankensektor insgesamt betreffen.

Zwar hat die Kreissparkasse Ludwigsburg zur Begrenzung und Kontrolle dieser Risiken ein umfassendes Risikomanagementsystem etabliert, das möglichst sicherstellen soll, dass die Verpflichtungen im Rahmen von Wertpapieremissionen jederzeit erfüllt werden können. Den gesetzlichen Rahmen für diese Risikosteuerung bildet das Gesetz über das Kreditwesen (KWG) konkretisiert durch die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Die Realisierung von Risiken kann trotz dieses Risikomanagementsystems jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Risikomanagement

Die Kreissparkasse Ludwigsburg investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf die Kreissparkasse Ludwigsburg auswirken. Sollte sich herausstellen, dass diese Überwachungsmechanismen zur Begrenzung der sich tatsächlich realisierenden Risiken nicht voll wirksam sind oder diese noch nicht abdecken, könnten höhere als vorhergesehene Verluste insgesamt zu einem Umsatz- und Gewinnrückgang oder Verlust sowie zu einem Reputationsschaden führen.

Operationelles Risiko

Unvorhergesehene Ereignisse wie schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes können eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebes der Kreissparkasse Ludwigsburg mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Auch eine Auswirkung auf die Versicherbarkeit eines solchen Ereignisses mit möglichen erhöhten zukünftigen Risiken kann die Folge sein.

Die Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse Ludwigsburg hängt, wie bei Kreditinstituten üblich, in hohem Maße von funktionierenden Kommunikations- und Datenverarbeitungssystemen ab. Schon bei einem kurzen Ausfall der Datenverarbeitungssysteme könnte die Kreissparkasse Ludwigsburg offene Positionen nicht wie geplant schließen und Kundenaufträge möglicherweise nicht ausführen. Die dadurch entstehenden Schäden und Kosten, unter anderem auch für die Wiederbeschaffung der notwendigen Daten, könnten trotz vorhandener Datensicherung, im Notfall einspringender EDV-Systeme (sog. Backup-Systeme) und sonstiger Notfallpläne beträchtlichen finanziellen Aufwand und Kundenverluste verursachen, die wiederum zu einer wesentlichen Verschlechterung der Finanzlage und des Betriebsergebnisses der Kreissparkasse Ludwigsburg führen könnten.

Wettbewerb

In allen Geschäftsbereichen der Kreissparkasse Ludwigsburg herrscht starker Wettbewerb. Wenn es der Kreissparkasse Ludwigsburg nicht gelingen sollte, dem starken Wettbewerb mit

sorgfältiger Schuldnerauswahl und attraktiven und profitablen Produkten und Dienstleistungen zu begegnen, könnte ihre Profitabilität gefährdet sein.

Bonitätsrisiko

Als Kreditinstitut ist die Kreissparkasse Ludwigsburg dem Risiko ausgesetzt, dass Kreditnehmer und andere Vertragspartner ihren Verpflichtungen gegenüber der Kreissparkasse Ludwigsburg nicht nachkommen können. Obwohl die Kreissparkasse Ludwigsburg ihre Kreditengagements und Sicherheiten regelmäßig überprüft, kann auf Grund schwer oder nicht vorhersehbarer Umstände und Ereignisse die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios sinken. Die Kreissparkasse Ludwigsburg wäre dann höheren Kredit- und Ausfallrisiken ausgesetzt. Sie kann nicht garantieren, dass ihre Risikovorsorge ausreichend sein wird und dass sie in Zukunft nicht weitere Risikovorsorge in erheblichem Umfang für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss.

Marktpreisrisiko

Rückläufige Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und weltweit, veränderte Zinssätze auf Grund unbeeinflussbarer Faktoren (z. B. Geldpolitik) können zu einem Rückgang des Zinsüberschusses als wichtigste Ertragsquelle der Bank, einer Erhöhung der Zinsausgaben und daraus resultierend zu einer Verschlechterung der Ertragslage mit einer Aushöhlung der Profitabilität führen.

In einigen Geschäftsbereichen der Kreissparkasse Ludwigsburg können starke Schwankungen der Märkte (sog. Volatilität) oder ein Gleichbleiben der Kurse (sog. Seitwärtsbewegungen der Märkte) zur Folge haben, dass die Markttätigkeit zurückgeht und die Liquidität sinkt. Eine solche Entwicklung kann zu erheblichen Verlusten führen, wenn es der Kreissparkasse Ludwigsburg nicht rechtzeitig gelingt, die sich verschlechternden Positionen zu liquidieren.

Steigende Zinssätze könnten einen Rückgang der Nachfrage nach Krediten und damit der Absatzmöglichkeiten von Krediten der Kreissparkasse Ludwigsburg zur Folge haben. Sinkende Leitzinsen könnten sich u. a. durch vermehrte vorzeitige Rückzahlungen von Krediten und stärkeren Wettbewerb um Kundeneinlagen auf die Kreissparkasse Ludwigsburg auswirken.

Liquiditätsrisiko

Die Gefahr vermindelter Zahlungsfähigkeit verwirklicht sich, wenn ein Kreditinstitut seinen derzeitigen oder künftigen Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig nachkommen kann. Falls eine solche Liquiditätskrise eintritt, wäre eine Refinanzierung nur zu höheren Marktzinsen möglich (sog. Refinanzierungsrisiko). Zudem könnten Aktiva nur zu einem Abschlag von den Marktpreisen liquidiert werden (sog. Marktliquiditätsrisiko). Zur Begrenzung dieser Risiken betreibt die Kreissparkasse Ludwigsburg ein Liquiditätsmanagement. Hierbei ist sie bestrebt, Konzentrationen auf die Finanzierungsmittel mit sehr kurzfristigen Fälligkeiten zu vermeiden und genügend liquide Aktiva vorzuhalten, um unerwartete Liquiditätsaufrufe bedienen zu können. Trotz dieses Liquiditätsmanagements ist die Realisierung dieses Risikos aber nicht ausgeschlossen.

2.2 Wertpapiere

Sollte eines oder sollten mehrere der folgenden Risiken eintreten, könnte es zu wesentlichen und nachhaltigen Kursrückgängen der Schuldverschreibungen oder im Extremfall zu einem Totalverlust der Zinsen und – im Falle eines Zahlungsausfalles der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen – zu einem Totalverlust des vom Anleger eingesetzten Kapitals kommen.

Die individuelle Beratung durch den Anlageberater vor der Kaufentscheidung ist empfehlenswert und wird nicht durch diesen Basisprospekt und die jeweiligen Endgültigen Bedingungen ersetzt.

Risiko durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren

Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen und deren Kurse wird von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Industrieländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben.

Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit

Soweit die Emittentin die Zulassung der Schuldverschreibungen zum Handel im regulierten Markt oder deren Einbeziehung in den Freiverkehr einer Börse nicht beabsichtigt, plant die Emittentin dennoch, unter gewöhnlichen Marktbedingungen regelmäßig Ankaufs- und Verkaufskurse für die Schuldverschreibungen zu stellen. Die Emittentin übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs, insbesondere zum Erwerbkurs oder Nennbetrag, wieder verkauft werden können.

Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuerlast

Beim Kauf und Verkauf von Schuldverschreibungen fallen neben dem aktuellen Preis des Wertpapiers verschiedene Nebenkosten und Folgekosten (insbesondere Transaktionskosten, Provisionen, Depotentgelte) an, die die Rendite der Schuldverschreibungen erheblich verringern oder sogar ausschließen können.

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen oder vom Anleihegläubiger bei Verkauf oder Rückzahlung der Schuldverschreibungen realisierte Gewinne sind in seiner Heimatrechtsordnung oder in anderen Rechtsordnungen, in denen er Steuern zahlen muss, möglicherweise steuerpflichtig.

Die Anlage von ausbezahlten Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.

Risiko auf Grund vorzeitiger Kündigung durch die Emittentin

Sofern die Emittentin das Recht hat, die Anleihe insgesamt zu den in den Anleihebedingungen genannten Terminen zu kündigen und vorzeitig zum Nennbetrag zurückzuzahlen, besteht ein Risiko für den Anleger, dass sein Investment nicht die erwartete Dauer hat.

Die vorzeitige Rückzahlung einer Schuldverschreibung kann außerdem dazu führen, dass negative Abweichungen gegenüber der erwarteten Rendite eintreten und der zurückgezahlte Nennbetrag der Schuldverschreibungen niedriger als der für die Schuldverschreibungen vom

Anleihegläubiger gezahlte Kaufpreis ist und dadurch das eingesetzte Kapital zum Teil verloren ist.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass Anleger die Beträge, die sie bei einer Kündigung erhalten, nur noch mit einer niedrigeren Rendite als die gekündigten Schuldverschreibungen anlegen können.

Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus und gegebenenfalls bei veränderlichem Zinssatz

Die Wiederanlage von Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.

Bei Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung haben Veränderungen des Marktzinsniveaus wegen der stark unter dem Nennwert liegenden Emissionskurse, die durch die Abzinsung zustande kommen, wesentlich stärkere Auswirkungen auf die Kurse als bei üblichen Anleihen.

Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.

Bei Schuldverschreibungen mit Reverse Floating Verzinsung berechnet sich der Zinsertrag in entgegen gesetzter Richtung zum Referenzzinssatz: Bei steigendem Referenzzinssatz sinkt der Zinsertrag, während er bei fallendem Referenzzinssatz steigt. Das Risiko für den Anleger ist hoch, wenn sich ein Anstieg der langfristigen Marktzinsen anbahnt, auch wenn die kurzfristigen Zinsen fallen. Der bei einer Reverse Floating Verzinsung in diesem Fall steigende Zinsertrag ist kein adäquater Ausgleich für die eintretenden Kursverluste der Schuldverschreibungen, da diese überproportional ausfallen.

Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit einer sonstigen derivativen und damit variablen Verzinsung können Anleger auf Grund der ungewissen Entwicklung des Basiswerts und der damit schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.

Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibung

Wird der Erwerb der Schuldverschreibungen mit Kredit finanziert und kommt es anschließend zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleihegläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen. Dadurch kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen. Ein Anleger sollte nicht darauf vertrauen, aus Gewinnen eines Geschäftes den Kredit zurückzahlen und die Zinslast bestreiten zu können.

Ausfallrisiko

Im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin besteht für den Inhaber der Schuldverschreibungen das Risiko, dass seine Ansprüche nicht oder nicht vollständig befriedigt werden können.

Ausfallrisiko bei Nachrangschuldverschreibungen

Inhaber von Nachrangschuldverschreibungen erhalten im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin Zahlungen auf ausstehende Nachrangschuldverschreibungen erst, nachdem alle anderen nicht nachrangigen Ansprüche von Gläubigern vollständig befriedigt wurden, wenn und soweit dann noch Vermögenswerte für Zahlungen auf die nachrangigen Schuldverschreibungen vorhanden sind. Sie tragen damit ein größeres Ausfallrisiko als die Inhaber nicht nachrangiger Schuldverschreibungen.

Zinsrisiko durch Änderung des Referenzzinssatzes

Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen (Schuldverschreibungen mit variabler, Reverse Floating) umfasst immer das Risiko, dass die Zinszahlungen ganz oder zum Teil ausbleiben können. Eine Anlage erfordert die genaue Kenntnis der Funktionsweise der jeweiligen Transaktion. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrung mit der Anlage in die zu Grunde liegenden Referenzzinssätze haben und die damit verbundenen Risiken kennen.

Die derivative Verzinsung einer Schuldverschreibung knüpft an einen Referenzzinssatz an. Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit derivativer Verzinsung beinhaltet deshalb stets das Risiko, dass Zinsansprüche nur in geringem Umfang und im Extremfall gar nicht entstehen.

Die Wertentwicklung des jeweiligen Referenzzinssatzes hängt von einer Reihe zusammenhängender Faktoren ab, darunter volkswirtschaftliche, finanzwirtschaftliche und politische Ereignisse, über die die Kreissparkasse Ludwigsburg keine Kontrolle hat. Eine historische Wertentwicklung des Referenzzinssatzes kann nicht als aussagekräftig für die künftige Wertentwicklung während der Laufzeit von Schuldverschreibung mit derivativen Zinsstrukturen angesehen werden.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, die Schuldverschreibungen nicht oder nicht zu einem angemessenen Preis am Markt verkaufen zu können. Dieses Risiko entsteht insbesondere, da kein organisierter Handel in den Schuldverschreibungen vorgesehen ist. Das Liquiditätsrisiko ist unter anderem abhängig vom platzierten Volumen der Schuldverschreibung.

Erhöhtes Risiko bei Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen

Die Anlage in Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen ist gegenüber anderen Anleihen durch ein erhöhtes Renditerisiko gekennzeichnet.

3	Emittentenbeschreibung
----------	-------------------------------

3.1 Angaben zur Emittentin

3.1.1 Verantwortliche Personen

Die Kreissparkasse Ludwigsburg mit Sitz in Ludwigsburg übernimmt gemäß § 5 Abs. 4 Wertpapierprospektgesetz die Verantwortung für den Inhalt des Prospektes und erklärt, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

3.1.2 Abschlussprüfer

Abschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 war der Sparkassenverband Baden-Württemberg, Prüfungsstelle, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart. Die geprüften Finanzinformationen sind unter Abschnitt 3.2 aufgeführt.

3.1.3 Angaben über die Emittentin

3.1.3.1 Juristischer und kommerzieller Name sowie Handelsregistereintragung

Der juristische und kommerzielle Name der Emittentin lautet Kreissparkasse Ludwigsburg. Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist im Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart unter HRA 202687 eingetragen.

3.1.3.2 Gründung der Kreissparkasse Ludwigsburg

Die Gründung der Kreissparkasse Ludwigsburg wurde am 21. Dezember 1851 im „Tagblatt“ veröffentlicht. Sie nahm am 1. Januar 1852 als Oberamts-Sparkasse Ludwigsburg den Geschäftsbetrieb auf. Somit wird das Jahr 1852 als Gründungsjahr zugrunde gelegt.

3.1.3.3 Rechtsform und anwendbares Recht, Sitz

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach deutschem Recht. Der Sitz ist in Ludwigsburg.

3.1.3.4 Geschäftsanschrift

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist unter ihrer Geschäftsanschrift Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg, Telefon: 07141 – 148 0 erreichbar. Internetseite: www.ksklb.de

3.1.3.5 Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die in hohem Maße für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind

Entfällt, es gibt keine wichtigen Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die für die Bewertung ihrer Solvenz in hohem Maße relevant sind.

3.1.4 Geschäftsüberblick

3.1.4.1 Aufgaben und Funktionen

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist ein selbstständiges Wirtschaftsunternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse vorrangig in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Kreissparkasse Ludwigsburg fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise und die Wirtschaftserziehung der Jugend.

3.1.4.2 Geschäftsfelder

Die Kreissparkasse Ludwigsburg betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Sparkassengesetz für Baden-Württemberg, die entsprechende Sparkassengeschäftsverordnung oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen. Das Bauspar-, Investment- und Versicherungsgeschäft werden vorrangig im Verbund mit den bestehenden Unternehmen der Sparkassenorganisation betrieben. Die Tätigkeitsschwerpunkte liegen im Einlagen- und Kreditgeschäft mit Privatpersonen und Unternehmen aus dem Geschäftsgebiet.

Die Mittel der Sparkasse sind unter Berücksichtigung ausreichender Sicherheit, Liquidität und Rentabilität anzulegen. Der Verwaltungsrat stellt Grundsätze für die Bewertung von Sicherheiten auf und kann Abweichungen von Satzungsregelungen beschließen, die die allgemeine Zulassung von Geschäften betreffen.

3.1.4.3 Geschäftsgebiet

Das Geschäftsgebiet der Kreissparkasse Ludwigsburg entspricht dem Landkreis Ludwigsburg.

3.1.5 Organisationsstruktur

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist Mitglied des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg sowie der Sparkassen-Finanzgruppe.

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist Mitglied des Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg und damit dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen.

3.1.6 Trendinformationen

Seit dem Jahresabschluss 2012, der auf dem Stichtag 31.12.2012 basiert, sind keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Kreissparkasse Ludwigsburg eingetreten.

3.1.7 Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane

3.1.7.1 Organe

Die Organe der Kreissparkasse Ludwigsburg sind:

der Vorstand,
der Verwaltungsrat,
der Kreditausschuss

Dabei ist der Kreditausschuss lediglich ein Organ im Sinne des Sparkassengesetzes für Baden-Württemberg. Der Kreditausschuss ist kein Organ im Sinne des HGB (Handelsgesetzbuch), weshalb er nicht im Rahmen der historischen Finanzinformationen der Jahre 2011 und 2012 Aufnahme gefunden hat.

3.1.7.2 Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder

Der Vorstand der Kreissparkasse Ludwigsburg besteht satzungsgemäß aus mehreren Mitgliedern. Daneben können stellvertretende Mitglieder bestellt werden. Der Verwaltungsrat beschließt die Anstellung und die Entlassung der Mitglieder des Vorstandes und die Bestellung der stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes. Mitglieder des Vorstandes sind derzeit:

Dr. Heinz Werner Schulte (Vorsitzender)
Dieter Wizemann
Thomas Raab

Die Mitglieder des Vorstandes haben ihre Geschäftsadresse jeweils Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg.

Der Verwaltungsrat der Kreissparkasse Ludwigsburg besteht satzungsgemäß aus dem Vorsitzenden, 11 weiteren Mitgliedern und 6 Vertretern der Beschäftigten. Für jedes Mitglied des Verwaltungsrats ist ein persönlich stellvertretendes Mitglied benannt. Mitglieder des Verwaltungsrates sind derzeit:

Vorsitzender: Landrat Dr. Rainer Haas

Personen, die dem Kreistag angehören:

Ordentliche Mitglieder

Höllnbach, Manfred (Bürgermeister i.R., MdL)
List, Manfred (Oberbürgermeister i. R.)
Schmid, Hans (Bürgermeister)
Kessing, Jürgen (Oberbürgermeister)
Fischer, Helmut (Kriminalhauptkommissar a.D.)
Gessler, Rainer (Bauingenieur, Leiter der Geschäftsstelle „Nachhaltig mobile Region Stuttgart“)
Kirnbauer, Bernd (Schreinermeister)

Stellvertretende Mitglieder

Fischer, Albrecht (Weingärtner)
Fiedler, Horst (Bürgermeister)
Herrmann, Klaus, MdL
Raupp, Judith
(Verwaltungswissenschaftlerin)
Renkonen, Daniel (freier Journalist, MdL)
Möhrer, Werner (Bürgermeister i.R.)
Gerhäuser, Rainer (Bürgermeister i.R.)

Personen, die nicht dem Kreistag angehören:

Ordentliche Mitglieder

Fritz, Thomas (Geschäftsführer)
Hofmeister, Hermann (Dipl.-Kfm. Gf. Ges. eines Unternehmens der Einrichtungsbranche i. R.)
Kälberer, Heinz (Oberbürgermeister i.R.)
Hörer, Siegbert (Vorstand Bezirksbaugenossenschaft Alt Württemberg i.R.)

Stellvertretende Mitglieder

Schweitzer, Gerald (Rechtsanwalt)
Noz, Reinhold (Elektromeister)
Silcher, Hermann (Bürgermeister i.R.)
Lienow, Heinz (Beamter im Ruhestand)

Vertreter der Beschäftigten:

Ordentliche Mitglieder

Bott, Markus
Braico, Ralf
Philipp, Andrea
Nytz, Thomas
Falke, Monika
Koch, Franz

Stellvertretende Mitglieder

Stieglmayr, Caren
Stotz, Marc
Elbert, Reiner
Dornbusch, Klaus
Rath, Helmut
Class, Katja

Die Mitglieder des Verwaltungsrates haben ihre Geschäftsadresse jeweils Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg.

Dem Kreditausschuss gehören entsprechend § 22 Sparkassengesetz für Baden-Württemberg und § 8 der Satzung der Kreissparkasse Ludwigsburg der Vorsitzende des Verwaltungsrates und drei weitere Mitglieder des Verwaltungsrates an.

Ordentliche Mitglieder

Landrat Dr. Rainer Haas
Hollenbach, Manfred (Bürgermeister)
Hörer, Siegbert (Techniker)
Gessler, Rainer (Bauingenieur)

Stellvertretende Mitglieder

List, Manfred (Oberbürgermeister i.R.)
Jürgen Kessing (Oberbürgermeister)
Kirnbauer, Bernd (Schreinermeister)

Die Mitglieder des Kreditausschusses haben ihre Geschäftsadresse jeweils Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg.

3.1.7.3 Interessenkonflikte

Von Seiten der Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder, sowie den Mitgliedern des Kreditausschusses bestehen derzeit keine potentiellen Interessenkonflikte zwischen ihren Verpflichtungen gegenüber der Kreissparkasse Ludwigsburg sowie ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

3.1.8 Träger der Kreissparkasse Ludwigsburg

Träger der Kreissparkasse Ludwigsburg im Sinne von §8 Sparkassengesetz für Baden-Württemberg ist der Landkreis Ludwigsburg. Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe der folgenden Vorschriften. Es besteht weder eine Verpflichtung des Trägers noch ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger, Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht mehr für Verbindlichkeiten, die nach dem 18. Juli 2005 eingegangen worden sind. Der Träger der Sparkasse am 18. Juli 2005 haftet für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten der Sparkasse. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Der Träger wird seinen Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung gegenüber den Gläubigern der bis zum 18. Juli 2005 vereinbarten Verbindlichkeiten umgehend nachkommen, sobald er bei deren Fälligkeit ordnungsgemäß und schriftlich festgestellt hat, dass die Gläubiger dieser Verbindlichkeiten aus dem Vermögen der Sparkasse nicht befriedigt werden können. Verpflichtungen der Sparkasse aufgrund eigener Gewährträgerhaftung oder vergleichbarer Haftungszusage oder einer durch die Mitgliedschaft im Sparkassenverband als Gewährträger vermittelten Haftung sind vereinbart und fällig im Sinne der oben genannten Fälle in dem gleichen Zeitpunkt, wie die durch eine solche Haftung gesicherte Verbindlichkeit.

3.1.9 Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin

3.1.9.1 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Kreissparkasse Ludwigsburg entspricht dem Kalenderjahr.

3.1.9.2 Historische Finanzinformationen

Alle in diesem Prospekt dargestellten bzw. enthaltenen Finanzinformationen bezüglich der Kreissparkasse Ludwigsburg stammen aus geprüften historischen Finanzangaben der Kreissparkasse Ludwigsburg (Lagebericht, Jahresabschluss einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers) für ihre zum 31.12.2011 und 31.12.2012 abgelaufenen Geschäftsjahre mit den entsprechenden Erläuterungen.

Die geprüften historischen Finanzangaben der Kreissparkasse Ludwigsburg (Lagebericht, Jahresabschluss einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers) für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 sind im Abschnitt 3.2 dieses Prospektes unter „Historische Finanzinformationen“ abgedruckt.

3.1.10 Gerichts- und Schiedsverfahren

Es hat keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Kreissparkasse Ludwigsburg noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) gegeben, die im Zeitraum der mindestens letzten 12 Monate bestanden/abgeschlossen wurden, und die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Kreissparkasse Ludwigsburg auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

3.1.11 Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Kreissparkasse Ludwigsburg

Seit dem 31.12.2012 sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Kreissparkasse Ludwigsburg eingetreten.

3.1.12 Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer des Prospektes sind die Geschäftsberichte 2011 und 2012 einschließlich Jahresabschluss sowie die Satzung der Kreissparkasse Ludwigsburg während der üblichen Öffnungszeiten bei der Kreissparkasse Ludwigsburg, Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg einsehbar. Die Geschäftsberichte sind unter der vorstehend genannten Anschrift ferner als Druckfassung erhältlich.

3.2 Historische Finanzinformationen

3.2.1 Ratingagenturen

Die in diesem Prospekt in den aufgenommenen Lageberichten 2011 und 2012 auf den Seiten 29 und 72 genannten bzw. in Bezug genommenen Ratings wurden von Ratingagenturen mit Sitz in der Europäischen Union erstellt, die entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen registriert sind. Es handelt sich um die Ratingagenturen Moody's Deutschland GmbH, im Folgenden „Moody's“ genannt, um DBRS Ratings Limited, im Folgenden „DBRS“ genannt, sowie der Fitch Deutschland GmbH, im Folgenden als „Fitch“, bzw. „Fitch Ratings“ bezeichnet.

3.2.2 Finanzinformationen 2011

3.2.2.1 Lagebericht

3.2.2.1.1 Rahmenbedingungen

Die Kreissparkasse Ludwigsburg wurde im Jahr 1852 gegründet und ist seither fest in der Region verwurzelt. Dies zeigt sich in einem flächendeckenden Netz von 118 Geschäftsstellen im Landkreis und einer starken persönlichen Bindung zu unseren Kunden. Sie ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts in der Trägerschaft des Landkreises Ludwigsburg mit Sitz in Ludwigsburg. Wir betreiben grundsätzlich alle banküblichen Geschäfte, soweit sie das Sparkassengesetz von Baden-Württemberg, die aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen oder unsere Satzung vorsehen. Darüber hinaus ist die Kreissparkasse Ludwigsburg seit 2011 im Pfandbriefgeschäft tätig.

Als selbstständiges Wirtschaftsunternehmen verfolgen wir das Ziel, auf Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse vorrangig in unserem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und eine angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen.

Organe der Kreissparkasse Ludwigsburg sind der Verwaltungsrat, der Kreditausschuss und der Vorstand. Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien für die Geschäfte der Sparkasse, erlässt Geschäftsanweisungen für den Kreditausschuss sowie den Vorstand und überwacht deren Tätigkeiten. Er setzt sich aus insgesamt 18 Mitgliedern zusammen. Der Kreditausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats und 3 weiteren Mitgliedern, beschließt über die Zustimmung zur Gewährung von Krediten nach der Geschäftsanweisung und über die Zustimmung zur Gewährung von Organkrediten im Sinne von § 15 KWG. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern. Er leitet die Sparkasse in eigener Verantwortung, vertritt die Sparkasse nach außen und führt ihre Geschäfte.

Wir sind als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen. Damit sind die Ansprüche der Kunden der Sparkasse in voller Höhe sichergestellt.

Deutliches Wirtschaftswachstum trotz europäischer Schuldenkrise

Das Jahr 2011 war geprägt von der fortdauernden Staatsschuldenkrise im Euro-Raum. Sie beeinflusste nicht nur die konjunkturelle Entwicklung sondern auch das Geschehen an den Finanzmärkten. In Europa haben die hohe Verschuldung einiger Staaten und die drohende Ansteckung von weiteren Ländern das Vertrauen der Marktteilnehmer erheblich beschädigt. Regierungen und Zentralbanken griffen mit umfassenden Maßnahmen ein, um das Finanzsystem zu stabilisieren. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung machte sich vor allem in der zweiten Jahreshälfte bemerkbar.

Obwohl die europäische Schuldenkrise das Wirtschaftswachstum in Europa belastete, ist die deutsche Wirtschaft 2011 erneut bemerkenswert gewachsen. Das Wirtschaftswachstum lag bei rund 3,0 %, wobei insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte deutlich zugenommen haben. In Baden-Württemberg dürfte die Dynamik aufgrund der guten Industriekonjunktur sogar überdurchschnittlich gewesen sein. Für 2012 rechnen die Wirtschaftsforscher allerdings mit einer spürbaren Abschwächung, wobei die überwiegende Mehrheit davon ausgeht, dass eine Rezession in Deutschland vermieden werden kann. Allerdings könnten die Belastungen aufgrund der europäischen Schuldenkrise und der damit verbundenen Sparanstrengungen der EU-Länder weiter zunehmen.

Erneut positiv verlief die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Bei der Zahl der Erwerbstätigen wurde 2011 mit über 41 Millionen ein neuer Höchststand erreicht. Die Preissteigerungsrate war etwas höher als im Vorjahr, mit 2,3 % im Jahresdurchschnitt aber noch insgesamt moderat.

Kreis Ludwigsburg nahe der Vollbeschäftigung

Auch der Kreis Ludwigsburg profitierte von der guten Konjunktorentwicklung. In der Herbstumfrage der IHK Bezirkskammer Ludwigsburg bezeichneten 50,8 % der Unternehmen ihre Geschäftslage als gut, 43,3 % als befriedigend und nur 5,9 % als schlecht. Allerdings haben sich die bisher positiven Geschäftserwartungen eingetrübt. 25,1 % der Unternehmen erwarteten im Herbst eine weitere Verbesserung der Geschäftslage, 16,2 % eine Verschlechterung. Knapp 59 % der Unternehmen erwarteten gleichbleibende Geschäfte. Die Arbeitslosenquote ist weiter zurückgegangen und lag Ende des Jahres bei 3,5 %. Im Vergleich zu anderen Regionen kann hier nahezu von Vollbeschäftigung gesprochen werden.

Situation der Kreissparkasse

Die Kreissparkasse Ludwigsburg blieb 2011 auf solidem Wachstumskurs. Insgesamt konnten wir, vor allem durch die persönliche Betreuung unserer Kunden mit individuell gestaltetem Produkt- und Dienstleistungsangebot, die führende Marktposition in unserem Geschäftsgebiet gut behaupten.

Entwicklung in der Sparkassenorganisation

Wir sind Mitglied des Sparkassenverbands Baden-Württemberg (SVBW). Dieser ist zusammen mit dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart Träger der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). Der SVBW hat sich zusammen mit den weiteren Trägern entsprechend seinem Stammkapitalanteil im Geschäftsjahr 2009 an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital für die LBBW beteiligt und eine Rückgarantie zusammen mit der Stadt Stuttgart gegenüber dem Land Baden-Württemberg aus einer Risikoimmunsierung für die LBBW übernommen.

Moody's erteilte im Mai 2011 der Sparkassen-Finanzgruppe ein Bank-Finanzkraft-rating (BFSR) von C+, das auf der langfristigen Ratingskala einem A2-Rating entspricht, sowie ein Verbundrating (Corporate Family Rating, CFR) von Aa2. DBRS hat im Juni 2011 das Floor-Rating von A (high) für alle Mitglieder des Haftungsverbands der Sparkassen-Finanzgruppe bestätigt. Es bringt zum Ausdruck, dass die Bonität von jedem Mitglied des Haftungsverbands der Sparkassen-Finanzgruppe mindestens mit A (high) bewertet wird. Die Ratingagentur Fitch Ratings hat im März 2012 ein Rating für die Sparkassen-Finanzgruppe vergeben. Darin erteilte die Agentur den Sparkassen ein Emittentenrating für langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von A+ sowie für kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von F1+. Das erstmals vergebene Viability Rating (Stand-alone-Rating) stuft die Gruppe der Sparkassen mit a+ ein.

3.2.2.1.2 Wirtschaftsbericht

Geschäftsentwicklung und Vermögenslage

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

	Bestand	Veränderungen		
	31.12.11	2011	2011	2010
	Mio. €	Mio. €	%	%

	Bestand 31.12.11	Veränderungen		
		2011	2011	2010
	Mio. €	Mio. €	%	%
Geschäftsvolumen ¹⁾	9.517,9	59,7	0,6	0,8
Bilanzsumme	9.442,0	59,6	0,6	0,8

1) Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

Die Kreissparkasse Ludwigsburg setzte die positive Entwicklung der Vorjahre fort. Das Geschäftsvolumen erhöhte sich um 59,7 Mio. € auf 9,5 Mrd. €. Entsprechend steigerte sich auch die Bilanzsumme um 59,6 Mio. € und beträgt nunmehr 9,4 Mrd. €.

Ursachen für die Erhöhung von Geschäftsvolumen und Bilanzsumme waren vor allem das Wachstum des Kundenkreditvolumens und die Mittelaufkommen von Kunden.

Aktivgeschäft (inklusive Passivposten 1 unter dem Strich)

	Bestand 31.12.11	in % des Geschäftsvolumens		Veränderungen		
		31.12.11	31.12.10	2011	2011	2010
	Mio. €	%	%	Mio. €	%	%
Kundenkreditvolumen	4.600,5	48,3	46,1	244,5	5,6	0,5
Forderungen an Kreditinstitute	1.443,5	15,2	15,6	-30,4	-2,1	-9,2
Wertpapiervermögen	3.087,1	32,4	34,1	-135,8	-4,2	7,2
Anlagevermögen	237,9	2,5	2,6	-10,2	-4,1	-5,4
Sonstige Vermögenswerte	148,9	1,6	1,7	-8,3	-5,3	0,2

Kundenkreditvolumen

Insgesamt konnte das Kundenkreditvolumen im abgelaufenen Geschäftsjahr um 244,5 Mio. € auf 4,6 Mrd. € gesteigert werden. Die prozentuale Veränderung beträgt 5,6 %.

Die deutliche Steigerung ist überwiegend auf die zunehmende Investitionsbereitschaft der Unternehmen und Selbständigen sowie auf das Kreditgeschäft mit Privatkunden zurückzuführen. Ebenso hat die Kreditvergabe an öffentliche Haushalte zum Wachstum beigetragen.

Die Ursachen für das Wachstum liegen in der konjunkturellen Erholung sowie dem anhaltend niedrigen Zinsniveau.

Der Anteil des Kundenkreditvolumens am Geschäftsvolumen betrug 48,3 %. Die Wachstumsrate des Kundenkreditvolumens lag über dem Verbandsdurchschnitt der baden-württembergischen Sparkassen während der Anteil des Kundenkreditvolumens am Geschäftsvolumen weiterhin unter dem Verbandsdurchschnitt lag.

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich im Berichtsjahr um weitere 30,4 Mio. € (Vorjahr: -149,6 Mio. €) auf nunmehr 1,4 Mrd. €. Ursache hierfür waren insbesondere Fälligkeiten.

Wertpapiervermögen

Das Wertpapiervermögen, das sich aus Schuldverschreibungen und Aktien sowie anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren zusammensetzt, lag mit 3,1 Mrd. € (Vorjahr: 3,2 Mrd. €) unter dem Vorjahreswert. Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren ging um 180,6 Mio. € auf 1,9 Mrd. € (Vorjahr: 2,1 Mrd. €) zurück. Hierbei handelt es sich um festverzinsliche Wertpapiere, die vor allem der Liquiditätsreserve dienen. Investments, deren Sitz in einem sogenannten „PIIGS-Staat“ liegen, sind dabei von untergeordneter Bedeutung. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich um 44,7 Mio. € auf 1,2 Mrd. €. Der Anteil der Eigenanlagen am Geschäftsvolumen betrug 32,4 % und lag damit über dem Durchschnitt der baden-württembergischen Sparkassen.

Vor dem Hintergrund der ab 1. Januar 2013 steigenden Eigenkapitalanforderungen (Basel III) hat die Sparkasse zum Jahresende 2011 Teile der stillen Reserve (§ 340f HGB) in hartes Kernkapital (§ 340g HGB) umgewidmet. Dieser Umstand verringerte die Bestandsreduzierung beim Wertpapiervermögen.

Passivgeschäft

	Bestand 31.12.11	in % des Geschäfts- volumens		Veränderungen		
		31.12.11	31.12.10	2011	2011	2010
	Mio. €	%	%	Mio. €	%	%
Mittelaufkommen von Kunden	6.246,9	65,6	63,3	253,3	4,2	0,5
darunter:						
Sichteinlagen	2.961,9	31,1	30,6	58,8	2,0	3,1
Termineinlagen und aufgenommene Gelder	695,8	7,3	5,0	225,5	48,0	-12,8
Spareinlagen	2.187,7	23,0	21,0	198,0	10,0	2,5
Eigenemissionen	401,5	4,2	6,7	-229,0	-36,3	-5,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kredit- instituten	2.377,5	25,0	28,7	-335,0	-12,3	-0,3
Eigene Mittel	692,4	7,3	5,9	137,2	24,7	7,8
darunter:						
Sicherheitsrücklage	472,4	5,0	4,8	17,2	3,8	4,0
Fonds für allgemeine Bankrisiken	220,0	2,3	1,1	120,0	120,0	29,0

Mittelaufkommen von Kunden

Im Geschäftsjahr 2011 konnten die Kundeneinlagen insgesamt um 253,3 Mio. € auf 6,2 Mrd. € gesteigert werden. Die Steigerungsrate in 2011 lag über dem Durchschnittswert der baden-württembergischen Sparkassen.

Sehr erfreulich entwickelten sich dabei die Spareinlagen (+ 198,0 Mio. €) sowie das auf den Termingeldkonten gehaltene Guthaben (+ 225,5 Mio. €). Wachstumseffekte ergaben sich auch aus den Sichteinlagen (+ 58,8 Mio. €), welche die Geldmarktkonten einschließen.

Weil sich die Anleger in der aktuellen Niedrigzinsphase nicht langfristig binden wollten und überwiegend kurzfristige Geldanlagen nachfragten gingen die Eigenemissionen, die sich in Sparkassenbriefe und verbriefte Verbindlichkeiten aufteilen, um 229,0 Mio. € beziehungsweise 36,3 % zurück. Dabei haben sich die verbrieften Verbindlichkeiten sowie der Bestand an Sparkassenbriefen rückläufig entwickelt. Der Rückgang der verbrieften Verbindlichkeiten beruht neben den Fälligkeiten des Jahres 2011 auch auf vorzeitigen Kündigungen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Bei den Interbankenverbindlichkeiten war im abgelaufenen Geschäftsjahr ein weiterer Rückgang zu verzeichnen. Durch Steigerungen im Bereich der Kundeneinlagen haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringert.

Erstmals hat die Kreissparkasse im Geschäftsjahr 2011 Hypothekendarlehenbriefe über einen Nominalbetrag in Höhe von 20 Mio. € platziert. Informationen zur Pfandbriefdeckungsmasse gemäß § 28 PfandBG werden vierteljährlich auf unserer Homepage veröffentlicht.

Eigene Mittel

Der Vorstand wird dem Verwaltungsrat vorschlagen, den Bilanzgewinn der Sicherheitsrücklage zuzuführen. Danach wird sich die Sicherheitsrücklage auf 472,4 Mio. € belaufen; dies entspricht einem Zuwachs von 3,8 % gegenüber dem Vorjahr. Neben der Sicherheitsrücklage bestehen umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile.

Die Gesamtkennziffer nach § 2 Abs. 6 SolV überschritt zum 31. Dezember 2011 mit 19,6 % deutlich die gesetzlich vorgeschriebene Mindestnorm von 8,0 %. Die Gesamtkennziffer lag im Jahr 2011 zwischen Werten von 18,8 % und 20,2 %.

Dienstleistungen

Auch im Bereich des Dienstleistungsgeschäfts, das im Wesentlichen die Teilbereiche Kartengeschäft, Zahlungsverkehrs-, Wertpapier- sowie Vermittlungsgeschäfte im Sparkassenverbund und die Immobilienvermittlung umfasst, stabilisierte sich das hohe Niveau des Vorjahres.

Während die Erlöse aus dem **Zahlungsverkehr** nachgaben, konnte bei der Vermittlung von **Immobilien**, im **Kartengeschäft** sowie im Bereich der **Verbundvermittlung** (Bausparen und Versicherungen) die Vorjahreswerte teilweise übertroffen werden.

Im Geschäftsjahr 2011 sind die mit unseren Kunden getätigten Wertpapierumsätze (Renten, Aktien und Fondsanteile) deutlich ausgeweitet worden. Im Gegensatz zum Vorjahr konnte durch die Umsatzsteigerungen der Provisionsertrag aus dem **Wertpapiergeschäft** verbessert werden.

Eigenhandel

Wir betreiben Eigenhandel mit Aktien, Renten, Zertifikaten, Investmentfonds sowie Derivaten und Devisen.

Im Vordergrund unserer Handelstätigkeit stehen die liquiditäts- und ertragsorientierte Anlage der freien Sparkassenmittel sowie die Steuerung des Zinsspannenrisikos.

Die zum Bilanzstichtag bestehenden Derivategeschäfte (Anlagebuchgeschäfte) wurden insbesondere zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos, zur Absicherung von Risiken aus Kunden-

geschäften und zur Absicherung der Kursrisiken unseres Bestands an festverzinslichen Wertpapieren abgeschlossen. Wir verweisen hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte auf die Darstellung im Anhang zum Jahresabschluss.

Die sich aus den Geschäften ergebenden Marktpreisrisiken bewegten sich 2011 innerhalb der vorgegebenen Risikolimits. Den Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken trugen wir dadurch Rechnung, dass mit ausgewählten Partnern und auf Basis von Emittenten-/Kontrahentenlimits überwiegend nur börsengehandelte und liquide Wertpapiere beziehungsweise Finanzinstrumente gehandelt wurden.

Investitionen

Wie im Vorjahr stand auch 2011 der Neubau unserer Regionaldirektion Marbach in der Günterstraße im Vordergrund. Die Marbacher Filiale, die sich derzeit in der Grabenstraße befindet, soll in Zukunft in dem Neubau Platz finden. Die Fertigstellung des Neubaus wird voraussichtlich im 3. Quartal 2012 erfolgen. Darüber hinaus wurde die Geschäftsstelle Schwieberdingen in der Vaihinger Straße aufgrund des in 2010 entstandenen Hochwasserschadens renoviert. Zusätzlich haben wir eine Vielzahl von Geschäftsstellen auf den baulich und banktechnologisch neuesten Stand gebracht.

3.2.2.1.3 Risikovorsorge, Bewertung und Reserven

Für Risiken im Kreditgeschäft wurde dem Vorsichtsprinzip entsprechend durch die Bildung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Vorsorge getroffen. Der Wertpapierbestand wurde zum Niederstwert bilanziert. In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere dem Wertpapierbestand sowie dem Grundvermögen, sind stille Reserven enthalten. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB beträgt zum Geschäftsjahresende 220,0 Mio. €. In Anbetracht der ab 1. Januar 2013 steigenden Eigenkapitalanforderungen (Basel III) haben wir bereits zum Jahresende 2011 Teile unserer stillen Reserve (§ 340f HGB) in hartes Kernkapital (§ 340g HGB) umgewidmet. Darüber hinaus bestehen mittelbare Pensionsverpflichtungen, die sich aus der Zusatzversorgung der Beschäftigten ergeben.

3.2.2.1.4 Finanzlage

Zur Überwachung unserer Zahlungsfähigkeit bedienen wir uns einer kurz- und mittelfristigen Finanzplanung, wobei die zu erwartenden Zahlungsströme rollierend bis zu 12 Monaten berücksichtigt werden. Unsere Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge gegeben. Die Folgen der Finanzmarktkrise hatten für die Liquidität unseres Hauses keine Konsequenzen.

Die eingeräumten Kredit- beziehungsweise Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der Landesbank Baden-Württemberg wurden teilweise in Anspruch genommen. Das zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften notwendige Guthaben haben wir in der erforderlichen Höhe bei der zuständigen Zentralbank unterhalten. Zum Jahresende errechnete sich eine nach der Liquiditätsverordnung berechnete Liquiditätskennzahl (Untergrenze 1,0) von 1,7. Die Anforderungen der Liquiditätsverordnung wurden 2011 jederzeit erfüllt, da die Liquiditätskennzahl zwischen 1,7 und 2,2 lag.

Auch die nach der Liquiditätsverordnung für die weiteren Beobachtungszeiträume (Laufzeitbänder bis zu 12 Monaten) zu berechnenden Beobachtungskennzahlen deuten nicht auf zu erwartende Engpässe hin.

3.2.2.1.5 Ertragslage

Der im Geschäftsjahr um 58,5 Mio. € (Veränderung Vorjahr: -12,1 Mio. €) auf 133,7 Mio. € reduzierte **Zinsüberschuss** (einschließlich GuV-Positionen 3, 4 und 17) lag unter dem Vorjahreswert. Der rückläufige Zinsüberschuss im Jahr 2011 ergab sich durch Erträge und Aufwendungen mit Einmalcharakter, die im Wesentlichen aus der vorzeitigen Schließung von Zinsswaps und Forward-Swaps entstanden. Das zinsabhängige Geschäft bleibt unverändert die bedeutendste Ertragsquelle der Kreissparkasse. Wie im Vorjahr belasteten ausbleibende Erträge aus den direkt und indirekt über den SVBW gehaltenen stillen Einlagen an der LBBW den Zinsüberschuss.

Der **Provisionsüberschuss** lag bei 47,6 Mio. € (Vorjahr: 47,0 Mio. €) und konnte damit leicht gesteigert werden. Wesentlich für die Steigerung war die Entwicklung der Provisionseinnahmen im Vermittlungsbereich und aus dem Kartengeschäft.

Der **Verwaltungsaufwand**, der sich in Personal- und andere Verwaltungsaufwendungen aufteilt, lag mit 126,0 Mio. € (Vorjahr: 123,2 Mio. €) über dem Vorjahreswert. Ausschlaggebend für die Erhöhung der Personalkosten waren insbesondere tarifliche Lohnerhöhungen sowie Neueinstellungen. Ende 2011 waren 1.805 Mitarbeiter im Unternehmen beschäftigt, das entspricht einer Steigerung von 1,3 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Erhöhung der anderen Verwaltungsaufwendungen kann vor allem auf gestiegene Erhaltungsaufwendungen von betrieblichen Gebäuden sowie höhere Umlagen (darunter die gesetzliche Bankenabgabe) zurückgeführt werden.

Das **Nettoergebnis aus Handelsgeschäften**, das aus dem Handel mit Wertpapieren und Derivaten resultiert, bewegte sich deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Das **Ergebnis vor Bewertung**, das sich aus dem Zins- und Provisionsüberschuss, dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen sowie dem Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, vermindert um den Verwaltungsaufwand, ergibt, betrug im Jahr 2011 46,9 Mio. € und lag somit um 64,1 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses in Höhe von 108,2 Mio. € ergab sich ein im Vergleich zum Vorjahr höheres **Ergebnis nach Bewertung** in Höhe von 155,1 Mio. €.

Dies resultierte insbesondere aus der deutlichen Reduzierung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, was überwiegend auf verbesserte wirtschaftliche Verhältnisse der Kreditnehmer zurückzuführen war. Auch realisierte Erfolge im Wertpapiergeschäft trugen zu dem höheren Ergebnis nach Bewertung bei.

Im Vorjahresvergleich konnte der ausgewiesene Jahresüberschuss in Höhe von 17,2 Mio. € erneut gesteigert und somit ein Beitrag zur weiteren Stärkung der Eigenkapitalbasis unseres Hauses erwirtschaftet werden. Vom ausgewiesenen Jahresüberschuss wurden 8,5 Mio. € vorweg in die Sicherheitsrücklage eingestellt. Nach der vorgesehenen Zuführung des Bilanzgewinns von 8,7 Mio. € beträgt das Eigenkapital 472,4 Mio. € (5,0 % der Bilanzsumme).

Zur weiteren Analyse der Ertragslage unseres Hauses setzen wir für interne Zwecke den sogenannten "Betriebsvergleich" der Sparkassenorganisation ein, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse unseres Ergebnisses in Relation zur Durchschnittsbilanzsumme (errechnet auf Basis der Tageswerte) erfolgt.

In das errechnete Betriebsergebnis vor Bewertung gehen die ordentlichen Erträge sowie die ordentlichen Aufwendungen (einschließlich Verwaltungskosten) aus Zins-, Dienstleistungs- und Handelsgeschäften ein. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Nach Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Unser Betriebsergebnis vor Bewertung lag erneut deutlich über dem Durchschnitt der baden-württembergischen Sparkassen ähnlicher Größenordnung. Das Betriebsergebnis nach Bewertung lag ebenfalls über dem Wert der Vergleichsgruppe. Das neutrale Ergebnis wurde durch die Realisierung schwebender Verluste aus Zinssicherungsgeschäften belastet.

Auch die unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten berechnete Cost-Income-Ratio (Verhältnis von ordentlichem Aufwand zu ordentlichem Ertrag), stellte sich mit 52,9 % (Vorjahr: 51,2 %) günstiger dar als der vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband vorgegebene Zielwert von 60 %.

Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität vor Steuern betrug im Geschäftsjahr 2011 26,4 % (Vorjahr: 12,4 %).

3.2.2.1.6 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren (Mitarbeiter – Kunden – Umwelt)

Mitarbeiter

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Angestellten (einschließlich Teilzeitbeschäftigten, jedoch ohne Auszubildende, Mitarbeiterinnen im Erziehungsurlaub sowie dem Bundesfreiwilligendienst) beträgt 1.402 (Vorjahr: 1.416). Einschließlich der Auszubildenden, Boten, Reinigungskräfte und der wegen dem Bundesfreiwilligendienst oder Erziehungsurlaub beurlaubten Mitarbeiter hatten 2011 durchschnittlich 1.772 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 1.755) bei uns einen Arbeitsplatz. 17 Mitarbeiter machten von Altersteilzeitregelungen Gebrauch.

Auch im Jahr 2011 hatte die Kreissparkasse Ludwigsburg ein breit gefächertes und umfassendes Weiterbildungsangebot für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Schwerpunkt im vergangenen Jahr lag auf der Vertiefung von fachlichen Inhalten. Zudem wurden die Führungskräfte mit gezielten persönlichkeitsbildenden Seminaren geschult.

Im Mai erhielt die Kreissparkasse Ludwigsburg das Zertifikat „Beruf und Familie“, dabei wurde die nachhaltige, familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet.

Im September 2011 haben bei der Kreissparkasse Ludwigsburg 102 junge Menschen ihre Ausbildung begonnen. Somit genießt die Ausbildung, mit insgesamt 235 Auszubildenden, einen sehr hohen Stellenwert. Die Kreissparkasse Ludwigsburg weist dabei eine überdurchschnittlich hohe Ausbildungsquote auf.

Am 21. Juli 2011 hat die Kreissparkasse Ludwigsburg mit dem Friedrich-Schiller-Gymnasium Ludwigsburg den Vertrag zu einer Bildungspartnerschaft unterzeichnet.

Kundenbeziehungen

Die Wünsche unserer Kunden, die wir regelmäßig über Kundenbefragungen in Erfahrung bringen, stehen bei uns an erster Stelle. Unsere internen Maßstäbe und Zielvorgaben sind daher konsequent an den Bedürfnissen und Erwartungen unserer Kunden ausgerichtet. Die enge Beziehung und das hohe Vertrauensverhältnis sind wesentliche Voraussetzungen für den geschäftlichen Erfolg. Unsere Serviceversprechen gegenüber den Kunden dokumentieren unseren hohen Qualitätsanspruch.

Ferner ist die Individualisierung der Kundenwünsche eine gesellschaftliche Entwicklung, die wir auch in unserem Geschäftsgebiet feststellen. Wir entwickeln die systematische und strukturierte Beratung durch den Sparkassen-Finanz-Check im Privatkunden- und Firmenkunden-segment ständig weiter und bieten individuelle Lösungen für unterschiedlichste Finanzbedürfnisse in den verschiedenen Lebensphasen unserer Kunden an. Im Bereich der Anlageberatung wurden der Beratungsprozess und die Dokumentation unter Beachtung der gesetzlichen

Anforderungen weiter optimiert. Regelmäßige Mitarbeiterschulungen sichern nachhaltig den hohen Qualitätsstandard und die Kompetenz unserer ganzheitlichen Beratung.

Dieser Qualitätsstandard wurde im Rahmen einer Testkaufstudie von dem Institut für angewandte Marketing- und Kommunikationsforschung (IMK) überprüft. Dabei wurde von der IMK unsere Beratungsqualität im Privatkundengeschäft mit „sehr gut“ bewertet und mit einem Siegel ausgezeichnet. Zusätzlich honorierte Focus Money im Bankentest 2011 die Qualität unserer Privatkundenberatung in Ludwigsburg und Bietigheim mit der Auszeichnung "Beste Bank".

Ergänzend bieten wir eine breite Service- und Produktpalette an, darunter Leasing, Bausparen, Kreditkarten, Versicherungen, Altersvorsorge bis hin zu komplexen Anlage- und Zinssicherungsinstrumenten, die dem zentralen Kundenbedürfnis nach einem festen Ansprechpartner rund um alle Finanzthemen entspricht.

Umweltverträglichkeit

Zentrale Anliegen der Kreissparkasse Ludwigsburg sind, den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu senken und die Umweltverträglichkeit durch geeignete Maßnahmen weiter zu verbessern. Dazu gehört für uns an unseren Standorten mit dem Einsatz moderner Technologien den Umweltschutz und das Umweltbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern. Dass diese Anstrengungen zum Erfolg führen, zeigte die Auszeichnung als „Energiesparer 2011“ vom Veranstalter BayernFM des bundesweit ausgeschriebenen Wettbewerbs „Realis-Bench®Energiesparer 2011“.

Nachhaltiges Wirtschaften ist für die Kreissparkasse Ludwigsburg keine Modeerscheinung sondern Ausdruck ihres Gründungsauftrags. Mehr und mehr spiegelt sich Nachhaltigkeit auch in unserer Produktpalette wider. So haben wir 2011 gemeinsam mit den Stadtwerken Bietigheim-Bissingen die SWBB-Inhaberschuldverschreibung ausgegeben. Ziel ist es, ein Investitionsvolumen von 5 Mio. € zu ermöglichen, mit dem der Ausbau von Photovoltaikanlagen und Kraftwärmekopplungsanlagen in Bietigheim-Bissingen vorangetrieben werden kann. Ebenso setzt unser neues Produkt GreenTWIN – eine Kombination aus hoch verzinsten Festgeldanlage und Fondsanlage auf Nachhaltigkeit.

Soziale und gesellschaftliche Verantwortung

Wir betrachten es als wesentliches Element unserer Unternehmensphilosophie in unserem Geschäftsgebiet soziale und gesellschaftliche Verantwortung zu leben. „Kreissparkasse Ludwigsburg – Gut für Generationen“ – dieses Leistungsversprechen leben wir nicht nur als Finanzdienstleister, sondern auch als Förderer einer Vielzahl von gemeinnützigen Aktivitäten im Kreis Ludwigsburg. Mit Spenden, durch Sponsoring oder über unsere Stiftungen „Kunst, Kultur und Bildung“, „Jugendförderung, Arbeit und Soziales“ und „Umwelt- und Naturschutz“ sowie die „Kreissparkassenstiftung Gesundheit im Landkreis Ludwigsburg“ fördern wir die Attraktivität und Lebensqualität unserer Region und der Menschen, die hier leben.

Neben den vier Kreissparkassen-Stiftungen tragen wir gemeinsam mit dem Landkreis die „Schullandheim Strümpfelbrunn Stiftung“. Zu unserem Angebot gehört auch die 2007 neu gegründete Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse Ludwigsburg, in die auch private Stifter, Bürgerstiftungen und Kommunen ihre unselbstständigen Stiftungen einbringen können.

Wir fördern soziale Einrichtungen, die Jugend, das sportliche und kulturelle Leben sowie den Umwelt- und Naturschutz im Kreis Ludwigsburg. Auch im Berichtsjahr 2011 haben wir wieder annähernd 1.000 gemeinnützige Projekte gefördert – also durchschnittlich vier gemeinnützige Projekte pro Arbeitstag. Gleichzeitig haben wir unser Angebot an Veranstaltungen, die wir selbst durchführen oder unterstützen, 2011 weiter ausgebaut.

3.2.2.1.7 Gesamtaussage und Beurteilung

Die geschäftliche Entwicklung sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage können unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen sowie der branchenspezifischen Entwicklung als zufriedenstellend bezeichnet werden. Der erzielte Jahresüberschuss entspricht dem erwarteten Geschäftsergebnis.

3.2.2.2 Nachtragsbericht: Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

3.2.2.3 Risikobericht

3.2.2.3.1 Risikomanagement

Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken unter Berücksichtigung eines risiko- und ertragsadäquaten Einsatzes des Eigenkapitals sind Kernfunktionen von Kreditinstituten. Daher wurde als Bestandteil der Unternehmenssteuerung vom Vorstand ein Risikomanagement installiert, das der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken dient. Die risikorelevanten Steuerungsinformationen dienen als Grundlage für strategische und operative Geschäftsentscheidungen. Klare Aufgabenteilung und ein enges Zusammenspiel zwischen den beteiligten Geschäftsbereichen ermöglichen eine effiziente Umsetzung der risikopolitischen Steuerungsimpulse. Um den Anforderungen der sich kontinuierlich verändernden Rahmenbedingungen zu begegnen, passen wir unsere Strategien, Konzepte, Verfahren, Instrumente sowie aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen stetig an. Wir halten bezüglich unserer gesetzten Strategien und implementierten Prozesse die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) ein. Im Hinblick auf die am 15. Dezember 2010 veröffentlichte 3. MaRisk-Novelle haben wir die Anforderungen umgesetzt. Dies betrifft insbesondere die Erweiterung der Strategieanforderungen und die Implementierung „inverser“ Stresstests.

Aufgrund des von uns erstellten Risikoprofils betrachten wir folgende Risiken als wesentlich für unser Haus: Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, hier vor allem das Zinsänderungsrisiko, und die Kursrisiken im Wertpapiergeschäft, Liquiditätsrisiken sowie die operationellen Risiken.

Der **Verwaltungsrat** bestimmt die Richtlinien für unsere Geschäfte und erlässt Geschäftsweisungen für den Kreditausschuss sowie den Vorstand und überwacht deren Tätigkeit. Über unsere Risikosituation wird er durch den Vorstand vierteljährlich anhand des Risikoberichts informiert.

Der **Vorstand** ist für die Ausgestaltung des Gesamtsystems "Risikomanagement" verantwortlich. Dabei legt der Vorstand neben der geschäftspolitischen Zielsetzung die wesentlichen strategischen und methodischen Ausrichtungen, die Höhe des möglichen Gesamtbankrisikos und die Aufteilung der Limite nach Adressenausfall-, Beteiligungs-, Marktpreis-, Zinsspannen-, Immobilien- und operationellen Risiken sowie Risiken aus der Risikoimmunsierung der LBBW vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit fest. Innerhalb dieser Vorgaben erfolgt die Steuerung der Risikopositionen in den jeweils verantwortlichen Abteilungen.

Zur Steuerung der **Adressenausfallrisiken** wurden die Kreditkompetenzen in Abhängigkeit von Kredit-, Blankovolumen und Rating festgelegt. Oberhalb bestimmter Grenzen entscheidet der Vorstand einzelfallbezogen beziehungsweise ist eine Zustimmung des Kreditausschusses notwendig. Auf Basis der jeweiligen rating- und betragsabhängigen Kreditkompetenzen gibt der Marktbereich ein Votum ab. Oberhalb einer definierten Obligohöhe wird von der Marktfolgeinheit eine separate Stellungnahme in Form eines eigenständigen Zweitvotums abgegeben.

Die Abteilungen Treasury und Eigenhandel steuern im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Gesamtbankstrategie und der daraus entwickelten Limitvorgaben eigenverantwortlich die **Marktpreisrisiken**. Darüber hinaus steuert die Abteilung Treasury auch die **Liquiditätsrisiken**.

Die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling koordiniert den Prozess zur Ermittlung der operationellen Risiken, überprüft das eingesetzte Instrumentarium, analysiert beziehungsweise überwacht die Entwicklung der Risiken auf Basis der Methode „fokussierte Risikolandkarte“ und erstellt den Risikobericht.

Um die Risiken aus **neuen Produkten** oder **neuen Märkten** korrekt einschätzen zu können, werden die Voraussetzungen für die Einführung von den betroffenen Abteilungen analysiert und diskutiert. Bei Handelsgeschäften wird vor dem laufenden Handel grundsätzlich eine Testphase unter Einbindung der betroffenen Organisationseinheiten durchgeführt. Erst bei erfolgreichem Test und Vorhandensein geeigneter Risikosteuerungsinstrumente beginnt der laufende Handel.

Das **zentrale Risikocontrolling** hat, als aufbau- und ablauforganisatorisch von den geschäftsverantwortlichen Bereichen unabhängige Organisationseinheit, die Funktion, die Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditätsrisiken und operationellen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Dem Risikocontrolling obliegen die Methodenauswahl sowie die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren. Mit wesentlichen Risiken verbundene Risikokonzentrationen werden berücksichtigt. Zusätzlich verantwortet das Risikocontrolling die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die Ableitung und die Überwachung der Einhaltung von Limiten.

Die **Interne Revision** unterstützt als prozessunabhängige Stelle in ihrer Überwachungsfunktion den Vorstand und die anderen Führungsebenen. Grundlage hierfür ist ein risikoorientierter Prüfungsplan, der vom Vorstand genehmigt wurde. Auf dieser Grundlage prüft und bewertet die Interne Revision grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Dazu zählt auch die Prüfung des Risikomanagements - das heißt das Risikosteuerungs- und -controllingsystem - sowie die Einhaltung interner und externer Regelungen. Der Fokus liegt hierbei auf den Prozessen und Methoden unter Beachtung der Grundsätze von Sicherheit, Ordnungsmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Dies trägt wesentlich zur Einhaltung definierter Prozesse bei und unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse. Wesentliche Feststellungen mit Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- beziehungsweise Ertragslage haben sich im Geschäftsjahr 2011 nicht ergeben. Empfehlungen der Internen Revision werden validiert und durch die Fachabteilungen umgesetzt.

Phasen des Risikomanagementprozesses

Mit dem Ziel der Entwicklung eines einheitlichen und in sich geschlossenen Systems zur Analyse und Quantifizierung der bestehenden Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationellen Risiken unterscheiden wir vier Phasen im Risikomanagementprozess. Zuerst sollen im Rahmen der Risikoidentifikation bestehende und zukünftige wesentliche Ri-

siken identifiziert werden, um davon ausgehend eine Klassifizierung durchführen zu können. Hierzu zählen beispielsweise die bei neuen Produkten oder komplexen Geschäften bestehenden Risiken und deren Integration in das bestehende System. Mit wesentlichen Risiken verbundene Risikokonzentrationen werden im Rahmen der Risikoidentifikation berücksichtigt. Ziel der Risikobeurteilung ist mit einer dem Risiko angemessenen Methode das Risiko zu messen und zu bewerten. Dabei werden für die wesentlichen Risiken angemessene Risikomessungen, zum Beispiel über Risikomodelle oder Szenariobetrachtungen (zum Beispiel Real-Case- beziehungsweise Worst-Case-Szenarien oder Stresstests), durchgeführt. Die Risiko-steuerung stellt sich als Gesamtheit der Maßnahmen dar, die darauf abzielen, Risiken einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen. Die letzte Phase des Prozesses ist die Überwachung der vom Vorstand festgelegten Limite und das Reporting der Risikokennziffern sowie der Analyseergebnisse an den Vorstand und die zuständigen Geschäftsbereiche durch das Risikocontrolling. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung über die wesentlichen Risiken gemäß MaRisk erfolgt auch eine bedarfsgerechte Ad-hoc-Berichterstattung. Darüber hinaus werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten beziehungsweise Ergebnisse kontrolliert sowie validiert.

Risikotragfähigkeit

Im Rahmen der vierteljährlich durchzuführenden Risikotragfähigkeitsanalyse ermitteln wir die zur Deckung von Verlusten verwendbare Risikodeckungsmasse. Sie gibt Aufschluss darüber, in welcher Höhe wir Risiken im Rahmen der Geschäftspolitik eingehen können. Dabei stellen die installierten Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben ist. Wir setzen ein auf periodischer Sichtweise basierendes Risikotragfähigkeitskonzept ein. Ausgehend vom maximalen periodischen Risikodeckungspotenzial wird das einsetzbare Risikodeckungspotenzial ermittelt. Wesentliche Bestandteile des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials sind das Betriebsergebnis vor Bewertung des laufenden Jahres und die nicht zur Einhaltung der Solvabilitätsverordnung notwendigen Vorsorgereserven. Der Vorstand legt jeweils zum Ende eines laufenden Jahres für das folgende Geschäftsjahr fest, welcher Teilbetrag vom einsetzbaren Risikodeckungspotenzial zur Abdeckung der wesentlichen anzurechnenden Risiken zur Verfügung stehen soll (Limitsystem). Der nicht für das Limitsystem eingesetzte Betrag steht für die nicht quantifizierten Risiken (Liquiditätsrisiken und sonstige Risiken), Risikokonzentrationen, die nicht beim originären Risiko berücksichtigt sind, sowie für sonstige geschäftspolitische Planungen zur Verfügung. Anschließend werden die hinreichend genau quantifizierbaren wesentlichen Risiken auf das aus dem eingesetzten Risikodeckungspotenzial abgeleitete Limitsystem angerechnet. Ab dem 2. Quartal des Geschäftsjahres nehmen wir auch eine Betrachtung der Risikotragfähigkeit des Folgejahres vor.

Darüber hinaus erfolgt für außergewöhnliche Marktentwicklungen die Durchführung von Stresstests. Hierbei werden Auswirkungen von Änderungen der Risikofaktoren beziehungsweise -parameter auf die wesentlichen Risiken untersucht. Die Durchführung erfolgt in Form von Sensitivitäts- und Szenarioanalysen, die auch Risikokonzentrationen beinhalten. Die Stresstests werden hierbei nicht nur für einzelne Geschäfts- und Risikofelder, sondern zusätzlich auf Ebene des Gesamtinstituts durchgeführt, um Effekte transparent zu machen, die sich erst in der Gesamtbetrachtung ergeben. Es werden insgesamt vier Szenarien betrachtet, nachdem wir die Stresstests um ein gesondertes Szenario für das operationelle Risiko erweitert haben. Zum einen wird ein risikoartenübergreifendes Szenario und zum anderen werden drei Szenarien zu den derzeit größten Risiken der Kreissparkasse Ludwigsburg durchgeführt:

- Schwere Rezession: Auswirkungen auf Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelles Risiko
- Zinsrisiko: Betrachtung der Auswirkung verschiedener Zinsszenarien auf die Zinsspanne und die Entwicklung des Depot A

- Liquiditätsrisiko: Massiver Abzug von Einlagen bei gleichzeitiger Einschränkung der Refinanzierungsmöglichkeiten auf dem Interbankenmarkt
- Operationelles Risiko: Durchführung einer Sensitivitätsanalyse durch Variierung verschiedener Risikoparameter sowie einer Szenarioanalyse auf Basis von Fällen aus der fokussierten Risikolandkarte

Die Risikotragfähigkeit war in allen untersuchten Szenarien gegeben.

Darüber hinaus führt die Sparkasse ab 2012 einen sogenannten „inversen Stresstest“ durch. Ziel ist es, durch rekursives Vorgehen die Risikofaktoren und Parameterveränderungen zu ermitteln, die eine Nichtfortführung des Geschäftsmodells herbeiführen.

Risikostrategie

Beim Umgang mit unseren Geschäftsrisiken verfolgen wir auf Basis der Risikotragfähigkeit eine Risikostrategie, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist:

- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Risiken und für die Umsetzung der Risikostrategie und achtet dabei auf das risikobewusste Verhalten aller Mitarbeiter.
- Gewährleistung der Risikotragfähigkeit
- Die Risikostrategie berücksichtigt die in der Geschäftsstrategie niedergelegten Ziele und Planungen der wesentlichen Geschäftsaktivitäten und die Risiken der wesentlichen Auslagerungen. Sie umfasst auch die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie bestehende Risiko- und Ertragskonzentrationen.
- Mit Hilfe installierter Risikolimits und effizienter Kontrollsysteme soll der Ertrag sichergestellt und das Vermögen geschützt werden. Durch die Festlegung von Risikotoleranzen wurde dokumentiert, zu welchen Bedingungen die Sparkasse bereit ist, Risiken einzugehen.
- Es sollen nur Risiken mit einem für uns günstigen Verhältnis von Risiko zu Ertrag eingegangen werden. Risiken mit ungünstiger Relation sollen im Einzelnen sowie in ihrer aggregierten Form vermieden, vermindert oder kompensiert werden. Die eingesetzten Kontrolleinheiten haben dies zu überwachen.
- Die Risikostrategie wird jährlich überprüft und, soweit erforderlich, angepasst.

3.2.2.3.2 Überwachung und Steuerung der Risikoarten

Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken verstehen wir die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen vertraglich zugesagte Leistungen durch die Geschäftspartner teilweise oder vollständig ausfallen.

Kundenkreditgeschäft

Die Steuerung des Kundenkreditgeschäfts geschieht unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der einzelnen Engagements. In der Kreditrisikostrategie wird die Risikoneigung differenziert nach Größenklassen, Kundengruppen, Branchen, Besicherungsquoten und Bonitätsverteilungen definiert. Das Kreditportfolio verteilt sich gleichmäßig auf Unternehmen/Selbstständige und Privatpersonen. Eine Analyse des Kreditportfolios auf Ebene der in den Branchen enthaltenen Wirtschaftszweige zeigt, dass die Portfolios auf dieser Ebene hinreichend diversifiziert sind. Der Vorstand räumt der Risikobegrenzung im Kundenkreditgeschäft einen hohen Stellenwert ein. Der Begrenzung wird dadurch Rechnung getragen, dass bei Engagements unverändert die Qualität, das heißt ein möglichst risikoarmes Kreditge-

schäft, im Vordergrund steht. Für die Übernahme bedeutender Risiken ist die Zustimmung des Kreditausschusses erforderlich.

Zentrale Bedeutung für die kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken hat die Bonitätsbeurteilung. Im Rahmen des Risikosteuerungs- und -controllingsystems setzen wir zur Beurteilung der Kreditrisiken in Abhängigkeit von den einzelnen Kundensegmenten verschiedene Risikoklassifizierungsverfahren ein. Das Rating-/Scoringkonzept umfasst grundsätzlich alle gewerblichen und privaten Kunden.

Zur Beurteilung der Kreditnehmerbonität setzen wir von der Sparkassenorganisation angebotene Systeme (zum Beispiel Scoring- und Ratingsysteme, EBIL zur Einzelbilanzanalyse) ein. Die Bonitätsbeurteilung erfolgt durch erfahrene Kreditanalysten unter Einbeziehung der Kundenbetreuer. Entscheidend für die Bonitätseinstufung sind die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und die daraus ermittelte Zahlungsfähigkeit.

Wir verfügen über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, zu steuern, zu bewerten und im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen. Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob sich die Risikolage verändert hat und Risikovorsorgebedarf entstanden ist. Sobald uns Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen, erfolgt eine außerordentliche Überprüfung. Ob im Einzelfall eine Risikovorsorge zu bilden ist, orientiert sich an der Ausfallgefahr der Forderung. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Die Höhe der Risikovorsorge ist darüber hinaus abhängig von den Sicherheiten, deren Bewertung nach den „Grundsätzen für die Bewertung von Sicherheiten“ (BeSi), der Beleihungswertermittlungsverordnung (BelWertV) beziehungsweise dem IDW-Ansatz erfolgt. Die Wertberichtigungen, Rückstellungen und Direktabschreibungen werden per Antrag kompetenzgerecht entschieden. Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Angemessenheit und gegebenenfalls daraus resultierende Anpassungen. Bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers, die eine Kapitaldienstfähigkeit erkennen lassen, oder bei einer zweifelsfreien Kreditrückführung aus vorhandenen Sicherheiten erfolgt eine Auflösung der Risikovorsorge. Die Erfassung, Fortschreibung und Auflösung der Risikovorsorge erfolgt in einem zentralen System in der Abteilung Marktfolge Kredit und der Rechtsabteilung. In den Arbeitsanweisungen sind die Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorgen geregelt. Ergänzend werden die Risiken aus dem Mengenkreditgeschäft über eine pauschale Mengen-Einzelwertberichtigung abgeschirmt. Für latente Ausfallrisiken bilden wir Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Zusätzlich wird eine regelmäßige Analyse, Bewertung und Steuerung des Kreditportfolios durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling mit Hilfe des Modells "Credit Portfolio View" durchgeführt, das sich derzeit noch im Testbetrieb befindet. Das Risikomaß ist der Value-at-Risk. Hierbei werden neben Kreditportfoliodaten auch übergreifende Parameter wie Migrationsmatrix, Ausfallzeitreihen sowie Einbringungs- und Verwertungsquoten berücksichtigt.

Handelsgeschäfte

Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften werden durch die sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner und unter Berücksichtigung externer Ratings nach den Regeln der Kreditwürdigkeitsprüfung sowie durch Volumenslimite je Partner begrenzt. Die Auslastung der Limite wird durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling täglich berechnet und deren Einhaltung überwacht.

Berichterstattung

Der Vorstand wird vierteljährlich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling über die Entwicklung des Kreditportfolios informiert. Er beinhaltet zumindest folgende Darstellungen und gegebenenfalls erforderliche Kommentierungen:

- Portfoliozusammensetzung nach Bonitätsklassen beziehungsweise Ratingkennziffern, Kundengruppen, Branchen, Größenklassen, risikobehaftetem Volumen und weiteren Kennziffern
- Risikokonzentrationen
- Limitauslastung
- Bedeutende Limitüberschreitungen und deren Gründe
- Entwicklung der Risikovorsorge
- Wesentliche Kreditentscheidungen, sowie sie von unserer Risikostrategie abweichen oder vom Vorwand im Rahmen seiner Krediteinzelkompetenz bei abweichenden Voten entschieden wurden

Der Adressenausfallrisikobericht bildet mit den anderen eingesetzten Systemen die Basis unserer Kreditentscheidungsprozesse und ermöglicht uns, das Risikoportfolio zu bewerten und zu steuern. Hierzu dienen auch die über das interne Rating ermittelten Risikoprämien der risikoadjustierten Konditionsgestaltung.

Beteiligungen

Die Gefahr eines finanziellen Verlustes aufgrund von Wertminderungen des Beteiligungsportfolios wird als Beteiligungsrisiko bezeichnet. Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlagen. Darüber hinaus können zusätzliche Haftungsrisiken nicht ausgeschlossen werden.

Unsere Verbundbeteiligungen werden zur Förderung des Sparkassenwesens und zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags gehalten. Sie dienen vor allem der Stärkung des Zusammenhalts der Sparkassen-Finanzgruppe sowie dem Ausbau der Vertriebskanäle für die unterschiedlichen Produkte der Verbundmitglieder und sollen unseren Geschäftsbetrieb langfristig unterstützen. Sie dienen somit einem langfristigen strategischen Zweck. Teilweise werden die Beteiligungen auch indirekt über den SVBW gehalten. Daneben bestehen weitere Beteiligungen, diese sind jedoch von untergeordneter Bedeutung.

In der Geschäfts- und Risikostrategie hat die Sparkasse die Ziele für die Beteiligungen festgelegt. Die Beteiligungsrisiken werden angemessen in das Risikotragfähigkeitskonzept der Sparkasse einbezogen. Das Beteiligungscontrolling erfolgt für die Verbundbeteiligungen im Wesentlichen durch den SVBW und für die sonstigen Beteiligungen durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling. Das Beteiligungsrisiko wird anhand von Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie anhand von Szenarien ermittelt. Die Methoden der Risikoermittlung werden regelmäßig überprüft und weiterentwickelt. Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die Sparkasse ausreichend über die Situation bei den einzelnen Beteiligungsunternehmen unterrichtet ist.

Die Sparkasse ist Mitglied des SVBW, der sich, wie in Abschnitt 1 Rahmenbedingungen dargestellt, an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital beteiligt und eine Rückgarantie aus einer Risikoimmunsierungsaktion für die LBBW übernommen hat. Als Mitglied sind wir verpflichtet, über Umlagen den nicht anderweitig gedeckten Verbandsaufwand entsprechend dem maßgeblichen Umlageschlüssel abzudecken. Dies gilt auch für den Fall, dass die erwarteten Erträge die aus den im Rahmen dieser Konstruktionen möglicherweise entstehenden Aufwendungen nicht abdecken. Auch unter Berücksichtigung des Gesamtkreditengagements besteht insoweit eine Risikokonzentration bezüglich der Adresse LBBW. Auf Basis der uns derzeit vorliegenden Informationen ist ein akutes Risiko der Inanspruchnahme aus diesen Ver-

pflichtungen über die Verbandsumlage nicht erkennbar. Eine abschließende Beurteilung ist erst mit Vorlage des Jahresabschlussberichts der LBBW möglich.

Zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch die S-Finanzgruppe haben wir uns über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. (DSGV) an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbsgesellschaft) als Kommanditistin unterbeteiligt. In diesem Zusammenhang besteht ein Aufwendungsersatzanspruch des DSGV gegenüber den Unterbeteiligten für den Fall, dass die über die Erwerbsgesellschaft auszuschüttenden Dividenden der LBBH die laufenden Aufwendungen (im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung) nicht abdecken. Für das Geschäftsjahr 2011/2012 der Erwerbsgesellschaft ist ein Verpflichtungsüberhang aus dem Aufwendungsersatzanspruch zu erwarten, für den wir eine Rückstellung gebildet haben.

Insgesamt betrachtet konzentriert sich das Beteiligungsrisiko der Sparkasse derzeit vor allem auf die großen Verbundbeteiligungen.

Die Adressenausfallrisiken bewegten sich im vergangenen Jahr jederzeit im Rahmen des vom Vorstand festgelegten Limitsystems. Engagements in den Euro-Peripherie-Staaten bestehen fast ausschließlich in Unternehmens- und Bankanleihen. Die Bestände sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Vor dem Hintergrund der sich aus den Bonitätsbeurteilungssystemen ergebenden Erkenntnisse stufen wir die Entwicklung der Risikolage aus dem Kreditgeschäft als zufriedenstellend ein. Dennoch sind weitere Risiken für die künftige Entwicklung im Kreditgeschäft nicht auszuschließen. Wir werden diesen Risiken durch eine risikoorientierte Kreditvergabepolitik begegnen.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus den Veränderungen der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen der Zinssätze und Kurse sowie aus den hieraus resultierenden Preisänderungen der Derivate ergeben. Marktpreisrisiken werden gesteuert mit dem Ziel, Ertragschancen wahrzunehmen, ohne die finanziellen Ressourcen unangemessen zu belasten. Zur Begrenzung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts Limite festgelegt.

Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften des Handels- und Anlagebuches

Für die Handelsgeschäfte werden die Marktpreisrisiken täglich auf Basis aktueller Marktpreise und möglicher Marktpreisveränderungen (Verlustpotenziale) ermittelt. Dabei werden ab 2012 die Verlustpotenziale mittels Value-at-Risk-Konzept, dem der Varianz-Kovarianz-Ansatz auf Basis einer Haltedauer von 20 Tagen (bisher 10 Tage), einem Konfidenzniveau von 99 % und ein historischer Betrachtungszeitraum von 250 Tagen zugrunde liegt, gemessen und überwacht. Die Verlustrisiken aus den einzelnen Portfolios werden zusammen mit den schwebenden Verlusten und realisierten Ergebnissen der Handelsgeschäfte auf die vom Vorstand festgelegten Limitstrukturen angerechnet. Die für außergewöhnliche Marktentwicklungen durchgeführten Worst-Case-Szenarien (Haltedauer 30 Tage (bisher 20 Tage), Konfidenzniveau 99,9 %) zeigen, dass wir jederzeit die Risiken tragen können.

Nachfolgende Übersicht zeigt den Value-at-Risk im Vergleich zum Vorjahr:

in Mio. EUR	2011			2010
	VaR Minimum	VaR Maximum	VaR 31.12.2011	VaR 31.12.2010
Marktpreisrisiken	25,9	39,7	39,7	28,1

Über die Marktpreisrisiken wird der Vorstand börsentäglich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling informiert. Dabei werden dem Vorstand folgende Daten beziehungsweise Unterlagen als **Risikoinformationen** mittels des Risikoreportings zur Verfügung gestellt:

- Kommentierung der allgemeinen Marktentwicklung sowie der Auswirkungen aus GuV- und Barwert-Sicht
- Übersicht Bankbuch
- Ergebnisse aus Handelsbuchgeschäften
- Limitauslastung

Die Marktpreisrisiken bewegten sich in 2011 jederzeit innerhalb des Rahmens des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Wir gehen von einer zufriedenstellenden Risikosituation aus. Aufgrund der teilweise immer noch vorhandenen Auswirkungen der Finanzmarktkrise sowie Unsicherheiten an den Märkten hinsichtlich der Auswirkungen der Staatsverschuldung im Euroraum sind Risiken hinsichtlich eines Bewertungsbedarfs bei den Eigenanlagen nicht auszuschließen.

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken bildet die Sparkasse Micro-Hedges (Bewertungseinheiten). Hierfür werden Caps, Collars, Swaptions, Zinsswaps und Forward-Swaps eingesetzt. Ergänzend verweisen wir auf die Ausführungen zu den Bewertungseinheiten im Anhang zum Jahresabschluss. Währungsrisiken sind bei der Sparkasse nur von untergeordneter Bedeutung. Diese Marktpreisrisiken bewegen sich innerhalb des Rahmens der geschäftspolitischen Zielsetzungen.

Gesamtinstitutsbezogenes Zinsänderungsrisiko

Die Zinsänderungsrisiken ergeben sich im Zusammenhang mit Handelsgeschäften und auf Gesamtbankebene aus der Fristentransformation. Die Risiken können aus dem Ansteigen, Absinken oder Drehen der Zinsstrukturkurve resultieren.

Die periodische Ermittlung des Zinsspannenrisikos des Gesamtinstituts wird monatlich mit Hilfe des PC-Programms GuV-Planer von der Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling durchgeführt.

Der Ermittlung des Zinsspannenrisikos liegen derzeit folgende Annahmen zugrunde:

- Dynamisches Verfahren: Planung des Kundengeschäfts (Aktiva und Passiva) mit einem moderaten Wachstum der Kredite und Einlagen für 2012 und 2013 (einschließlich unbefristeter Bestände)
- Planung der Bestände der eigenen Wertpapiere
- Vorzeitige Kreditrückzahlungen bzw. Kündigungen beim Zuwachssparen werden im Rahmen der Bestandsplanung berücksichtigt.

Zur Berechnung des Zinsspannenrisikos simulieren wir monatlich zumindest folgende unterschiedliche Zinsentwicklungen:

- Konstante Zinsen
- Parallelanstieg um +100 Basispunkte
- Parallelrückgang um -100 Basispunkte
- Invertierung der Zinsstrukturkurve/Worst-Case-Szenario

Zur wertorientierten Quantifizierung mittels des Risikomaßes Value-at-Risk setzt die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling die Anwendung sDIS OSP (aus dem Programmpaket S-Treasury) ein. Dabei werden ein Konfidenzniveau von 95 % und eine Haltedauer von 30 Tagen zugrunde gelegt. Der monatlichen Ermittlung des barwertigen Zinsänderungsrisikos liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Bei unbefristeten Einlagen werden die Cashflows über gleitende Durchschnitte gebildet.
- Vorzeitige Verfügungen (statistische Ausüßer) beim Zuwachssparen werden berücksichtigt.

- Vorzeitige Kreditrückzahlungen werden derzeit nicht im Cashflow berücksichtigt.

Nachfolgende Übersicht zeigt den Value-at-Risk im Vergleich zum Vorjahr:

in % des Barwertes	2011			2010
	VaR Minimum	VaR Maximum	VaR 31.12.2011	VaR 31.12.2010
Zinsänderungsrisiko	1,24 %	3,45 %	3,32 %	4,05 %

Darüber hinaus wird mit Hilfe dieses Instruments die risikoadjustierte Performancekennziffer RORAC (Return on Risk Adjusted Capital) monatlich ermittelt, bei der die Mehrperformance in Relation zum Risiko des Portfolios gesetzt wird. Die RORAC-Kennziffer betrug zum Jahresende 2011 11,73 % (Vorjahr: 16,56 %). Das wertorientiert gemessene Zinsänderungsrisiko stufen wir - bezogen auf den Verbandsdurchschnitt - als leicht überdurchschnittlich ein.

Die Anzeigepflicht aus der Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung gemäß BaFin-Rundschreiben 11/2011 haben wir erfüllt.

Der Vorstand wird monatlich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling über das Zinsspannenrisiko, die Ergebnisse der Szenarioanalysen sowie die Entwicklung des barwertigen Zinsänderungsrisikos (einschließlich des Zinsrisikokoeffizienten der BaFin) informiert.

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung werden zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken neben bilanzwirksamen Instrumenten auch derivative Finanzinstrumente in Form von Renten-futures, Zinsswaps, Swaptions sowie Forward Rate Agreements eingesetzt. Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung. Offene Fremdwährungspositionen wurden grundsätzlich durch gegenläufige Geschäfte abgesichert.

Das Zinsspannenrisiko bewegte sich in 2011 jederzeit innerhalb des Rahmens des vom Vorstand vorgegebenen Limits.

Risiken bestehen aus unserer Sicht in erster Linie in steigenden Marktzinsen, die aufgrund des Festzinsüberhangs bei den Aktiva eine Verringerung des Zinsüberschusses zur Folge haben könnten, sowie in einer Verringerung des Fristentransformationsbeitrags, der maßgeblich von der Zinsentwicklung an den Kapitalmärkten beeinflusst wird.

Liquiditätsrisiken

Den Risiken, unseren Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen zu können, sowie der Gefahr, im Falle unzureichender Marktliquidität in einzelnen Produkten nicht oder nicht zu erwartenden Konditionen kontrahieren zu können, wird ebenfalls im Rahmen des Risikosteuerungs- und -controllingsystems entgegengewirkt. Dem Liquiditätsrisiko wird durch eine ausreichende Liquiditätsvorsorge und eine verantwortungsvolle Strukturierung der Aktiva und Passiva vorgebeugt. Der Liquiditätsstatus wird zum Zwecke der Disposition täglich ermittelt.

Zur Messung und Limitierung der Liquidität orientieren wir uns darüber hinaus an den Anforderungen der Liquiditätsverordnung. Über die Liquiditätssituation sowie über Szenariorechnungen (einschließlich Worst-Case-Szenarien) erstattet die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling dem Vorstand vierteljährlich Bericht. Wir verfügen - wie es auch die Liquiditätskennzahl im Abschnitt Finanzlage zeigt - insgesamt über eine gute Liquiditätsposition.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken verstehen wir die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten können. Für den adäquaten Umgang mit operationellen Risiken ist der Vorstand verantwortlich, dem in diesem Zusammenhang die Aufgabe der Festlegung, der regelmäßigen Überprüfung und der Sicherstellung der Rahmenbedingungen im Umgang mit operationellen Risiken zufällt.

Die operationellen Risiken werden jährlich identifiziert und dokumentiert. Zu den installierten Regelungen beziehungsweise Verfahren zum Management der operationellen Risiken zählen insbesondere das interne Kontrollsystem, die schriftlich fixierte Ordnung für die Aufbauorganisation und die wesentlichen Arbeitsabläufe, der Einsatz von qualifiziertem Personal sowie die ständige Weiterentwicklung der Methoden und die Verbesserung der technischen Abläufe. Betriebsrisiken aus dem IT-Bereich, aus Organisations- und Bearbeitungsfehlern werden durch Vereinbarungen mit einem externen Rechenzentrum, Notfallkonzepte, zunehmende Automatisierung und ständige Kontrollen durch qualifizierte Mitarbeiter gemindert und zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher Standardverträge reduziert.

Wir setzen das vom DSGVO entwickelte Instrument „fokussierte Risikolandkarte“ ein. Die „fokussierte Risikolandkarte“ dient neben der Identifikation operationeller Risiken zur szenario-bezogenen Analyse von risikorelevanten Verlustpotenzialen (ex-ante-Betrachtung). Darüber hinaus besteht für bedeutende Schadensfälle ein Verfahren, das sicherstellt, dass diese Schäden an die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling gemeldet und dort analysiert sowie gegebenenfalls Maßnahmen eingeleitet werden. In der „Schadensfalldatenbank“ werden tatsächlich eingetretene Schäden aus operationellen Risiken ab einem Betrag von 1,0 TEUR erfasst (ex- post-Betrachtung).

Risikoinformationen werden dem Vorstand mittels des vierteljährlichen Risikoberichts durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling in folgendem Umfang zur Verfügung gestellt:

- Aufgetretene bedeutende Schadensfälle (Art, Ausmaß und Ursache)
- Im Rahmen der Risikolandkarte ermittelte Risiken (jährlich)
- Gegebenenfalls getroffene Maßnahmen

Auf Basis der in der Vergangenheit eingetretenen bedeutenden Schadensfälle, der Ergebnisse der „fokussierten Risikolandkarte“ und unserer Maßnahmen beurteilen wir die Risikolage als zufriedenstellend. Insbesondere aufgrund von Rechtsunsicherheiten ist eine Verschlechterung der Risikolage jedoch nicht auszuschließen.

Zusammenfassende Risikobeurteilung

Unser Haus verfügt über ein hinreichendes, dem Umfang der Geschäftstätigkeit angemessenes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikosteuerungs- und -controllingsystem können frühzeitig die Risiken identifiziert, Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet und Risiken gesteuert werden. 2011 bewegten sich die Risiken jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Die Risikotragfähigkeit ist entsprechend der Risikotragfähigkeitsanalysen in allen Szenarien gegeben, die Risikolage insgesamt als vergleichsweise günstig einzustufen. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse/Marktentwicklungen durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können. Aufgrund der ausgereichten Kredite/Beteiligungen im Sparkassenverbund bestehen Risikokonzentrationen, deren reines Adressenausfallrisiko wir allerdings als vertretbar einschätzen. Eine weitere Risikokonzentration resultiert aus der hohen IT-Abhängigkeit von der Finanz Informatik. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind jedoch nicht erkennbar. Wir sehen uns durch das bestehende Risikomanagement sowohl für das bestehende Geschäft als auch für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet.

3.2.2.4 Prognosebericht

Strategische Schwerpunkte

Unser Ziel als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut ist die dauerhafte Erfüllung des öffentlichen Auftrags beziehungsweise die durch ihn zugewiesenen Aufgaben im Rahmen gesellschafts-, wirtschafts- und kreditpolitischer Ziele. Basis hierfür ist neben einer langfristigen Existenzsicherung auch das Ziel der Beibehaltung unserer starken Marktstellung in unserem Geschäftsgebiet. Nur eine angemessene Ertragskraft gewährleistet, dass wir den finanziellen Spielraum für die zukünftige Geschäftsentwicklung haben. Unser Ziel ist deshalb eine kontinuierliche Steigerung der Ertragskraft auf Basis einer die rechtlichen Anforderungen erfüllenden Kapitalbasis. Dies fördern wir unter anderem durch Zielvereinbarungen mit Führungskräften und Mitarbeitern. Durch den effizienten Einsatz von vorhandenen Ressourcen, die kontinuierliche Verbesserung unserer Prozesse und mehr Verantwortung durch Teamarbeit erreichen wir die erforderliche Produktivität. Und als Motor und entscheidende Größe im Wertschöpfungsprozess wollen wir das Wissen und die Erfahrungen unserer Mitarbeiter an allen unseren Standorten künftig noch zielgerichteter erschließen und weiterentwickeln. Unsere Mitarbeiter beteiligen sich unter anderem im Rahmen des innerbetrieblichen Vorschlagswesens an der Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten im gesamten Prozess- und Produktbereich.

Unsicherheit, ein Element jeder Prognose

Die Prognosen beziehen sich auf unsere Entwicklung für die nächsten zwei Jahre. Sie stellen unsere Einschätzung der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind beziehungsweise sich durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, weisen wir darauf hin, dass die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten abweichen können, sofern die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen. Eine verlässliche Prognose ist besonders schwierig, da Unwägbarkeiten aus der nach wie vor ungelösten Staatsschuldenkrise im Euro-Raum bestehen, die weiterhin mit großen Schwankungen an den Finanzmärkten einhergehen dürfte und nun auch die Konjunkturentwicklung bedroht. Darüber hinaus wird die Rentabilität der Bankenbranche nachhaltig durch die steigende Regulierung belastet (Basel III, Bankenabgabe, Einlagensicherung, etc.).

Erwarteter Geschäftsverlauf 2012 und 2013

Nachdem die deutsche Wirtschaftsleistung in den letzten zwei Jahren kräftig gestiegen ist, wird sich die im letzten Quartal 2011 begonnene Abschwächung im Jahr 2012 fortsetzen. Hauptursache ist die Schuldenkrise sowie die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger Euro-Staaten und die daraus resultierende Verunsicherung.

Abhängig von der Weltwirtschaft und der Lösung der Schuldenkrise, die das Hauptrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung darstellt, kann die Entwicklung jedoch auch deutlich schlechter ausfallen. Unter der Annahme dass es zu keiner signifikanten Verschärfung der Staatsschuldenkrise kommt und die Verunsicherung der Investoren und Konsumenten sich allmählich verringert, könnte die deutsche Wirtschaft bereits im Jahr 2013 wieder stärker wachsen.

Da die Entwicklung im übrigen Europa schlechter ausfallen dürfte, wird die Exportindustrie nicht der gewohnte Wachstumsträger sein. Die Binnennachfrage wird die stärkere Rolle spielen. Die Rahmenbedingungen für Investitionen stellen sich auch aufgrund des niedrigen Zinsniveaus noch günstig dar. Die eingetrübte Konjunkturlage wird die Investitionstätigkeit jedoch etwas schwächer ausfallen lassen. Trotz der Konjunkturabkühlung wird die Beschäftigung weiter steigen, die Arbeitslosenquote könnte auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren sinken. Bei weiterhin moderaten Preissteigerungen wird sich diese Entwicklung auch positiv auf die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte auswirken.

Auch in unserem Geschäftsgebiet wirkte sich 2011 die dynamische Konjunktur, insbesondere die boomende Automobilindustrie, sehr positiv aus. Die Arbeitslosenquote liegt weiterhin

deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Aufgrund der starken Exportorientierung könnte sich, je nach Szenario, auch im Landkreis Ludwigsburg die wirtschaftliche Entwicklung eintrüben.

Wir sehen uns den Herausforderungen eines dynamischen Wettbewerbsumfeldes gegenüber. Hierzu zählen ein sich weiter verstärkender Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten und die steigenden Ansprüche unserer Kundschaft. Bereits heute verfügen wir über ein breites Angebot anerkannter Finanzprodukte mit einer hohen regionalen Marktabdeckung. Chancen wollen wir vor allem dadurch nutzen, dass wir künftig einzelne Geschäftsfelder mit zusätzlichen Produkten ausbauen. Dies gilt insbesondere für Geschäftsfelder, in denen wir bislang noch unterrepräsentiert sind. So zielt unsere Produktpolitik darauf ab, in allen wirtschaftlich sinnvollen Marktsegmenten angemessen vertreten zu sein.

Für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 erwarten wir ein zum Jahr 2011 vergleichbares Wachstum der Bilanzsumme. Abgeleitet aus der konjunkturellen Entwicklung rechnen wir sowohl im gewerblichen Kreditgeschäft als auch im Kreditgeschäft mit Privatpersonen mit einem Wachstum. Die Investitionen der Unternehmen dürften zwar nicht mehr im gleichen Ausmaß wie im abgelaufenen Jahr zulegen, gleichwohl ist aber weiterhin mit einem moderaten Wachstum der Kredite für neue Ausrüstungen und Bauten zu rechnen. Bei den Privathaushalten wird weiterhin das Baufinanzierungsgeschäft im Vordergrund stehen, das durch das weiterhin niedrige Zinsniveau und die vorhandene Unsicherheit hinsichtlich alternativer Kapitalanlagen im Prognosezeitraum begünstigt wird. Bezüglich des Mittelaufkommens von Kunden gehen wir aufgrund des erwarteten Anstiegs der verfügbaren Einkommen ebenfalls von einem Wachstum aus.

Die Entwicklung des Zinssatzes hat den größten Einfluss auf die Höhe unseres Zinsüberschusses. Eine positive Zinsentwicklung wirkt sich in verschiedenen Bereichen aus. Steigende Zinsen erhöhen grundsätzlich unsere Refinanzierungs- und Kapitaldienstkosten, bieten aber im Rahmen von Zinsanpassungen die Chance der Margenausweitung. Differenziert wirkt sich ein steigender Zins auf das Kundenverhalten aus. Aufgrund einer höheren Grundverzinsung wird unsere Einlagenseite für den Kunden interessanter, das Kreditgeschäft wird durch die Verteuerung belastet. Sinkende Zinsen wirken in umgekehrter Richtung. Wir erwarten für 2012, dass die Europäische Zentralbank ihre extrem expansive Geldpolitik fortführen wird, die grundsätzlich stärkere Marktschwankungen begünstigt. Das Zinsniveau dürfte gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig ansteigen und auf einem im langjährigen Vergleich nach wie vor niedrigem Niveau liegen. Der Zinsüberschuss dürfte somit leicht unter dem Wert von 2011 liegen, auch da die Zinsspanne in der Kreditwirtschaft durch den starken Wettbewerb im Landkreis weiter unter Druck bleiben wird. Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität dürfte, bereinigt um Kapitalmaßnahmen im Rahmen der Basel III-Umsetzung, im laufenden Jahr leicht ansteigen und im Folgejahr wieder leicht sinken. Die Cost-Income-Ratio dürfte in den Jahren 2012 und 2013 ansteigen.

Der Aktienmarkt wurde 2011 insbesondere durch die Schuldenkrise in Europa belastet. Der DAX tendierte zunächst fester und entwickelte sich im internationalen Vergleich überdurchschnittlich. Im zweiten Halbjahr fiel er jedoch deutlich und beendete das Jahr mit einem Verlust von 14,7 %, nachdem er im Jahr zuvor noch um 16,1 % gewachsen war. Die Prognose ist insbesondere von der Lösung der Schuldenkrise in Europa abhängig. Sollte diese gelingen, könnten auch die Kurse wieder stärker steigen. Eine positive Entwicklung an der Börse bedeutet für uns, dass steigende Kurse die Chancen beinhalten, im Kundengeschäft auf höhere Transaktionsumsätze und zu einem erhöhten Depotvolumen zu kommen. Wesentlichen Einfluss dabei hat die Volatilität der Börsen beziehungsweise der Einzeltitel, denn eine hohe Volatilität führt regelmäßig zu einer ansteigenden Handelsaktivität, während eine Seitwärtsbewegung der Leitindizes aufgrund der verhaltenen Kurschancen das Kundeninteresse reduziert. Darüber hinaus fördert ein positives Marktumfeld die Attraktivität der Anlagen, einen Mittelzufluss bei unseren Kunden und eine konstante Wertentwicklung unserer eigenen Bestände.

Wir erwarten für 2012 und 2013 weiterhin nur geringe Erträge aus den Verbundbeteiligungen und haben dies in unserer Ertragsprognose berücksichtigt. Weitere Abschreibungen auf unsere Beteiligungen sowie eine Inanspruchnahme aus unserer Garantie, die wir im Rahmen der

Stützung der LBBW für ein definiertes Wertpapierportfolio des Instituts abgegeben haben, sind nicht auszuschließen.

Wir erwarten, dass neben den Margen auch die Preise im Dienstleistungsgeschäft auf aktuellem Niveau bleiben werden. Durch die Intensivierung unserer Produkt- und Dienstleistungspalette werden sich Chancen bieten: für unser Kerngeschäft, das Angebot vollumfassender Bankdienstleistungen und für unseren aktiven Vertrieb. Ein Ziel hierbei ist die Zufriedenheit unserer Kunden zu steigern, um sie stärker an die Sparkasse zu binden, sowie gezielt neue Kunden zu erobern, denn ein kontinuierliches Kundenwachstum, unter bewusstem Eingehen von Risiken, ist eine wesentliche Grundlage für die Ausweitung unseres geschäftlichen Erfolgs. Aufgrund der Unsicherheiten an den Märkten erwarten wir lediglich unveränderte Ergebnisbeiträge aus dem bilanzneutralen Wertpapiergeschäft. Dagegen sehen wir vor allem aus dem weiteren Ausbau der Verbund- und Vermittlungsgeschäfte die Möglichkeit zu einer Verbreiterung der Ertragsbasis. Da wir auch weiterhin bei beratungsintensiven Dienstleistungen und im Produktvertrieb verstärkt Akzente setzen wollen, sollte es möglich sein, das Provisionsergebnis in den Jahren 2012 und 2013 zumindest auf dem guten Niveau des abgelaufenen Jahres zu stabilisieren.

Durch ein konsequentes Kostenmanagement wird die Sparkasse versuchen, den prognostizierten Anstieg im ordentlichen Aufwand in engen Grenzen zu halten. Auch künftig planen wir Investitionen in zukunftsweisende Informationstechnologien und Produkte als Voraussetzung für den Ausbau der Marktanteile. Um die Kundenbindung weiter zu intensivieren und die partnerschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe zu fördern, bedarf es geeigneter technischer Lösungen, die eine unternehmensübergreifende Anbindung von Geschäftsprozessen ermöglichen und eine ganzheitliche Sicht auf den Kunden gewähren, damit wir künftig in der Lage sind, mit unseren Partnern "Finanzprodukte aus einer Hand" anzubieten. Die durchgängige Integration medialer Vertriebskanäle wie Call Center oder Internet auf der einen Seite und des stationären Vertriebs in der Filiale auf der anderen Seite hilft uns, unsere Kunden bedarfsgerecht zu beraten und zielgerichtet ansprechen zu können. Über unseren Anschluss an die bundesweit tätige Finanz Informatik sind wir für diese Herausforderungen gerüstet.

Auch für 2012 planen wir, Teile unseres Zweigstellennetzes grundlegend zu renovieren, um den zwischenzeitlich stark gestiegenen Kundenbedürfnissen Rechnung zu tragen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der Konjunkturentwicklung auch durch die regionale Wirtschaftsentwicklung nachhaltig beeinflusst. Aufgrund der vergleichsweise guten Prognosen für den Landkreis Ludwigsburg erwarten wir im Bereich der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft in den kommenden Geschäftsjahren keine überdurchschnittlichen Belastungen. Die Gefahr sich erhöhender Abschreibungen auf den Wertpapierbestand ist abhängig von der Marktentwicklung. Wir werden daher im Rahmen unserer Strategie die Entwicklung beobachten und die Risiken gegebenenfalls durch Maßnahmen begrenzen. Bedingt durch die Unsicherheiten hinsichtlich möglicher Schwankungen der Marktzinsen/Spreads ist ein über dem Wert des Vorjahres liegendes Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft nicht auszuschließen.

Im Hinblick auf die erhöhten Anforderungen an Qualität und Quantität der Eigenkapitalausstattung im Rahmen von Basel III erwarten wir keine Gefährdung unserer Solvabilität.

Für das laufende sowie das folgende Geschäftsjahr erwarten wir eine Geschäftsentwicklung mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung unter dem Niveau des Vorjahres. Wir können das notwendige Kernkapital weiterhin selbst erwirtschaften.

Die notwendige Ausstattung mit haftendem Eigenkapital wird weiterhin sichergestellt sein. Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft jederzeit gewährleistet ist.

Ludwigsburg, den 26. März 2012

Der Vorstand

3.2.2.5 Jahresbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

	EUR	EUR	EUR	31.12.2010 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		29.687.026,34		29.478
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		110.482.091,32		118.578
			140.169.117,66	148.056
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		13.878.749,44		4.278
b) andere Forderungen		1.429.602.846,83		1.469.818
			1.443.481.596,27	1.473.896
4. Forderungen an Kunden			4.520.382.136,58	4.280.011
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	2.083.624.738,40	EUR		(2.015.086)
Kommunalkredite	349.229.816,65	EUR		(302.417)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		113.172.431,25		14.344
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	113.172.431,25	EUR		(14.344)
bb) von anderen Emittenten		1.800.459.169,01		2.079.732
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.800.459.169,01	EUR		(2.089.533)
			1.913.631.600,26	2.094.076
c) eigene Schuldverschreibungen			10.206.685,97	10.326
Nennbetrag	10.027.000,00	EUR		(10.080)
			1.923.838.286,23	2.104.403
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			1.160.237.040,13	1.113.987
6a. Handelsbestand			2.993.080,65	4.522
7. Beteiligungen			104.814.897,72	118.340
darunter:				
an Kreditinstituten	15.631.079,52	EUR		(13.105)
an Finanzdienstleistungsinstituten	500.000,00	EUR		(500)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			7.513.210,23	6.128
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			4.180.564,65	262
darunter:				
Treuhandkredite	4.180.564,65	EUR		(262)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		391.941,00		560
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			391.941,00	560
12. Sachanlagen			118.942.861,67	117.167
13. Sonstige Vermögensgegenstände			9.036.253,07	8.557
14. Rechnungsabgrenzungsposten			5.972.172,22	6.502
Summe der Aktiva			9.441.952.918,08	9.382.391

				Passivseite
				31.12.2010
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		912.054.215,97		729.565
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.445.394.652,83</u>		<u>1.982.949</u>
			2.357.448.868,80	<u>2.712.514</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.002.518.594,06			992.531
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>1.185.211.420,33</u>			<u>997.156</u>
		2.187.730.014,39		1.989.687
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	2.961.891.895,55			2.903.134
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>922.896.200,08</u>			<u>845.105</u>
		3.884.787.895,63		3.748.239
			6.072.517.910,02	<u>5.737.925</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		194.528.672,07		255.709
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>0,00 EUR</u>			(0)
			194.528.672,07	255.709
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			4.180.564,65	262
darunter:				
Treuhandkredite	4.180.564,65 EUR			(262)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			13.129.464,94	9.595
6. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>7.078.708,44</u>	<u>8.254</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		40.091.980,00		41.091
b) Steuerrückstellungen		<u>15.651.522,94</u>		<u>16.492</u>
c) andere Rückstellungen		<u>44.836.157,11</u>		<u>45.232</u>
			100.579.660,05	102.816
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			53.426,75	121
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genusssrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			220.000.000,00	100.000
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	200.000,00 EUR			(200)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	463.696.014,52			446.608
cb) andere Rücklagen	<u>0,00</u>			<u>0</u>
		463.696.014,52		446.608
d) Bilanzgewinn		<u>8.739.627,84</u>		<u>8.588</u>
			472.435.642,36	<u>455.196</u>
Summe der Passiva			9.441.952.918,08	9.382.391
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>75.984.605,56</u>		<u>75.806</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			75.984.605,56	75.806
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>436.757.717,80</u>		<u>290.797</u>
			436.757.717,80	290.797

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2010 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	279.975.569,67			274.068
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	2,51 EUR			(27)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	65.944.083,93			65.894
		345.919.653,60		339.961
2. Zinsaufwendungen		246.717.334,77		191.690
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	1.597.779,10 EUR			(1.491)
			99.202.318,83	148.271
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		31.981.001,82		41.290
b) Beteiligungen		1.675.565,59		2.309
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		479.694,04		0
			34.116.261,25	43.598
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			412.079,68	317
5. Provisionserträge		49.194.747,00		49.008
6. Provisionsaufwendungen		1.630.986,64		1.975
			47.563.760,36	47.033
7. Nettoaufwand des Handelsbestands (Vorjahr: Nettoertrag)			178.907,91	1.187
8. Sonstige betriebliche Erträge			6.790.322,18	6.293
aus der Fremdwährungsumrechnung	616.909,49 EUR			(663)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			67.487,70	69
			187.973.322,09	246.768
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	65.892.555,20			64.310
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	16.668.189,10			17.490
darunter: für Altersversorgung	5.194.399,06 EUR			(5.685)
		82.560.744,30		81.801
b) andere Verwaltungsaufwendungen		43.428.129,10		41.419
			125.988.873,40	123.220
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			7.090.303,93	7.791
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			7.960.936,33	4.768
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		35.623
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		119.450.281,51		0
			119.450.281,51	35.623
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		11.265.042,32		9.459
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		0
			11.265.042,32	9.459
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			120.000.000,00	22.500
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			35.118.447,62	43.407
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		2.004
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	0,00 EUR			(2.004)
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	2.004
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		17.544.809,61		23.987
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		334.010,17		328
			17.878.819,78	24.315
25. Jahresüberschuss			17.239.627,84	17.088
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			17.239.627,84	17.088
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
			17.239.627,84	17.088
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		8.500.000,00		8.500
b) in andere Rücklagen		0,00		0
			8.500.000,00	8.500
29. Bilanzgewinn			8.739.627,84	8.588

3.2.2.6 Anhang

3.2.2.6.1 Allgemeine Angaben

Die Kreissparkasse Ludwigsburg hat ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Konsolidierung der Jahresabschlüsse unserer verbundenen Unternehmen beeinflusst die einzelnen Positionen des Konzernabschlusses gegenüber den Werten des Jahresabschlusses unseres Instituts nur unwesentlich. Wir haben daher auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichtet.

3.2.2.6.2 Bilanzierung und Bewertungsmethoden

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe) haben wir zum Nennwert bilanziert. Einbehaltene Agien und Disagien bei der Auszahlung von Darlehen und Schuldscheindarlehen wurden auf deren Laufzeit beziehungsweise Festzinsbindungsdauer verteilt.

Für erkennbare Ausfallrisiken haben wir bei **Forderungen an Kunden** in Höhe des zu erwartenden Ausfalls Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Außerdem haben wir eine Pauschalwertberichtigung in Höhe des steuerlich zulässigen Betrages auf den latent gefährdeten Forderungsbestand gebildet.

Wechsel im Bestand haben wir zum Zeitwert, gekürzt um Einzelwertberichtigungen, angesetzt. Sie wurden zu effektiven Hereinnahmesätzen abgezinst.

Die **Wertpapiere** wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei einem Wertpapier war zum Bilanzstichtag kein aktiver Markt vorhanden, dem ein verlässlicher Börsen- oder Marktpreis hätte entnommen werden können. In diesem Fall haben wir den beizulegenden Wert mittels eines Modells nach der Discounted-Cash-Flow-Methode ermittelt.

In dem Bilanzposten Aktiva 6 sind Anteile an Spezialfonds enthalten, bei denen ordentliche Erträge in Höhe von 10.432 T€ nicht vereinnahmt wurden. Darauf entfallende Ertragssteuern wurden im Aufwand berücksichtigt.

Die **Finanzinstrumente des Handelsbestands** wurden gemäß § 340e Abs. 3 HGB mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Der Risikoabschlag wurde entsprechend der internen Risikosteuerung auf Portfolioebene ermittelt und vollständig bei der Aktivaposition 6a berücksichtigt. Die Berechnung erfolgte in Form eines Value at Risk (VaR) auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99%, einer Haltedauer von 10 Tagen und eines Beobachtungszeitraums von einem Jahr. Zum Bilanzstichtag betrug der so ermittelte Risikoabschlag insgesamt 8 T€.

In Übereinstimmung mit der internen Risikosteuerung haben wir die laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands in den GuV-Posten 1 und 3 ausgewiesen.

Der Sonderposten für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) blieb in Bezug auf die Vorschriften des § 340e Abs. 4 HGB gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand wurden im Berichtsjahr nicht geändert.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die **immateriellen Anlagewerte** und das **Sachanlagevermögen** wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlicher dauernder Wertminderung wurden vorgenommen. Aus Vereinfachungsgründen wurden bei den Sachanlagen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringem Wert (bis 150 €) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis 1.000 € beziehungsweise bis 410 € bei Software) in einen Sammelposten eingestellt und linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die in den **Sonstigen Vermögensgegenständen** enthaltenen Forderungen und Vermögenswerte wurden mit dem Niederstwert bewertet.

Verbindlichkeiten haben wir grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Der Unterschied zwischen Erfüllungs- und Ausgabebetrag wird unter den Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen. Abzinsungspapiere (Null-Kupon-Inhaberschuldverschreibungen) wurden zum Barwert bilanziert.

Die **Rückstellungen** wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die Pensionsrückstellungen wurden für die unmittelbaren Versorgungsverpflichtungen unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G ermittelt. Für die Abzinsung wurde der von der Deutschen Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz von 5,13 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren verwendet. Bei der Berechnung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2 % und ein Rententrend von jährlich 1,5 % berücksichtigt.

Für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen, die sich aus der Zusatzversorgung der Beschäftigten der Sparkasse ergeben, besteht eine in Vorjahren dotierte Rückstellung in Höhe eines Teilbetrages von 27,6 Mio. €. Hierbei erfolgte die Berechnung der nicht durch entsprechendes Vermögen der Versorgungskasse gedeckten Verpflichtungen der Sparkasse (Gesamtbetrag 57,3 Mio. €) nach einem dem Teilwertverfahren angelehnten Näherungsverfahren, welches versicherungsmathematische Grundsätze berücksichtigt. Die Ermittlung erfolgte auf Datenbasis des Vorjahresresultimos unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G und einer pauschalen Berücksichtigung des auf die Sparkasse entfallenden Anteils am gesamten Kasernenvermögen der Versorgungskasse. Gehalts- beziehungsweise Rententrends wurden bei der Berechnung vereinfacht durch Kompensation mit dem bei der Abzinsung zu verwendenden durchschnittlichen Marktzinssatz einbezogen. Der so ermittelte und zugrunde gelegte Rechnungszins betrug 4 %.

Gemäß IDW ERS BFA 3 wurde zum Bilanzstichtag auf Basis einer barwertigen Betrachtungsweise unter Berücksichtigung voraussichtlich noch anfallender Risiko- und Verwaltungskosten nachgewiesen, dass aus den zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs) kein Verpflichtungsüberschuss besteht. Somit war diesbezüglich keine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften erforderlich (verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs)).

Die **strukturierten Produkte** (Schuldscheinanlage bei einem Kreditinstitut mit Schuldnerkündigungsrecht, Schuldscheine mit zunächst fester Verzinsung und anschließend variabler Verzinsung, Festzinsdarlehen mit Verlängerungsoption für den Kunden und begebene Stufenzins-IHS) wurden unter Berücksichtigung des IDW RS HFA 22 einheitlich (ohne Abspaltung der

Nebenrechte) bilanziert. Das strukturierte Produkt Schwarzwald 4 haben wir unter Abspaltung der Nebenrechte bilanziert. Das übernommene Adressenausfallrisiko aus der Credit Linked Note wurde nach IDW RS BFA 1 als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen. Für akute Ausfallrisiken wurde eine Rückstellung gebildet.

Derivative Finanzinstrumente (Aktien-Optionen), die nicht dem Handelsbestand zugeordnet und in keine Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB einbezogen sind, wurden einzeln imparitatisch bewertet. Für unrealisierte Bewertungsverluste wurden Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet.

Die zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte, **Swaptions und Forward-Swaps** wurden in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Im Kundengeschäft abgeschlossene **Caps, Collars, Swaps und Forward-Swaps** in Höhe von 170,5 Mio. € wurden mit zugeordneten Sicherungsgeschäften in Bewertungseinheiten (Mikro-Hedges) einbezogen. Die Sicherungsbeziehungen haben eine Ursprungslaufzeit von bis zu 30 Jahren. Soweit für Geschäfte wegen Adressrisiken keine Bewertungseinheit gebildet werden konnte, wurden diese einzeln bewertet.

Hierbei folgt die handelsbilanzielle Abbildung der im Risikomanagement vorgenommenen Zusammenfassung. Sind die Voraussetzungen für eine Bewertungseinheit erfüllt, bewerten wir die zugehörigen Grund- und Sicherungsgeschäfte - soweit sich die aus dem abgesicherten Risiko ergebenden Wertentwicklungen ausgleichen - kompensatorisch. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt mit der Einfrierungsmethode. Die nicht abgesicherten Bestandteile der in die Bewertungseinheit einbezogenen Geschäfte werden, soweit sie nicht in die Zinsbuchsteuerung einbezogen wurden, einzeln imparitatisch behandelt.

Sofern die wertbestimmenden Faktoren zwischen Grund- und Sicherungsgeschäften übereinstimmen, nutzen wir zur Darstellung der prospektiven und retrospektiven Wirksamkeit die Critical-Terms-Match-Methode.

Die Wertänderungen der abgesicherten Risiken gleichen sich vollständig aus; die Grundgeschäfte werden grundsätzlich über die gesamte Laufzeit abgesichert. Das abgesicherte Zinsänderungsrisiko beläuft sich auf insgesamt 10,9 Mio. €.

Das **Währungsrisiko** wird über eine Währungsposition als Einheit gesteuert. In diese werden die einzelnen Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten, Devisentermingeschäfte, Zinsswaps in Fremdwährung und Zins-/Währungsswaps sowie Kassageschäfte eingestellt. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB wird in Höhe der sich hierbei betragsmäßig ausgleichenden Positionen je Währung angenommen. Dem Anlagevermögen zugeordnete Beteiligungen in fremder Währung und die zugehörigen Refinanzierungen wurden ebenfalls als besonders gedeckte Positionen behandelt.

Die Umrechnung der **auf fremde Währung lautenden Bilanzposten** und der am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Kassageschäfte (einschließlich Sortenbestände) erfolgte generell mit dem Kassakurs. Nicht abgewickelte Termingeschäfte wurden zu einheitlichen Kursen umgerechnet.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte sowie aus offenen Positionen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr wurden ebenfalls erfolgswirksam vereinnahmt. Der Ausweis der Aufwendungen und Erträge aus besonders gedeckten Positionen erfolgte saldiert im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

3.2.2.6.3 Pfandbriefgeschäft

Die Kreissparkasse Ludwigsburg hat im Geschäftsjahr 2011 Pfandbriefemissionen nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) durchgeführt. Es wurden Hypothekendarlehen mit einem Nominalwert von 20 Mio. € platziert.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgliederung. Da die Sparkasse das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen haben wir nur die Posten zusätzlich untergliedert, die Pfandbriefe und die sichernden Aktiva enthalten.

UNTERGLIEDERUNG VON POSTEN DER BILANZ SOWIE DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG AUFGRUND DES PFANDBRIEFGESCHÄFTES

31.12.2011
€

AKTIVA 4 – FORDERUNGEN AN KUNDEN

a) Hypothekendarlehen 32.640.802,00

AKTIVA 14 – RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft 75.961,62

PASSIVA 3 – VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN

a) begebene Schuldverschreibungen

aa) Hypothekendarlehen 20.099.931,70

ZUSATZANGABEN NACH § 35 RECHKREDV

Die im Deckungsregister aufgeführten Realdarlehen in Höhe von 32,6 Mio. € werden in der Bilanz unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekendarlehen in Höhe von 2 Mio. € finden sich in der Bilanz unter der Position Aktiva 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Die Angaben nach den Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG stellen sich wie folgt dar:

Die nachfolgend angegebenen Zahlenwerte beruhen jeweils auf kaufmännisch exakten Rundungen. Die ausgewiesenen Summen können daher von den bei Summierung der Einzelwerte sich ergebenden Ergebnissen geringfügig abweichen.

Angaben zur nominalen und barwertigen Deckung (§ 28 Nr. 1 und 3 PfandBG)

	Umlauf Pfandbriefe		Deckungsmasse		Überdeckung	
	Mio. €		Mio. €		in %	
	31.12.11	31.12.10	31.12.11	31.12.10	31.12.11	31.12.10
Nennwert	20,00	-	34,64	-	73,20	-
Barwert	20,77	-	38,09	-	83,43	-

Risikobarwert ¹ (Stresstest + 250 BP)	16,73	-	32,95	-	96,96	-
Risikobarwert ¹ (Stresstest - 250 BP)	25,48	-	43,40	-	70,34	-
Sichernde Überdeckung gem. § 4 Abs. 1 PfandBG					10,17	-

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

¹ Statisches Verfahren gemäß PfandBarwertV

Angaben zur Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Umlauf Pfandbriefe Mio. €		Deckungsmasse Mio. €		Überhang Mio. €	
	31.12.11	31.12.10	31.12.11	31.12.10	31.12.11	31.12.10
unter 1 Jahr	0,00	-	1,75	-	1,75	-
1 Jahr bis zu 2 Jahren	0,00	-	3,28	-	3,28	-
2 Jahre bis zu 3 Jahren	0,00	-	0,94	-	0,94	-
3 Jahre bis zu 4 Jahren	0,00	-	2,74	-	2,74	-
4 Jahre bis zu 5 Jahren	0,00	-	2,67	-	2,67	-
5 Jahre bis zu 10 Jahren	20,00	-	21,74	-	1,74	-
ab 10 Jahre	0,00	-	1,51	-	1,51	-

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

Weitere Deckungswerte (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

Weitere Deckungswerte Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	31.12.11	31.12.10
nach § 19 PfandBG in Mio. €	2,00	-
Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs in %	10,00	-
davon in Deckungswerten gem. § 4 Abs. 1 PfandBG in %	10,00	-

Zusammensetzung der Deckungsmasse (§ 28 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG)

Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen	Mio. €		Anteil am Gesamtbetrag der Deckungsmasse insgesamt ² in %	
	31.12.11	31.12.10	31.12.11	31.12.10
nach Größenklassen				
bis einschließlich 300 T€	29,49	-	-	-
mehr als 300 T€ bis einschließlich 5 Mio. €	3,15	-	-	-
mehr als 5 Mio. €	0,00	-	-	-
nach Nutzungsart (I) in Deutschland				
wohnwirtschaftlich	30,53	-	-	-
gewerblich	2,11	-	-	-
nach Nutzungsart (II) in Deutschland				

Wohnungen	14,13	-	40,79	-
Einfamilienhäuser	13,77	-	39,75	-
Mehrfamilienhäuser	2,63	-	7,60	-
Bürogebäude	0,00	-	0,00	-
Handelsgebäude	0,54	-	1,55	-
Industriegebäude	1,57	-	4,54	-
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,00	-	0,00	-
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,00	-	0,00	-
Bauplätze	0,00	-	0,00	-

Außerhalb Deutschlands befinden sich keine Grundstückssicherheiten.

² Darin enthalten sind 2,0 Mio. € sonstige Deckungswerte.

Übersicht über rückständige Forderungen (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG)

	Mio. €	
	31.12.11	31.12.10
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen	0,00	-

Weitere Angaben (§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG)

	wohnwirtschaftlich Mio. €		gewerblich Mio. €	
	31.12.11	31.12.10	31.12.11	31.12.10
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0,00	-	0,00	-
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0,00	-	0,00	-
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	0,00	-	0,00	-
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	0,00	-	0,00	-

3.2.2.6.4 Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktivseite

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE		
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	494.558	416.767
darunter: Forderungen an die eigene Girozentrale	488.369	410.548

Die Unterposition b) - andere Forderungen - (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	8.812
mehr als drei Monate bis ein Jahr	435.940
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	430.000
mehr als fünf Jahre	507.169

FORDERUNGEN AN KUNDEN

In dieser Position sind enthalten:

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	208.527	212.176
Nachrangige Forderungen	3.283	2.638

Diese Position (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	108.160
mehr als drei Monate bis ein Jahr	261.748
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.119.806
mehr als fünf Jahre	2.540.266
mit unbestimmter Laufzeit	480.314

SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

In dieser Position sind enthalten:

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	308.318	368.402
Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen)	591.989	231.497

Von den in dieser Position enthaltenen Wertpapieren sind 1.913.632 T€ börsennotiert.

In Unterposition b) – Anleihen und Schuldverschreibungen – sind enthalten:

Nachrangige Forderungen	1.215	1.280
-------------------------	-------	-------

AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

In dieser Position sind enthalten:

Von den in dieser Position enthaltenen Wertpapieren sind 1.554 T€ börsennotiert.

Anteile an Investmentvermögen

An den folgenden Investmentvermögen halten wir mehr als 10 % der Anteile:

Anlageziel Bezeichnung des Investmentvermögens	Marktwert T€	Buchwert T€	Ausschüttungen im Geschäftsjahr T€
<u>Gemischte Fonds</u>			
A-LBA	182.872	174.104	3.694
BWInvest-KLB	109.935	101.759	1.740
A-KLB	117.760	107.568	2.810
A-KLB-R1	117.098	114.612	4.338
A-KLB-R2	116.978	114.514	3.294
A-KLB-R3	115.703	113.915	2.586
A-KLB-R4	117.945	115.778	2.539
A-KLB-R5	122.069	120.940	2.763
A-KLB-R6	122.817	118.668	3.585
A-KLB-R7	119.100	115.998	3.307
<u>Immobilien Fonds</u>			
S-Domus	21.303	21.193	808

Für die dargestellten Investmentvermögen lagen keine Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe vor.

HANDELSBESTAND

Der Handelsbestand setzte sich ausschließlich aus Anteilen an Investmentvermögen zusammen.

TREUHANDVERMÖGEN

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellte in voller Höhe Forderungen an Kunden (Aktivposten 4) dar.

Unter den Treuhandkrediten wurden erstmals Weiterleitungskredite mit vollständiger Haftungsfreistellung in Höhe von 3.942 T€ ausgewiesen. Insoweit ist der Vorjahresvergleich nur eingeschränkt aussagefähig.

31.12.2011
T€

31.12.2010
T€

SACHANLAGEN

In dieser Position sind enthalten:

Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	97.560
Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.407

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

In dieser Position sind enthalten:

Stille Beteiligung mit Nachrangabrede	6.286	5.870
---------------------------------------	-------	-------

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In dieser Position sind enthalten:

Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	564	709
Unterschiedsbetrag zwischen Erfüllungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Anleihen	5.318	5.665

MEHRERE POSITIONEN BETREFFENDE ANGABEN

Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung	93.434
---	--------

Anlagenpiegel

In nachstehenden Positionen enthaltenes Anlagevermögen	Anschaffungs-/Herstellungskosten	Veränderungen während des Geschäftsjahres				Abschreibungen und Wertberichtigungen insgesamt	Bilanzwert am Jahresende	Bilanzwert am Vorjahresende	Abschreibungen und Wertberichtigungen des Geschäftsjahres
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen				
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
Immaterielle Anlagewerte	3.236	70	2	-	-	2.912	392	560	238
Sachanlagen	252.458	8.733	2.796	-	-	139.452	118.943	117.167	6.852
Veränderungssaldo (§ 34 Abs. 3 RechKredV)							(ohne anteilige Zinsen)		
Beteiligungen		-13.526					104.815	118.341	
Anteile an verbundenen Unternehmen		+1.385					7.513	6.128	
Sonstige Vermögensgegenstände		416					6.286	5.870	

Passivseite

31.12.2011
T€

31.12.2010
T€

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN

In dieser Position sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	942.286	1.557.487
darunter: Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	942.286	1.557.487

Der Gesamtbetrag der als Sicherheit übertragenen Vermögensgegenstände für in dieser Position enthaltene Verbindlichkeiten beläuft sich auf insgesamt

381.836

Die Unterposition b) - mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	359.853
mehr als drei Monate bis ein Jahr	187.558
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	383.217
mehr als fünf Jahre	475.900

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN

In dieser Position sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5.446	3.989
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.305	8.881

Die Unterposition ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	53.237
mehr als drei Monate bis ein Jahr	557.435
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	567.262
mehr als fünf Jahre	7.278

Die Unterposition bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	486.434
mehr als drei Monate bis ein Jahr	285.420
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	126.082
mehr als fünf Jahre	19.554

31.12.2011	31.12.2010
T€	T€

VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN

In Unterposition a) - begebene Schuldverschreibungen - enthaltene Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen)

2.374

TREUHANDVERBINDLICHKEITEN

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivposten 1).

Unter den Treuhandverbindlichkeiten wurden erstmals Weiterleitungskredite mit vollständiger Haftungsfreistellung in Höhe von 3.942 T€ ausgewiesen. Insoweit ist der Vorjahresvergleich nur eingeschränkt aussagefähig.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In dieser Position sind enthalten:

Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	6.018	7.280
--	-------	-------

SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGEANTEIL

Der aus dem Vorjahr bestehende Sonderposten wurde aufgrund folgender Vorschrift gebildet:

§ 6 b EStG 53

MEHRERE POSITIONEN BETREFFENDE ANGABEN

Von den Verbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung 89.552

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

ZINSERTRÄGE

T€

In dieser Position sind enthalten:

Aperiodische Zinserträge

Verzugszinsen für Darlehen aus Vorjahren 965

Im Wesentlichen Vorfälligkeitsentschädigungen 2.086

Vorfälligkeitsentschädigungen im Zusammenhang mit der vorzeitigen Schließung von Zinsswaps und Forward-Swaps 13.827

ZINSAUFWENDUNGEN

T€

In dieser Position sind enthalten:

Aperiodische Zinsaufwendungen

Im Wesentlichen Vorfälligkeitsentschädigungen im Zusammenhang mit der vorzeitigen Schließung von Zinsswaps und Forward-Swaps 74.993

3.2.2.6.5 Sonstige Angaben

ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

An folgendem Unternehmen halten wir Anteile von mindestens 20 %:

Name, Sitz	Höhe des Kapitalanteils %	Eigenkapital T€	Jahresüberschuss T€
SVB-Sparkassen-Versicherung Beteiligungs-GmbH Nr. 1, Stuttgart	24,1	166.592 (30.09.2011)	2.688 (2010/2011)

Der übrige Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 und Nr. 11a HGB ist für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

Der Sparkassenverband Baden-Württemberg hat sich zusammen mit den weiteren Trägern quotal entsprechend seinem Stammkapitalanteil im Geschäftsjahr 2009 an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital für die Landesbank Baden-Württemberg beteiligt und eine Rückgarantie zusammen mit der Stadt Stuttgart gegenüber dem Land Baden-Württemberg aus einer Risikoimmunisierungsaktion für die Landesbank Baden-Württemberg übernommen. Als Mitglied dieses Verbandes sind wir verpflichtet, über Umlagen den nicht anderweitig ge-

deckten Verbandsaufwand entsprechend dem maßgeblichen Umlageschlüssel abzudecken. Dies gilt auch für den Fall, dass die zufließenden Erträge die aus den im Rahmen dieser Konstruktionen möglicherweise entstehenden Aufwendungen nicht abdecken. Ein akutes Risiko der Inanspruchnahme aus diesen Verpflichtungen über die Verbandsumlage ist nach uns vorliegenden Informationen und Auskunft des Sparkassenverbandes derzeit nicht erkennbar.

Als Mitglied des Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg und des überregionalen Sicherungssystems der Deutschen Sparkassenorganisation werden sämtliche Kundenansprüche in voller Höhe sichergestellt. Aus der Verpflichtung, im eventuellen Stützungsfall eines angeschlossenen Instituts gegebenenfalls Nachschusszahlungen zu leisten, ist derzeit nicht mit einer konkreten Inanspruchnahme zu rechnen.

Zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch die S-Finanzgruppe haben wir uns über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. (DSGV) an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbsgesellschaft) als Kommanditistin unterbeteiligt. In diesem Zusammenhang besteht ein Aufwendungsersatzanspruch des DSGV gegenüber den Unterbeteiligten für den Fall, dass die über die Erwerbsgesellschaft auszuschüttenden Dividenden der LBBH die laufenden Aufwendungen (im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung) nicht abdecken. Für das Geschäftsjahr 2011/2012 der Erwerbsgesellschaft wurde hierfür eine Rückstellung in Höhe von 1.107 T€ gebildet.

Im Berichtsjahr hat die Kreissparkasse Ludwigsburg die GVG Objekt KSK LB mbH & Co. Vermietungs-KG aufgrund der Einstufung der Gesellschaft als Zweckgesellschaft gemäß § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB umgewidmet. Der Bilanzausweis erfolgt nun nicht mehr unter Beteiligungen, sondern unter der Bilanzposition Anteile an verbundenen Unternehmen.

3.2.2.6.6 Derivative Finanzinstrumente

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte gliedern sich wie folgt:

	Nominalbeträge in Mio. €			
	nach Restlaufzeiten			Insgesamt
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	
Zinsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
Zinsswaps einschließlich Forward-Swaps	1.873,8	2.678,0	520,6	5.072,4
Caps, Collars (Käufe)	6,7	34,5	1,0	42,2
Zinsobergrenzen / Caps, Collars (Verkäufe)	6,7	34,5	1,0	42,2
Swaptions (Käufe)	1,6	19,0	2,2	22,8
Aktien-/ Indexbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
Aktien-/ Index-Optionen (Verkäufe)	10,1	0,0	0,0	10,1
Währungsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
Zins-/Währungsswaps	0,0	0,8	2,3	3,1
Devisentermingeschäfte	68,8	24,3	0,0	93,1
	1.967,7	2.791,1	527,1	5.285,9

Die Devisentermingeschäfte wurden ausschließlich als gedeckte Auftragsgeschäfte mit Dienstleistungscharakter behandelt. Bei den zinsbezogenen Termingeschäften handelt es sich nahezu ausschließlich um Deckungsgeschäfte.

Daneben wurden Swaps, Forward-Swaps, Caps, Collars, Zins-/Währungsswaps sowie Devisentermingeschäfte mit Kunden abgeschlossen.

Bei den sonstigen Termingeschäften handelte es sich um Anlagebuchgeschäfte.

Bei den Kontrahenten im Derivategeschäft per 31. Dezember 2011 handelte es sich um deutsche Kreditinstitute.

Für die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivate, die nicht einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB zugeordnet sind, ergeben sich folgende zusätzliche Angaben nach § 285 Nr. 19 HGB:

	Nominalbeträge in Mio €	Zeitwerte in T€ ¹		Buchwerte in T€	
		+	./.	Options- prämie	Rückstellung (P7)
Zinsbezogene Geschäfte					
OTC-Produkte					
Zinsswaps einschließlich Forward-Swaps	4.818,9	13.029	130.370 ²		
Swaptions (Käufe)	22,8	263	0	(A13) 753,5	
Aktien-/ Indexbezogene Geschäfte					
OTC-Produkte					
Aktien-/ Index-Optionen (Verkäufe)	10,1	0	828		229,2
	4.851,8	13.292	131.198		

Bei börsengehandelten derivativen Finanzprodukten und Geschäften, die am Interbankenmarkt gehandelt werden, werden Marktwerte als Zeitwerte ausgewiesen (Mark-to-Market-Bewertung). Dagegen werden bei OTC-gehandelten derivativen Finanzinstrumenten theoretisch ermittelte Werte als Zeitwerte angesetzt (Mark-to-Model-Bewertung).

Bei der Mark-to-Model-Bewertung wird bezüglich der derivativen Finanzinstrumente wie folgt verfahren:

Zinsswaps werden in die Basisbestandteile Kuponanleihe und Floater zerlegt und unter Zugrundelegung entsprechender Zinsstrukturkurven getrennt bewertet. Der Barwert des Swaps ergibt sich dabei aus der Differenz der Barwerte der beiden Basisprodukte.

Für Optionen werden die ausgewiesenen Zeitwerte mittels des Binomialmodells beziehungsweise Black/Scholes-Modells in der jeweils erforderlichen Modifikation berechnet. Grundlagen der Bewertung waren insbesondere der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die Volatilitäten.

¹ Diese in die Zinsbuchsteuerung einbezogenen Derivate wurden bei der verlustfreien Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) berücksichtigt (vgl. Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“) und waren insoweit nicht gesondert zu bewerten.

² Ohne anteilige Zinsen

Für übernommene Adressenausfallrisiken aus Credit Linked Notes (nominal 10 Mio. €) wurden Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 7,6 Mio. € ausgewiesen; hierfür bestehen Rückstellungen in Höhe von 2.385 T€.

Am Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Devisentermingeschäfte im Nominalvolumen von 93,1 Mio. €. Diese Geschäfte wurden ausschließlich als gedeckte Auftragsgeschäfte mit Dienstleistungscharakter mit inländischen Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die Geschäfte weisen saldiert einen Zeitwert von 0 € aus.

3.2.2.6.7 Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz bestanden zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 395 T€ durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Ein Ausweis passiver latenter Steuern war insoweit nicht erforderlich, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern hat die Sparkasse entsprechend § 274 Abs. 1 HGB verzichtet. Die wesentlichen künftigen Steuerentlastungen resultieren aus bilanziellen Ansatzunterschieden bei Beteiligungen und Sachanlagen. Die zum Ausgleich der künftigen Steuerbelastungen benötigten absehbaren künftigen Steuerentlastungen ergeben sich aus unterschiedlichen bilanziellen Ansätzen bei den Rückstellungen. Der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 28,429 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag) zugrunde gelegt. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftssteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit einem Steuersatz von 15,825 % berücksichtigt.

3.2.2.6.8 Abschlussprüferhonorare

Für das Geschäftsjahr wurden von unserem Abschlussprüfer für folgende Leistungen Honorare berechnet:

	T€
für die Abschlussprüfung	200
für andere Bestätigungen	57
für die Steuerberatung	5

3.2.2.6.9 Organe der Kreissparkasse

Verwaltungsrat		
Vorsitzender	Dr. Rainer Haas	Landrat
1. Stellvertreter des Vorsitzenden	Manfred List	Oberbürgermeister i. R.
2. Stellvertreter des Vorsitzenden	Rainer Gessler	Bauingenieur, Leiter der Geschäftsstelle: Nachhaltig mobile Region Stuttgart
Mitglieder	Markus Bott	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Ralf Braico	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg

	Wilfried Breit	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Günter Daiss	Geschäftsführender Gesellschafter eines Unternehmens der Sportartikelbranche
	Monika Falke	Sparkassenangestellte, KSK Ludwigsburg
	Siegbert Hörer	Vorstand Bezirksbaugenossenschaft Alt Württemberg i. R.
	Hermann Hofmeister	Geschäftsführender Gesellschafter eines Unternehmens der Einrichtungsbranche i. R.
	Manfred Hollenbach	MdL, Bürgermeister der Gemeinde Murr
	Heinz Kälberer	Oberbürgermeister i. R.
	Jürgen Kessing	Oberbürgermeister der Stadt Bietigheim-Bissingen
	Franz Koch	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Gerd Maisch	Oberbürgermeister der Stadt Vaihingen/Enz
	Thomas Nytz	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Daniel Renkonen	MdL, freier Journalist
	Hans Schmid	Bürgermeister der Stadt Ludwigsburg
Vorstand		
Vorsitzender	Dr. Heinz-Werner Schulte	
Mitglieder	Dieter Wizemann	
	Harald Felzen (bis 30.06.2011)	
	Thomas Raab (ab 01.01.2012)	

Eines unserer Vorstandsmitglieder hat Aufsichtsratsmandate bei folgenden großen Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Name, Sitz
Württembergische Gemeindeversicherung a. G., Stuttgart
SV Sparkassen-Versicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart

3.2.2.6.10 Bezüge und Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 1.662 T€ gewährt.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes beziehungsweise deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge in Höhe von 531 T€ gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 6.610 T€.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 178 T€.

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite in Höhe von 1.588 T€ gewährt.

An die Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 11.120 T€ ausgereicht.

3.2.2.6.11 Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	Anzahl
Vollzeitkräfte	1.052
Teilzeit- und Ultimokräfte	413
Auszubildende	191
Insgesamt	1.656

Ludwigsburg, den 26. März 2012

Der Vorstand

Dr. Schulte

Wizemann

Raab

3.2.2.6.12 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kreissparkasse Ludwigsburg für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 30. März 2012

Sparkassenverband Baden-Württemberg
Prüfungsstelle

Schmidt Petersen
Wirtschaftsprüfer

Wirtschaftsprüfer

3.2.3 Finanzinformationen 2012

3.2.3.1 Lagebericht

3.2.3.1.1 Rahmenbedingungen

Die Kreissparkasse Ludwigsburg wurde im Jahr 1852 gegründet und ist seither fest in der Region verwurzelt. Dies zeigt sich in einem flächendeckenden Netz von 119 Geschäftsstellen im Landkreis und einer starken persönlichen Bindung zu unseren Kunden. Sie ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts in der Trägerschaft des Landkreises Ludwigsburg mit Sitz in Ludwigsburg.

Wir betreiben grundsätzlich alle banküblichen Geschäfte, soweit sie das Sparkassengesetz von Baden-Württemberg, die aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen oder unsere Satzung vorsehen. Darüber hinaus ist die Kreissparkasse Ludwigsburg seit 2011 im Pfandbriefgeschäft tätig.

Als selbstständiges Wirtschaftsunternehmen verfolgen wir das Ziel, auf Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse vorrangig in unserem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und eine angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen.

Organe der Kreissparkasse Ludwigsburg sind der Verwaltungsrat, der Kreditausschuss und der Vorstand. Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien für die Geschäfte der Sparkasse, erlässt Geschäftsanweisungen für den Kreditausschuss sowie den Vorstand und überwacht deren Tätigkeiten. Er setzt sich aus insgesamt 18 Mitgliedern zusammen. Der Kreditausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats und 3 weiteren Mitgliedern, beschließt über die Zustimmung zur Gewährung von Krediten nach der Geschäftsanweisung und über die Zustimmung zur Gewährung von Organkrediten im Sinne von § 15 KWG. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern. Er leitet die Sparkasse in eigener Verantwortung, vertritt die Sparkasse nach außen und führt ihre Geschäfte.

Wir sind als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen. Damit sind die Ansprüche der Kunden der Sparkasse in voller Höhe sichergestellt.

Weltwirtschaft mit verringertem Tempo, Deutsche Wirtschaft recht zufriedenstellend

Das Wachstumstempo der Weltwirtschaft hat sich 2012 verringert. Auch die zuvor sehr dynamischen Schwellenländer haben einen Gang zurückgeschaltet. Weite Teile Europas – so etwa das Vereinigte Königreich, aber auch der Euroraum insgesamt – sind sogar in eine neuerliche Rezession geraten. Im Euroraum zeichnen dafür vor allem die bekannten südlichen Krisenländer Italien, Spanien, Griechenland und Portugal verantwortlich. Die Wirtschaft Frankreichs setzte ihre Stagnation fort. Die Vereinigten Staaten konnten im abgelaufenen Jahr zwar ein Wachstum von über zwei Prozent erreichen, doch verdanken sie dies vor allem der immer noch starken Stimulanz aus ihrer Geld- und Finanzpolitik, die künftig eine Korrektur erfahren muss. Japan konnte zunächst ein Jahr nach den Naturkatastrophen mit hoher Produktion ins Jahr 2012 starten, fiel dann aber nach Auslaufen der Wiederaufbau- und Nachholeffekte wieder zurück.

Die deutsche Wirtschaft startete dagegen zunächst noch kraftvoll in das Jahr 2012. Seit dem Sommer 2012 zeigten sich dann aber doch erneut Bremsspuren aus der Schwäche wichtiger Partnerländer und aus der krisenbedingten Verunsicherung. Insgesamt konnte das reale Brut-

toinlandsprodukt Deutschlands 2012 mit einem Plus von 0,7 % abschließen. Das ist zwar deutlich weniger als in den starken Erholungsjahren 2010 und 2011 mit seinerzeit 4,2 % respektive 3,0 %. Doch ist auch der 2012er Wert im internationalen Vergleich recht zufriedenstellend.

Auch die Exporttätigkeit ließ in den letzten Monaten des Jahres nach. Insgesamt legte der Export als Komponente des BIP 2012 aber um 4,1 % zu. Die Importe weiteten sich zwar ebenfalls aus, aber mit einer Rate von 2,3 % so deutlich weniger, dass der Außenbeitrag einmal mehr den entscheidenden Wachstumsanteil beisteuerte.

Die deutsche Binnennachfrage selbst schrumpfte 2012 real sogar um 0,3 %, allerdings mit unterschiedlichen Teilentwicklungen: Der private Konsum (real +0,8 %) und der Wohnungsbau waren durchaus Träger von Wachstum. Beide profitierten von der guten Beschäftigungslage und der anziehenden Einkommensentwicklung. Beim Wohnungsbau kamen die günstigen Finanzierungsbedingungen bzw. der Anlagedruck im Angesicht der Niedrigzinsphase dazu.

Andere Kategorien des Baus – der nach dem Auslaufen der Konjunkturprogramme wieder geschrumpfte öffentliche Bau und der Wirtschaftsbau – waren dagegen schwach. Der Wirtschaftsbau ging zurück – ebenso wie die sehr enttäuschenden Ausrüstungsinvestitionen. Diese waren 2012 real um 4,4 % rückläufig. Alle Anlageinvestitionen zusammen verringerten sich um 2,1 %.

Arbeitsmarkt schwenkt auf gutem Niveau in Seitwärtsbewegung ein

Trotz der Vorsicht bei den Investitionen wurden die Belegschaften 2012 in den meisten Unternehmen aber gehalten. Im Jahresdurchschnitt wurden in Deutschland trotz einiger prominenter Insolvenzfälle insgesamt sogar noch einmal neue Beschäftigungsrekorde aufgestellt. Noch nie zuvor waren hierzulande so viele Menschen erwerbstätig wie 2012 mit 41,6 Millionen. Das waren noch einmal 422.000 mehr als im Vorjahr. Im Jahresverlauf schwenkte die Entwicklung aber in eine Seitwärtsbewegung ein. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahr durchschnittlich 6,8 %. Die Verbraucherpreise sind 2012 in Deutschland um 2,0 % gestiegen.

Kreis Ludwigsburg mit guter Beschäftigungslage

Im Kreis Ludwigsburg zeigte sich auch im Herbst 2012 noch ein robustes Lagebild. In der Herbstumfrage der IHK Bezirkskammer Ludwigsburg bezeichneten 40,7 % der Unternehmer ihre Geschäftslage als gut, 51,1% als befriedigend und nur 8,1 % als schlecht. Allerdings haben sich die Geschäftserwartungen weiter eingetrübt. 14 % der Unternehmer erwarteten im Herbst eine weitere Verbesserung der Geschäftslage, 28,5 % eine Verschlechterung. Knapp 57,5 % der Unternehmer erwarteten gleichbleibende Geschäfte. Die Arbeitslosenquote ist weiter zurückgegangen und lag Ende des Jahres bei 3,8 %. Im Vergleich zu anderen Regionen kann hier nahezu von Vollbeschäftigung gesprochen werden.

Position als Marktführer unverändert gehalten

Auch im Jahr 2012 kann die Kreissparkasse Ludwigsburg ihren soliden Wachstumskurs beibehalten. Durch die persönliche Betreuung unserer Kunden und die auf den Kunden zugeschnittenen Produkte und Dienstleistungen konnte die Kreissparkasse Ludwigsburg auch weiterhin ihre führende Marktposition im Geschäftsgebiet gut behaupten.

Entwicklung in der Sparkassenorganisation

Wir sind Mitglied des Sparkassenverbands Baden-Württemberg (SVBW). Dieser ist zusammen mit dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart Träger der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). Der SVBW hat sich zusammen mit den weiteren Trägern entsprechend seinem Stammkapitalanteil im Geschäftsjahr 2009 an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital für die LBBW beteiligt und eine Rückgarantie zusammen mit der Stadt Stuttgart

gegenüber dem Land Baden-Württemberg aus einer Risikoimmunsierung für die LBBW übernommen.

Die Ratingagentur FitchRatings erteilte mit dem Ratingbericht vom Februar 2013 den Sparkassen ein Emittentenrating für langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von A+ sowie für kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von F1+. Das Viability Rating (Stand-alone-Rating) in Höhe von A+ für die Gruppe der Sparkassen wurde ebenfalls erneut bestätigt. Die Agentur Moody's Investors Service bestätigte im März 2013 für die Sparkassen-Finanzgruppe ein Verbundrating (Corporate Family Rating, CFR) von Aa2. Darüber hinaus erteilte Moody's ein Bank-Finanzkraftratings (BFSR) C+ für die Sparkassen-Finanzgruppe. Die Agentur DBRS Ratings Limited bestätigte im April 2012 die Floor-Ratings A (high) für Emittenten- und langfristige nicht nachrangige Verbindlichkeiten sowie R-1(middle) für kurzfristige Wertpapiere für sämtliche Mitglieder des Haftungsverbundes der Sparkassen-Finanzgruppe.

3.2.3.1.2 Wirtschaftsbericht

Geschäftsentwicklung und Vermögenslage

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

	Bestand 31.12.12	Veränderungen		
		2012	2012	2011
	Mio. €	Mio. €	%	%
Geschäftsvolumen ¹⁾	9.628,6	110,7	1,2	0,6
Bilanzsumme	9.545,4	103,4	1,1	0,6

1) Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

Auch im Jahr 2012 konnte die Kreissparkasse Ludwigsburg die positive Entwicklung der Vorjahre fortsetzen. Der Kurs der Konzentration auf das Kerngeschäft wurde beibehalten und die daraus resultierende Reduzierung unseres Eigengeschäfts weiter fortgesetzt. Das Geschäftsvolumen erhöhte sich um 110,7 Mio. € auf 9,6 Mrd. €. Entsprechend erhöhte sich auch die Bilanzsumme um 103,4 Mio. € und beträgt nunmehr 9,5 Mrd. € (Vorjahr: 9,4 Mrd. €). Ausschlaggebend waren im Wesentlichen die Bestandsausweitungen im Einlagen- und Kreditgeschäft mit Kunden.

Aktivgeschäft (inklusive Passivposten 1 unter dem Strich)

	Bestand 31.12.12	in % des Geschäfts-volumens		Veränderungen		
		31.12.12	31.12.11	2012	2012	2011
	Mio. €	%	%	Mio. €	%	%
Kundenkreditvolumen	4.913,6	51,0	48,3	313,1	6,8	5,6
Forderungen an Kreditinstitute	1.060,9	11,0	15,2	-382,6	-26,5	-2,1
Wertpapiervermögen	3.245,8	33,7	32,4	158,7	5,1	-4,2
Anlagevermögen	243,3	2,5	2,5	5,4	2,3	-4,1
Sonstige Vermögenswerte	165,0	1,7	1,6	16,2	11,0	-5,3

Kundenkreditvolumen

Das Kundenkreditvolumen konnte gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich gesteigert werden und verzeichnete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Zuwachs um 313,1 Mio. € auf 4,9 Mrd. €. Die prozentuale Steigerung des Kundenkreditvolumens mit 6,8 % lag über dem Durchschnitt der Sparkassen unseres baden-württembergischen Verbandsgebietes.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in der Region führte zu einem deutlichen Wachstum der Kreditvergabe an Unternehmen und Selbstständige. Aber auch die Kredite an Privatpersonen, begünstigt von einer verstärkten Zuwendung zu Sachwerten und einem günstigen Zinsniveau, trugen zum Wachstum bei. Ebenfalls leicht gesteigert werden konnte seit Jahresbeginn der Kreditbestand an öffentliche Haushalte.

Die positive Entwicklung resultiert sowohl aus dem langfristigen als auch aus dem kurzfristigen Kreditgeschäft. Der Anteil des Kundenkreditvolumens am Geschäftsvolumen betrug 51,0 % und lag somit weiterhin unter dem Verbandsdurchschnitt.

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich im Berichtsjahr um weitere 382,6 Mio. € (Vorjahr: -30,4 Mio. €) auf nunmehr 1,1 Mrd. €. Die Reduzierung resultiert insbesondere aus Fälligkeiten.

Wertpapiervermögen

Das Wertpapiervermögen, das sich aus Schuldverschreibungen und Aktien sowie anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren zusammensetzt, lag mit 3,2 Mrd. € (Vorjahr: 3,1 Mrd. €) über dem Vorjahreswert. Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die der Liquiditätsreserve dienen, erhöhte sich um 84,0 Mio. € auf 2,0 Mrd. € (Vorjahr: 1,9 Mrd. €). Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich um 74,7 Mio. € auf 1,2 Mrd. €. Bereinigt man die Werte um die jeweilige Teilauflösung von Reserven gemäß § 340f HGB, die wir in Reserven gemäß § 340g HGB umgewidmet haben, hat sich das Wertpapiervermögen gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Bestände im Wertpapiervermögen, die dem kurzfristigen Eigenhandel zugerechnet werden, bestanden per 31.12.2012 nur in geringem Umfang.

Der Anteil der Eigenanlagen am Geschäftsvolumen betrug 33,7 % und lag damit über dem Durchschnitt der baden-württembergischen Sparkassen.

Passivgeschäft

	Bestand 31.12.12	in % des Geschäfts- volumens		Veränderungen		
		31.12.12	31.12.11	2012	2012	2011
	Mio. €	%	%	Mio. €	%	%
Mittelaufkommen von Kunden	6.310,2	65,5	65,6	63,3	1,0	4,2
darunter:						
Sichteinlagen	3.469,7	36,0	31,1	507,8	17,1	2,0
Termineinlagen und aufgenommene	669,9	7,0	7,3	-25,9	-3,7	48,0

Gelder						
Spareinlagen	1.941,9	20,2	23,0	-245,8	-11,2	10,0
Eigenemissionen	228,7	2,4	4,2	-172,8	-43,0	-36,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.298,3	23,9	25,0	-79,3	-3,3	-12,3
Eigene Mittel	809,8	8,4	7,3	117,4	17,0	24,7
darunter:						
Sicherheitsrücklage	489,8	5,1	5,0	17,4	3,7	3,8
Fonds für allgemeine Bankrisiken	320,0	3,3	2,3	100,0	45,5	120,0

Mittelaufkommen von Kunden

Im Geschäftsjahr 2012 konnten die Kundeneinlagen insgesamt um 63,3 Mio. € auf 6,3 Mrd. € gesteigert werden. Im Vergleich zu den baden-württembergischen Sparkassen lag der Anteil unserer Kundeneinlagen am Geschäftsvolumen über dem Durchschnitt.

Während sich die Spareinlagen (-245,8 Mio. €) sowie das auf den Termingeldkonten gehaltene Guthaben (-25,9 Mio. €) rückläufig entwickelten, ergaben sich bei den Sichteinlagen (+507,8 Mio. €), welche die Geldmarktkonten einschließen, deutliche Wachstumseffekte.

Der ungebrochene Trend der Kunden zu sehr kurzfristigen Geldanlagen führte zu einem weiteren Rückgang der Eigenemissionen. Die Eigenemissionen, die sich in Sparkassenbriefe und verbriefte Verbindlichkeiten aufteilen, gingen um 172,8 Mio. € beziehungsweise 43,0 % zurück. Dabei haben sich die verbrieften Verbindlichkeiten sowie der Bestand an Sparkassenbriefen rückläufig entwickelt. Der Rückgang der verbrieften Verbindlichkeiten beruht neben den Fälligkeiten des Jahres 2012 auch auf vorzeitigen Kündigungen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Bei den Interbankenverbindlichkeiten war im abgelaufenen Geschäftsjahr ein weiterer Rückgang zu verzeichnen. Durch Steigerungen im Bereich der Kundeneinlagen sowie der reduzierte Bedarf aus den Eigenanlagen haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringert.

Die Kreissparkasse hatte im Geschäftsjahr 2012 Hypothekendarlehen mit einem Nominalwert von 60 Mio. € im Bestand. Informationen zur Pfandbriefdeckungsmasse gemäß § 28 PfandBG werden vierteljährlich auf der Internetseite der Kreissparkasse Ludwigsburg veröffentlicht.

Eigene Mittel

Der Vorstand wird dem Verwaltungsrat vorschlagen, den Bilanzgewinn der Sicherheitsrücklage zuzuführen. Danach wird sich die Sicherheitsrücklage auf 489,8 Mio. € belaufen; dies entspricht einem Zuwachs von 3,7 % gegenüber dem Vorjahr. Neben der Sicherheitsrücklage bestehen umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile.

Die Gesamtkennziffer nach § 2 Abs. 6 SolV überschritt zum 31. Dezember 2012 mit 17,2 % (Vorjahr: 19,6 %) deutlich die gesetzlich vorgeschriebene Mindestnorm von 8,0 %. Die Gesamtkennziffer lag im Jahr 2012 zwischen Werten von 19,7 % und 17,2 %.

Dienstleistungen

Im Dienstleistungsgeschäft, das sich im Wesentlichen aus den Teilbereichen Zahlungsverkehr, Kartengeschäft, Wertpapier- und Vermittlungsgeschäft im Sparkassenverbund sowie der Vermittlung von Immobilien zusammensetzt, konnte der Provisionsertrag gegenüber dem Vorjahr nochmals gesteigert werden.

Unterstützt durch den positiven Verlauf an den Aktienmärkten hat sich das **Wertpapiergeschäft** im Geschäftsjahr 2012 positiv entwickelt. Die mit unseren Kunden getätigten Wertpapierumsätze (Renten, Aktien und Fondsanteile) konnten erneut ausgeweitet werden.

Auch im **Vermittlungsgeschäft** (Bausparen, Versicherung und Immobilien) konnten die Vorjahreswerte teilweise deutlich übertroffen werden.

Eigenhandel

Wir betreiben Eigenhandel mit Aktien, Renten, Zertifikaten, Investmentfonds sowie Derivaten und Devisen.

Im Vordergrund unserer Handelstätigkeit stehen die liquiditäts- und ertragsorientierte Anlage der freien Sparkassenmittel sowie die Steuerung des Zinsspannenrisikos.

Die zum Bilanzstichtag bestehenden Derivategeschäfte (Anlagebuchgeschäfte) wurden insbesondere zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos, zur Absicherung von Risiken aus Kundengeschäften und zur Absicherung der Kursrisiken unseres Bestands an festverzinslichen Wertpapieren abgeschlossen. Wir verweisen hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte auf die Darstellung im Anhang zum Jahresabschluss.

Die sich aus den Geschäften ergebenden Marktpreisrisiken bewegten sich 2012 innerhalb der vorgegebenen Risikolimits. Den Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken trugen wir dadurch Rechnung, dass mit ausgewählten Partnern und auf Basis von Emittenten-/Kontrahentenlimits überwiegend nur börsengehandelte und liquide Wertpapiere beziehungsweise Finanzinstrumente gehandelt wurden.

Investitionen

Der in 2010 begonnene Bau der neuen Regionaldirektion Marbach in der Güntterstraße konnte in diesem Jahr fertig gestellt und Mitte des Jahres eröffnet werden. Des Weiteren wurden die Räumlichkeiten für den neuen Betriebskindergarten, der am 01.03.2013 eröffnet wurde, umgebaut. Darüber hinaus konnten die Filialdirektion Erdmannhausen und die Filialdirektion Am Holzmarkt (Ludwigsburg) in neue Räumlichkeiten ziehen. Ebenfalls haben wir in diesem Jahr eine Vielzahl von Geschäftsstellen auf den baulich und banktechnologisch neuesten Stand gebracht und haustechnische Anlagen in unseren Gebäuden saniert.

3.2.3.1.3 Risikovorsorge, Bewertung und Reserven

Für Risiken im Kreditgeschäft wurde dem Vorsichtsprinzip entsprechend durch die Bildung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Vorsorge getroffen. Der Wertpapierbestand wurde zum Niederstwert bilanziert. In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere dem Wertpapierbestand sowie dem Grundvermögen, sind stille Reserven enthalten. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB beträgt zum Geschäftsjahresende 320,0 Mio. €. Wie auch im vergangenen Jahr haben wir Teile unserer stillen Reserve (§ 340f HGB) in hartes Kernkapital (§ 340g HGB) umgewidmet. Darüber hinaus bestehen mittelbare Pensionsverpflichtungen, die sich aus der Zusatzversorgung der Beschäftigten ergeben.

3.2.3.1.4 Finanzlage

Zur Überwachung unserer Zahlungsfähigkeit bedienen wir uns einer kurz- und mittelfristigen Finanzplanung, wobei die zu erwartenden Zahlungsströme rollierend bis zu 12 Monaten berücksichtigt werden. Unsere Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge gegeben. Die Folgen der Finanzmarktkrise hatten für die Liquidität unseres Hauses keine Konsequenzen.

Die eingeräumten Kredit- beziehungsweise Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der Landesbank Baden-Württemberg wurden teilweise in Anspruch genommen. Das zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften notwendige Guthaben haben wir in der erforderlichen Höhe bei der zuständigen Zentralbank unterhalten. Zum Jahresende errechnete sich eine nach der Liquiditätsverordnung berechnete Liquiditätskennzahl (Mindestwert 1,0) von 1,8 (Vorjahr: 1,7). Die Anforderungen der Liquiditätsverordnung wurden 2012 jederzeit erfüllt, da die Liquiditätskennzahl zwischen 1,6 und 2,3 lag.

Auch die nach der Liquiditätsverordnung für die weiteren Beobachtungszeiträume (Laufzeitbänder bis zu 12 Monaten) zu berechnenden Beobachtungskennzahlen deuten nicht auf zu erwartende Engpässe hin.

3.2.3.1.5 Ertragslage

Der im Geschäftsjahr um 30,3 Mio. € (Veränderung Vorjahr: -58,5 Mio. €) auf 164,0 Mio. € erhöhte **Zinsüberschuss** (einschließlich GuV-Positionen 3, 4 und 17) lag über dem Vorjahreswert. Das zinsabhängige Geschäft bleibt unverändert die bedeutendste Ertragsquelle unseres Geschäfts. Insbesondere aufgrund der Struktur unserer Festzinspositionen ist der Zinsaufwand stärker gesunken als der Zinsertrag. Im Zinsüberschuss enthalten waren Aufwendungen mit Einmalcharakter, die im Wesentlichen aus der vorzeitigen Schließung von Sicherungsgeschäften resultieren. Im Jahr 2012 wurden erstmals wieder die zuletzt ausgebliebenen Erträge aus den direkt und indirekt über den SVBW gehaltenen stillen Einlagen an der LBBW bedient sowie ausstehende Zinszahlungen für die Vorjahre teilweise nachgeholt.

Der **Provisionsüberschuss** lag bei 50,0 Mio. € (Vorjahr: 47,6 Mio. €) und konnte damit gesteigert werden. Wesentlich für die Steigerung waren die Entwicklung der Provisionseinnahmen im Wertpapiergeschäft sowie höhere Erträge aus der Vermittlung von Produkten unserer Verbundpartner.

Der **Verwaltungsaufwand**, der sich in Personal- und andere Verwaltungsaufwendungen aufteilt, lag mit 133,8 Mio. € (Vorjahr: 126,0 Mio. €) über dem Vorjahreswert. Ausschlaggebend für die Erhöhung der Personalkosten waren insbesondere tarifliche Lohnerhöhungen. Weitere Kosten fielen durch die Zuführung zur Rückstellung für laufende Pensionen und für Pensionsanwartschaften aufgrund der Sondereffekte aus versicherungsmathematischen Parameteränderungen an. Die Entwicklung der anderen Verwaltungsaufwendungen war dagegen stabil.

Das **Nettoergebnis aus Handelsgeschäften**, das aus dem Handel mit Wertpapieren und Derivaten resultiert, bewegte sich über dem Vorjahresniveau.

Das **Ergebnis vor Bewertung**, das sich aus dem Zins- und Provisionsüberschuss, dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen sowie dem Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, vermindert um den Verwaltungsaufwand, ergibt, betrug im Jahr 2012 70,3 Mio. € und lag somit um 23,4 Mio. € über dem Wert des Vorjahres.

Aufgrund einer nach wie vor positiven Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Kreditnehmer konnte die Risikovorsorge im Kreditgeschäft weiterhin zurückgeführt werden.

Insgesamt ging das Bewertungsergebnis auf 82,9 Mio. € zurück, sodass sich ein im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändertes **Ergebnis nach Bewertung** in Höhe von 153,3 Mio. € ergab.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss konnte weiter auf 17,4 Mio. € gesteigert und somit ein Beitrag zur weiteren Stärkung der Eigenkapitalbasis unseres Hauses erwirtschaftet werden. Vom ausgewiesenen Jahresüberschuss wurden 8,5 Mio. € vorweg in die Sicherheitsrücklage eingestellt. Nach der vorgesehenen Zuführung des Bilanzgewinns von 8,9 Mio. € beträgt das Eigenkapital 489,8 Mio. € (5,1 % der Bilanzsumme).

Zur weiteren Analyse der Ertragslage unseres Hauses setzen wir für interne Zwecke den sogenannten "Betriebsvergleich" der Sparkassenorganisation ein, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse unseres Ergebnisses in Relation zur Durchschnittsbilanzsumme (errechnet auf Basis der Tageswerte) erfolgt.

In das errechnete Betriebsergebnis vor Bewertung gehen die ordentlichen Erträge sowie die ordentlichen Aufwendungen (einschließlich Verwaltungskosten) aus Zins-, Dienstleistungs- und Handelsgeschäften ein. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Nach Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Unser Betriebsergebnis vor Bewertung lag erneut deutlich über dem Durchschnitt der baden-württembergischen Sparkassen ähnlicher Größenordnung. Das Betriebsergebnis nach Bewertung lag ebenfalls deutlich über dem Wert der Vergleichsgruppe. Das neutrale Ergebnis wurde durch die Realisierung schwebender Verluste aus Zinssicherungsgeschäften belastet.

Auch die unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten berechnete Cost-Income-Ratio (Verhältnis von ordentlichem Aufwand zu ordentlichem Ertrag), stellte sich mit 53,4 % (Vorjahr: 52,9 %) günstiger dar als der vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband vorgegebene Zielwert von 60 %.

Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität vor Steuern betrug im Geschäftsjahr 2012 22,1 % (Vorjahr: 26,4 %).

3.2.3.1.6 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren (Mitarbeiter – Kunden – Umwelt)

Mitarbeiter

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Angestellten (einschließlich Teilzeitbeschäftigten, jedoch ohne Auszubildende, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Erziehungsurlaub, während Bundesfreiwilligendienst und in der Altersteilzeitphase) beträgt 1.422 (Vorjahr: 1.402). Einschließlich der Auszubildenden, Boten, Reinigungskräfte und der wegen dem Bundesfreiwilligendienst oder Erziehungsurlaub beurlaubten Mitarbeiter, sowie den Mitarbeitern die sich in der Altersteilzeitphase befinden, hatten 2012 durchschnittlich 1.804 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 1.772) bei uns einen Arbeitsplatz.

Auch im Jahr 2012 hatte die Kreissparkasse Ludwigsburg ein breit gefächertes und umfassendes Weiterbildungsangebot für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Neben Fachthemen standen auch im Jahr 2012 besonders Führungstrainings und persönlichkeitsbildende Seminare im Vordergrund. Angebote zum Thema „Gesundheit“ wie „Massage am Arbeitsplatz“, „aktive Pause“ sowie Blutspende- und Impfaktionen wurden auch 2012 angeboten und von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr rege in Anspruch genommen.

Im Oktober wurde der Kreissparkasse Ludwigsburg zum vierten Mal das Siegel „Arbeit Plus“ der Evangelischen Kirche Deutschland vergeben. Die Evangelische Kirche Deutschland zeichnet Unternehmen aus, die mitarbeiterorientiert, verantwortlich und zukunftsfähig handeln. Für Ihre vorbildliche Personal- und Beschäftigungspolitik wurde die Kreissparkasse nach den Jahren 2002, 2005, 2009 auch in diesem Jahr wiederholt ausgezeichnet.

Im September 2012 haben bei der Kreissparkasse Ludwigsburg 110 junge Menschen ihre Ausbildung begonnen. Somit genießt die Ausbildung mit insgesamt 259 Auszubildenden einen sehr hohen Stellenwert. Die Kreissparkasse Ludwigsburg weist dabei eine weit über dem Branchendurchschnitt liegende Ausbildungsquote von über 14 % auf.

Kundenbeziehungen

Die Wünsche unserer Kunden, die wir regelmäßig über Kundenbefragungen in Erfahrung bringen, stehen bei uns an erster Stelle. Unsere internen Maßstäbe und Ziele sind daher konsequent an den Bedürfnissen und Erwartungen unserer Kunden ausgerichtet. Die enge Beziehung und das hohe Vertrauensverhältnis sind wesentliche Voraussetzungen für den geschäftlichen Erfolg. Unsere Serviceversprechen gegenüber den Kunden dokumentieren unseren hohen Qualitätsanspruch.

Die Individualisierung der Kundenwünsche ist eine gesellschaftliche Entwicklung, die wir auch in unserem Geschäftsgebiet feststellen. Deshalb entwickeln wir die systematische und strukturierte Beratung durch den Sparkassen-Finanz-Check im Privatkunden- und Firmenkunden-segment ständig weiter und bieten individuelle Lösungen für unterschiedlichste Finanzbedürfnisse in den verschiedenen Lebensphasen unserer Kunden an. Im Bereich der Anlageberatung wurden der Beratungsprozess und die Dokumentation unter Beachtung der gesetzlichen Anforderungen weiter optimiert. Regelmäßige Mitarbeiterschulungen sichern nachhaltig den hohen Qualitätsstandard und die Kompetenz unserer ganzheitlichen Beratung.

Dieser Qualitätsstandard wird regelmäßig im Rahmen von Testkaufstudien vom Institut für angewandte Marketing- und Kommunikationsforschung (IMK) überprüft und zur Verbesserung der Beratungsleistung genutzt. Besonders erfreulich: Focus Money honorierte zum zweiten Mal hintereinander im Bankentest 2012 die Qualität unserer Privatkundenberatung in Bietigheim mit der Auszeichnung "Beste Bank".

Wir bieten eine breite Service- und Produktpalette an – darunter Leasing, Bausparen, Kreditkarten, Versicherungen, Altersvorsorge bis hin zu komplexen Anlage- und Zinssicherungsinstrumenten. Die Betreuung erfolgt durch einen festen Ansprechpartner rund um alle Finanzthemen und trägt damit einem zentralen Kundenbedürfnis Rechnung.

Umweltverträglichkeit

Zentrale Anliegen der Kreissparkasse Ludwigsburg sind, den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu senken und die Umweltverträglichkeit durch geeignete Maßnahmen weiter zu verbessern. Dazu gehört für uns, an unseren Standorten mit dem Einsatz moderner Technologien den Umweltschutz und das Umweltbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern. Dass diese Anstrengungen zum Erfolg führen, zeigte bereits im letzten Geschäftsjahr die Auszeichnung als „Energiesparer 2011“ vom Veranstalter BayernFM des bundesweit ausgeschriebenen Wettbewerbs „RealisBench@Energiesparer 2011“.

Nachhaltiges Wirtschaften ist für die Kreissparkasse Ludwigsburg keine Modeerscheinung sondern Ausdruck ihres Gründungsauftrags. Mehr und mehr spiegelt sich Nachhaltigkeit auch in unserer Produktpalette wider. So konnten auch im Jahr 2012 allein 11 Mio. € Kundeneinlagen für unsere „Green-Inhaberschuldverschreibung“ platziert werden. Davon profitieren Solar-, Wärmeschutz-, Geothermie- und Regenwasserprojekte sowie eine Biogasanlage im Landkreis Ludwigsburg. Zusätzlich wurde ein weiterer großer Solarpark durch Anleger im Rahmen eines geschlossenen Fonds mitfinanziert. „Green-Twin“ schließlich kombiniert eine attraktiv verzinsten Festgeldanlage mit erfolgreichen Aktienfonds. Dabei erfolgen die Investments ausschließlich in Unternehmen, die das zukunftsorientierte Wirtschaftsprinzip der Nachhaltigkeit nachprüfbar bereits heute zum Vorteil von Mensch und Anleger nutzen.

Soziale und gesellschaftliche Verantwortung

Wir betrachten es als wesentliches Element unserer Unternehmensphilosophie in unserem Geschäftsgebiet soziale und gesellschaftliche Verantwortung zu leben. „Kreissparkasse Ludwigsburg – Gut für Generationen“ – dieses Leistungsversprechen leben wir nicht nur als Finanzdienstleister, sondern auch als Förderer einer Vielzahl von gemeinnützigen Aktivitäten im Kreis Ludwigsburg. Mit Spenden, durch Sponsoring oder über unsere Stiftungen „Kunst, Kultur und Bildung“, „Jugendförderung, Arbeit und Soziales“ und „Umwelt- und Naturschutz“ sowie die „Kreissparkassenstiftung Gesundheit im Landkreis Ludwigsburg“ fördern wir die Attraktivität und Lebensqualität unserer Region und der Menschen, die hier leben.

Neben den vier Kreissparkassen-Stiftungen tragen wir gemeinsam mit dem Landkreis die „Schullandheim Strümpfelbrunn Stiftung“. Zu unserem Angebot gehört auch die 2007 neu gegründete Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse Ludwigsburg, in die auch private Stifter, Bürgerstiftungen und Kommunen ihre unselbstständigen Stiftungen einbringen können.

Wir fördern soziale Einrichtungen, die Jugend, das sportliche und kulturelle Leben sowie den Umwelt- und Naturschutz im Kreis Ludwigsburg. Auch im Berichtsjahr 2012 haben wir wieder annähernd 1.000 gemeinnützige Projekte gefördert – also durchschnittlich vier gemeinnützige Projekte pro Arbeitstag. Gleichzeitig haben wir unser Angebot an Veranstaltungen, die wir selbst durchführen oder unterstützen, 2012 weiter ausgebaut.

3.2.3.1.7 Gesamtaussage und Beurteilung

Die geschäftliche Entwicklung sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage können unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen sowie der branchenspezifischen Entwicklung als zufriedenstellend bezeichnet werden. Der erzielte Jahresüberschuss entspricht dem erwarteten Geschäftsergebnis.

3.2.3.2 Nachtragsbericht: Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

3.2.3.3 Risikobericht

3.2.3.3.1 Risikomanagement

Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken unter Berücksichtigung eines risiko- und ertragsadäquaten Einsatzes des Eigenkapitals sind Kernfunktionen von Kreditinstituten. Daher wurde als Bestandteil der Unternehmenssteuerung vom Vorstand ein Risikomanagement installiert, das der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken dient. Die risikorelevanten Steuerungsinformationen dienen als Grundlage für strategische und operative Geschäftsentscheidungen. Klare Aufgabenteilung und ein enges Zusammenspiel zwischen den beteiligten Geschäftsbereichen ermöglichen eine effiziente Umsetzung der risikopolitischen Steuerungsimpulse. Um den Anforderungen der sich kontinuierlich verändernden Rahmenbedingungen zu begegnen, passen wir unsere Strategien, Konzepte, Verfahren, Instrumente sowie aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen stetig an. Wir halten bezüglich unserer gesetzten Strategien und implementierten Prozesse die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) ein.

Im Hinblick auf die am 14. Dezember 2012 veröffentlichte 4. MaRisk-Novelle haben wir ein Projekt aufgesetzt, das sicherstellt, dass die Anforderungen fristgerecht umgesetzt werden.

Aufgrund des von uns erstellten Risikoprofils betrachten wir folgende Risiken als wesentlich für unser Haus: Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, hier vor allem das Zinsänderungsrisiko und die Kursrisiken im Wertpapiergeschäft, Liquiditätsrisiken sowie die operationellen Risiken.

Der **Verwaltungsrat** bestimmt die Richtlinien für unsere Geschäfte und erlässt Geschäftsanweisungen für den Kreditausschuss sowie den Vorstand und überwacht deren Tätigkeit. Über unsere Risikosituation wird er durch den Vorstand vierteljährlich anhand des Risikoberichts informiert.

Der **Vorstand** ist für die Ausgestaltung des Gesamtsystems "Risikomanagement" verantwortlich. Dabei legt der Vorstand neben der geschäftspolitischen Zielsetzung die wesentlichen strategischen und methodischen Ausrichtungen, die Höhe des möglichen Gesamtbankrisikos und die Aufteilung der Limite nach Adressenausfall-, Beteiligungs-, Marktpreis-, Zinsspannen-, Immobilien- und operationellen Risiken sowie Risiken aus der Risikoimmunsierung der LBBW vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit fest. Innerhalb dieser Vorgaben erfolgt die Steuerung der Risikopositionen in den jeweils verantwortlichen Abteilungen.

Zur Steuerung der **Adressenausfallrisiken** wurden die Kreditkompetenzen in Abhängigkeit von Kredit-, Blankovolumen und Rating festgelegt. Oberhalb bestimmter Grenzen entscheidet der Vorstand einzelfallbezogen beziehungsweise ist eine Zustimmung des Kreditausschusses notwendig. Auf Basis der jeweiligen rating- und betragsabhängigen Kreditkompetenzen gibt der Marktbereich ein Votum ab. Oberhalb einer definierten Obligohöhe wird von der Marktfolgeeinheit eine separate Stellungnahme in Form eines eigenständigen Zweitvotums abgegeben.

Die Abteilungen Treasury und Eigenhandel steuern im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Gesamtbankstrategie und der daraus entwickelten Limitvorgaben eigenverantwortlich die **Marktpreisrisiken**. Darüber hinaus steuert die Abteilung Treasury auch die **Liquiditätsrisiken**.

Die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling koordiniert den Prozess zur Ermittlung der **operationellen Risiken**, überprüft das eingesetzte Instrumentarium, analysiert beziehungsweise überwacht die Entwicklung der Risiken auf Basis der Methode „fokussierte Risikolandkarte“ und erstellt den Risikobericht.

Um die Risiken aus **neuen Produkten** oder **neuen Märkten** korrekt einschätzen zu können, werden die Voraussetzungen für die Einführung von den betroffenen Abteilungen analysiert und diskutiert. Bei Handelsgeschäften wird vor dem laufenden Handel grundsätzlich eine Testphase unter Einbindung der betroffenen Organisationseinheiten durchgeführt. Erst bei erfolgreichem Test und Vorhandensein geeigneter Risikosteuerungsinstrumente beginnt der laufende Handel.

Das **zentrale Risikocontrolling** hat, als aufbau- und ablauforganisatorisch von den geschäftsverantwortlichen Bereichen unabhängige Organisationseinheit, die Funktion, die Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditätsrisiken und operationellen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Dem Risikocontrolling obliegt die Methodenauswahl sowie die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren. Mit wesentlichen Risiken verbundene Risikokonzentrationen werden berücksichtigt. Zusätzlich verantwortet das Risikocontrolling die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die Ableitung und die Überwachung der Einhaltung von Limiten.

Die **Interne Revision** unterstützt als prozessunabhängige Stelle in ihrer Überwachungsfunktion den Vorstand und die anderen Führungsebenen. Grundlage hierfür ist ein risikoorientierter Prüfungsplan, der vom Vorstand genehmigt wurde. Auf dieser Grundlage prüft und bewertet die Interne Revision grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Dazu zählen auch die Prüfung des Risikomanagements – das heißt das Risikosteuerungs- und -controllingsystem – sowie die Einhaltung interner und externer Regelungen. Der Fokus liegt hierbei auf den Prozessen und Methoden unter Beachtung der Grundsätze von Sicherheit, Ordnungsmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Dies trägt wesentlich zur Einhaltung definierter Prozesse bei und unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Wesentliche Feststellungen mit Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- beziehungsweise Ertragslage haben sich im Geschäftsjahr 2012 nicht ergeben. Empfehlungen der Internen Revision werden validiert, festgestellte Mängel bereinigt.

Phasen des Risikomanagementprozesses

Mit dem Ziel der Entwicklung eines einheitlichen und in sich geschlossenen Systems zur Analyse und Quantifizierung der bestehenden Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationellen Risiken unterscheiden wir vier Phasen im Risikomanagementprozess. Zu-erst sollen im Rahmen der Risikoidentifikation bestehende und zukünftige wesentliche Risiken identifiziert werden, um davon ausgehend eine Klassifizierung durchführen zu können. Hierzu zählen beispielsweise die bei neuen Produkten oder komplexen Geschäften bestehenden Risiken und deren Integration in das bestehende System. Mit wesentlichen Risiken verbundene Risikokonzentrationen werden im Rahmen der Risikoidentifikation berücksichtigt. Ziel der Risikobeurteilung ist mit einer dem Risiko angemessenen Methode das Risiko zu messen und zu bewerten. Dabei werden für die wesentlichen Risiken angemessene Risikomessungen, zum Beispiel über Risikomodelle oder Szenariobetrachtungen (zum Beispiel Real-Case- beziehungsweise Worst-Case-Szenarien oder Stresstests), durchgeführt. Die Risikosteuerung stellt sich als Gesamtheit der Maßnahmen dar, die darauf abzielen, Risiken einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen. Die letzte Phase des Prozesses ist die Überwachung der vom Vorstand festgelegten Limite und das Reporting der Risikokennziffern sowie der Analyseergebnisse an den Vorstand und die zuständigen Geschäftsbereiche durch das Risikocontrolling. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung über die wesentlichen Risiken gemäß MaRisk erfolgt auch eine bedarfsgerechte Ad-hoc-Berichterstattung. Darüber hinaus werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten beziehungsweise Ergebnisse kontrolliert sowie validiert.

Risikotragfähigkeit

Im Rahmen der vierteljährlich durchzuführenden Risikotragfähigkeitsberechnung ermitteln wir die zur Deckung von Verlusten verwendbare Risikodeckungsmasse. Sie gibt Aufschluss darüber, in welcher Höhe wir Risiken im Rahmen der Geschäftspolitik eingehen können. Dabei stellen die installierten Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben ist. Wir setzen ein auf periodischer Sichtweise basierendes Risikotragfähigkeitskonzept ein. Ausgehend vom maximalen periodischen Risikodeckungspotenzial wird das einsetzbare Risikodeckungspotenzial ermittelt. Wesentliche Bestandteile des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials sind das Betriebsergebnis vor Bewertung des laufenden Jahres und die nicht zur Einhaltung der Solvabilitätsverordnung notwendigen Vorsorgereserven. Der Vorstand legt jeweils zum Ende eines laufenden Jahres für das folgende Geschäftsjahr fest, welcher Teilbetrag vom einsetzbaren Risikodeckungspotenzial zur Abdeckung der wesentlichen anzurechnenden Risiken zur Verfügung stehen soll (Limitsystem). Der nicht für das Limitsystem eingesetzte Betrag steht für die nicht quantifizierten Risiken (Liquiditätsrisiken und sonstige Risiken), Risikokonzentrationen, die nicht beim originären Risiko berücksichtigt sind, sowie für sonstige geschäftspolitische Planungen zur Verfügung. Anschließend werden die hinreichend genau quantifizierbaren wesentlichen Risiken auf das aus dem eingesetzten Risiko-deckungspotenzial abgeleitete Limitsystem an-

gerechnet. Ab dem 2. Quartal des Geschäftsjahres nehmen wir auch eine Betrachtung der Risikotragfähigkeit des Folgejahres vor.

Darüber hinaus erfolgt für außergewöhnliche Marktentwicklungen die Durchführung von Stresstests. Hierbei werden Auswirkungen von Änderungen der Risikofaktoren beziehungsweise -parameter auf die wesentlichen Risiken untersucht. Die Durchführung erfolgt in Form von Sensitivitäts- und Szenarioanalysen, die auch Risikokonzentrationen beinhalten. Die Stresstests werden hierbei nicht nur für einzelne Geschäfts- und Risikofelder, sondern zusätzlich auf Ebene des Gesamtinstituts durchgeführt, um Effekte transparent zu machen, die sich erst in der Gesamtbetrachtung ergeben. Es werden insgesamt vier Szenarien betrachtet, nachdem wir die Stresstests um ein gesondertes Szenario für das operationelle Risiko erweitert haben. Zum einen wird ein risikoartenübergreifendes Szenario und zum anderen werden drei Szenarien zu den derzeit größten Risiken der Kreissparkasse Ludwigsburg durchgeführt:

- Schwere Rezession: Auswirkungen auf Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelles Risiko
- Zinsrisiko: Betrachtung der Auswirkung verschiedener Zinsszenarien auf die Zinsspanne und die Entwicklung des Depot A
- Liquiditätsrisiko: Massiver Abzug von Einlagen bei gleichzeitiger Einschränkung der Refinanzierungsmöglichkeiten auf dem Interbankenmarkt
- Operationelles Risiko: Durchführung einer Sensitivitätsanalyse durch Variierung verschiedener Risikoparameter sowie einer Szenarioanalyse auf Basis von Fällen aus der fokussierten Risikolandkarte

Die Risikotragfähigkeit war in allen untersuchten Szenarien gegeben.

Darüber hinaus führt die Sparkasse jährlich einen sogenannten „inversen Stresstest“ durch. Ziel ist es, durch rekursives Vorgehen die Risikofaktoren und Parameterveränderungen zu ermitteln, die eine Nichtfortführung des Geschäftsmodells herbeiführen.

Ein anlassbezogener Stresstest ist insbesondere dann durchzuführen, wenn sich die der Geschäftsstrategie zu Grunde liegenden Einflussfaktoren deutlich verändern.

Risikostrategie

Beim Umgang mit unseren Geschäftsrisiken verfolgen wir auf Basis der Risikotragfähigkeit eine Risikostrategie, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist:

- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Risiken und für die Umsetzung der Risikostrategie und achtet dabei auf das risikobewusste Verhalten aller Mitarbeiter.
- Gewährleistung der Risikotragfähigkeit
- Die Risikostrategie berücksichtigt die in der Geschäftsstrategie niedergelegten Ziele und Planungen der wesentlichen Geschäftsaktivitäten und die Risiken der wesentlichen Auslagerungen. Sie umfasst auch die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie bestehende Risiko- und Ertragskonzentrationen.
- Mit Hilfe installierter Risikolimits und effizienter Kontrollsysteme soll der Ertrag sichergestellt und das Vermögen geschützt werden. Durch die Festlegung von Risikotoleranzen wurde bestimmt, zu welchen Bedingungen die Sparkasse bereit ist, Risiken einzugehen.
- Es sollen nur Risiken mit einem für uns günstigen Verhältnis von Risiko zu Ertrag eingegangen werden. Risiken mit ungünstiger Relation sollen im Einzelnen sowie in ihrer aggregierten Form vermieden, vermindert oder kompensiert werden. Die eingesetzten Kontrolleinheiten haben dies zu überwachen.
- Die Risikostrategie wird jährlich überprüft und, soweit erforderlich, angepasst.

3.2.3.3.2 Überwachung und Steuerung der Risikoarten

Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken verstehen wir die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen vertraglich zugesagte Leistungen durch die Geschäftspartner teilweise oder vollständig ausfallen.

Kundenkreditgeschäft

Die Steuerung des Kundenkreditgeschäfts geschieht unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der einzelnen Engagements. In der Kreditrisikostategie wird die Risikoneigung differenziert nach Größenklassen, Kundengruppen, Branchen, Besicherungsquoten und Bonitätsverteilungen definiert. Das Kreditportfolio verteilt sich gleichmäßig auf Unternehmen/Selbstständige und Privatpersonen. Eine Analyse des Kreditportfolios auf Ebene der in den Branchen enthaltenen Wirtschaftszweige zeigt, dass die Portfolios auf dieser Ebene hinreichend diversifiziert sind. Der Vorstand räumt der Risikobegrenzung im Kundenkreditgeschäft einen hohen Stellenwert ein. Der Begrenzung wird dadurch Rechnung getragen, dass bei Engagements unverändert die Qualität, das heißt ein möglichst risikoarmes Kreditgeschäft, im Vordergrund steht. Für die Übernahme bedeutender Risiken ist die Zustimmung des Kreditausschusses erforderlich.

Zentrale Bedeutung für die kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken hat die Bonitätsbeurteilung. Im Rahmen des Risikosteuerungs- und -controllingsystems setzen wir zur Beurteilung der Kreditrisiken in Abhängigkeit von den einzelnen Kundensegmenten verschiedene Risikoklassifizierungsverfahren ein. Das Rating-/Scoringkonzept umfasst grundsätzlich alle gewerblichen und privaten Kunden.

Zur Beurteilung der Kreditnehmerbonität setzen wir von der Sparkassenorganisation angebotene Systeme (zum Beispiel Scoring- und Ratingsysteme, EBIL zur Einzelbilanzanalyse) ein. Die Bonitätsbeurteilung erfolgt durch erfahrene Kreditanalysten unter Einbeziehung der Kundenbetreuer. Entscheidend für die Bonitätseinstufung sind die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und die daraus ermittelte Zahlungsfähigkeit.

Wir verfügen über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, zu steuern, zu bewerten und im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen. Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob sich die Risikolage verändert hat und Risikovorsorgebedarf entstanden ist. Sobald uns Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen, erfolgt eine außerordentliche Überprüfung. Ob im Einzelfall eine Risikovorsorge zu bilden ist, orientiert sich an der Ausfallgefahr der Forderung. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Die Höhe der Risikovorsorge ist darüber hinaus abhängig von den Sicherheiten, deren Bewertung nach den „Grundsätzen für die Bewertung von Sicherheiten“ (BeSi), der Beleihungswertermittlungsverordnung (BelWertV) beziehungsweise dem IDW-Ansatz erfolgt. Die Wertberichtigungen, Rückstellungen und Direktabschreibungen werden per Antrag kompetenzgerecht entschieden. Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Angemessenheit und gegebenenfalls daraus resultierende Anpassungen. Bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers, die eine Kapitaldienstfähigkeit erkennen lassen, oder bei einer zwei-felsfreien Kreditrückführung aus vorhandenen Sicherheiten erfolgt eine Auflösung der Risikovorsorge. Die Erfassung, Fortschreibung und Auflösung der Risikovorsorge erfolgt in einem zentralen System in der Abteilung Marktfolge Kredit und der Rechtsabteilung. In den Arbeitsanweisungen sind die Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorgen geregelt. Ergänzend werden die Risiken aus dem Mengenkreditgeschäft über eine pauschale Mengen-Einzelwertberichtigung abgeschirmt. Für latente Aus-

fallrisiken bilden wir Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Zusätzlich wird eine regelmäßige Analyse, Bewertung und Steuerung des Kreditportfolios durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling mit Hilfe des Modells "Credit Portfolio View" durchgeführt, das sich derzeit noch im Testbetrieb befindet. Das Risikomaß ist der Value-at-Risk. Hierbei werden neben Kreditportfoliodaten auch übergreifende Parameter wie Migrationsmatrix, Ausfallzeitreihen sowie Einbringungs- und Verwertungsquoten berücksichtigt.

Handelsgeschäfte

Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften werden durch die sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner und unter Berücksichtigung externer Ratings nach den Regeln der Kreditwürdigkeitsprüfung sowie durch Volumenslimite je Partner begrenzt. Die Auslastung der Limite wird durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling täglich berechnet und deren Einhaltung überwacht.

Berichterstattung

Der Vorstand wird vierteljährlich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling über die Entwicklung des Kreditportfolios informiert. Er beinhaltet zumindest folgende Darstellungen und gegebenenfalls erforderliche Kommentierungen:

- Portfoliozusammensetzung nach Bonitätsklassen beziehungsweise Ratingkennziffern, Kundengruppen, Branchen, Größenklassen, risikobehaftetem Volumen und weiteren Kennziffern
- Risikokonzentrationen
- Limitauslastung
- Bedeutende Limitüberschreitungen und deren Gründe
- Entwicklung der Risikovorsorge
- Wesentliche Kreditentscheidungen, sowie sie von unserer Risikostrategie abweichen oder vom Vorstand im Rahmen seiner Krediteinzelkompetenz bei abweichenden Voten entschieden wurden

Der Adressenausfallrisikobericht bildet mit den anderen eingesetzten Systemen die Basis unserer Kreditentscheidungsprozesse und ermöglicht uns, das Risikoportfolio zu bewerten und zu steuern. Hierzu dienen auch die über das interne Rating ermittelten Risikoprämien der risikoadjustierten Konditionsgestaltung.

Beteiligungen

Die Gefahr eines finanziellen Verlustes aufgrund von Wertminderungen des Beteiligungsportfolios wird als Beteiligungsrisiko bezeichnet. Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlagen. Darüber hinaus können zusätzliche Haftungsrisiken nicht ausgeschlossen werden.

Unsere Verbundbeteiligungen werden zur Förderung des Sparkassenwesens und zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags gehalten. Sie dienen vor allem der Stärkung des Zusammenhalts der Sparkassen-Finanzgruppe sowie dem Ausbau der Vertriebskanäle für die unterschiedlichen Produkte der Verbundmitglieder und sollen unseren Geschäftsbetrieb langfristig unterstützen. Sie dienen somit einem langfristigen strategischen Zweck. Teilweise werden die Beteiligungen auch indirekt über den SVBW gehalten. Daneben bestehen weitere Beteiligungen, diese sind jedoch von untergeordneter Bedeutung.

In der Geschäfts- und Risikostrategie hat die Sparkasse die Ziele für die Beteiligungen festgelegt. Die Beteiligungsrisiken werden angemessen in das Risikotragfähigkeitskonzept der Sparkasse einbezogen. Das Beteiligungscontrolling erfolgt für die Verbundbeteiligungen im

Wesentlichen durch den SVBW und für die sonstigen Beteiligungen durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling. Das Beteiligungsrisiko wird anhand von Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie anhand von Szenarien ermittelt. Die Methoden der Risikoermittlung werden regelmäßig überprüft und weiterentwickelt. Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die Sparkasse ausreichend über die Situation bei den einzelnen Beteiligungsunternehmen unterrichtet ist.

Die Sparkasse ist Mitglied des SVBW, der sich, wie in Abschnitt 1 Rahmenbedingungen dargestellt, an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital beteiligt und eine Rückgarantie aus einer Risikoimmunisierungsaktion für die LBBW übernommen hat. Als Mitglied sind wir verpflichtet, über Umlagen den nicht anderweitig gedeckten Verbandsaufwand entsprechend dem maßgeblichen Umlageschlüssel abzudecken. Dies gilt auch für den Fall, dass die erwarteten Erträge die aus den im Rahmen dieser Konstruktionen möglicherweise entstehenden Aufwendungen nicht abdecken. Auch unter Berücksichtigung des Gesamtkreditengagements besteht insoweit eine Risikokonzentration bezüglich der Adresse LBBW. Auf Basis der uns derzeit vorliegenden Informationen ist ein akutes Risiko der Inanspruchnahme aus diesen Verpflichtungen über die Verbandsumlage nicht erkennbar. Eine abschließende Beurteilung ist erst mit Vorlage des Jahresabschlussberichts der LBBW möglich.

Zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch die S-Finanzgruppe haben wir uns über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. (DSGV) an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbsgesellschaft) als Kommanditistin unterbeteiligt. In diesem Zusammenhang besteht ein Aufwendungsersatzanspruch des DSGV gegenüber den Unterbeteiligten für den Fall, dass die über die Erwerbsgesellschaft auszuschüttenden Dividenden der LBBH die laufenden Aufwendungen (im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung) nicht abdecken. Für das Geschäftsjahr 2011/2012 der Erwerbsgesellschaft war die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich.

Insgesamt betrachtet konzentriert sich das Beteiligungsrisiko der Sparkasse derzeit vor allem auf die großen Verbundbeteiligungen.

Die Adressenausfallrisiken bewegten sich im vergangenen Jahr jederzeit im Rahmen des vom Vorstand festgelegten Limitsystems. Zum Bilanzstichtag betrug der Buch- und Zeitwert unserer Engagements in den sogenannten Euro-Peripherie-Staaten 145 Mio. €. Der weit überwiegende Teil betrifft Unternehmensanleihen. Zudem sind in diesem Betrag Finanzierungsgesellschaften enthalten, deren Verbindlichkeiten von den Mutterunternehmen mit Sitz in anderen Staaten garantiert werden. Vor dem Hintergrund der sich aus den Bonitätsbeurteilungssystemen ergebenden Erkenntnisse stufen wir die Entwicklung der Risikolage aus dem Kreditgeschäft als zufriedenstellend ein. Dennoch sind weitere Risiken für die künftige Entwicklung im Kreditgeschäft nicht auszuschließen. Wir werden diesen Risiken durch eine risikoorientierte Kreditvergabepolitik begegnen.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus den Veränderungen der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen der Zinssätze und Kurse sowie aus den hieraus resultierenden Preisänderungen der Derivate ergeben. Marktpreisrisiken werden gesteuert mit dem Ziel, Ertragschancen wahrzunehmen, ohne die finanziellen Ressourcen unangemessen zu belasten. Zur Begrenzung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts Limite festgelegt.

Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften des Handels- und Anlagebuches

Für die Handelsgeschäfte werden die Marktpreisrisiken täglich auf Basis aktueller Marktpreise und möglicher Marktpreisveränderungen (Verlustpotenziale) ermittelt. Dabei werden ab 2013 die Verlustpotenziale mittels Value-at-Risk-Konzept, dem der Varianz-Kovarianz-Ansatz auf Basis einer Haltedauer von 30 Tagen (bisher 20 Tage), einem Konfidenzniveau von 99 % und ein historischer Betrachtungszeitraum von 250 Tagen zugrunde liegt, gemessen und über-

wacht. Die Verlustrisiken aus den einzelnen Portfolien werden zusammen mit den schwebenden Verlusten und realisierten Ergebnissen der Handelsgeschäfte auf die vom Vorstand festgelegten Limitstrukturen angerechnet. Die für außergewöhnliche Marktentwicklungen durchgeführten Worst-Case-Szenarien (Haltedauer 40 Tage (bisher 30 Tage), Konfidenzniveau 99,9 %) zeigen, dass wir jederzeit die Risiken tragen können.

Nachfolgende Übersicht zeigt den Value-at-Risk im Vergleich zum Vorjahr:

in Mio. EUR	2012			2011
	VaR Minimum	VaR Maximum	VaR 31.12.2012	VaR 31.12.2011
Marktpreisrisiken	55,3	94,5	75,1	39,7

Über die Marktpreisrisiken wird der Vorstand börsentäglich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling informiert. Dabei werden dem Vorstand folgende Daten beziehungsweise Unterlagen als **Risikoinformationen** mittels des Risikoreportings zur Verfügung gestellt:

- Kommentierung der allgemeinen Marktentwicklung sowie der Auswirkungen aus GuV- und Barwert-Sicht
- Übersicht Bankbuch
- Ergebnisse aus Handelsbuchgeschäften
- Limitauslastung

Die Marktpreisrisiken bewegten sich in 2012 jederzeit innerhalb des Rahmens des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Wir gehen von einer zufriedenstellenden Risikosituation aus. Aufgrund der teilweise immer noch vorhandenen Auswirkungen der Finanzmarktkrise sowie Unsicherheiten an den Märkten hinsichtlich der Auswirkungen der Staatsverschuldung im Euroraum sind Risiken hinsichtlich eines Bewertungsbedarfs bei den Eigenanlagen nicht auszuschließen.

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken bildet die Sparkasse Micro-Hedges (Bewertungseinheiten). Hierfür werden Caps, Collars, Swaptions, Zinsswaps und Forward-Swaps eingesetzt. Ergänzend verweisen wir auf die Ausführungen zu den Bewertungseinheiten im Anhang zum Jahresabschluss. Währungsrisiken sind bei der Sparkasse nur von untergeordneter Bedeutung. Diese Marktpreisrisiken bewegen sich innerhalb des Rahmens der geschäftspolitischen Zielsetzungen.

Gesamtinstitutsbezogenes Zinsänderungsrisiko

Die Zinsänderungsrisiken ergeben sich im Zusammenhang mit Handelsgeschäften und auf Gesamtbankebene aus der Fristentransformation. Die Risiken können aus dem Ansteigen, Absinken oder Drehen der Zinsstrukturkurve resultieren.

Die periodische Ermittlung des Zinsspannenrisikos des Gesamtinstituts wird monatlich mit Hilfe des PC-Programms GuV-Planer von der Abteilung Gesamtbanksteuerung / Risikocontrolling durchgeführt.

Der Ermittlung des Zinsspannenrisikos liegen derzeit folgende Annahmen zugrunde:

- Dynamisches Verfahren: Planung des Kundengeschäfts (Aktiva und Passiva) mit einem moderaten Wachstum der Kredite und Einlagen für 2013 und 2014 (einschließlich unbefristeter Bestände)
- Planung der Bestände der eigenen Wertpapiere
- Vorzeitige Kreditrückzahlungen bzw. Kündigungen beim Zuwachssparen werden im Rahmen der Bestandsplanung berücksichtigt.

Zur Berechnung des Zinsspannenrisikos simulieren wir monatlich zumindest folgende unterschiedliche Zinsentwicklungen:

- Konstante Zinsen
- Parallelanstieg um +100 Basispunkte
- Parallelrückgang um -100 Basispunkte
- Invertierung der Zinsstrukturkurve/Worst-Case-Szenario

Zur wertorientierten Quantifizierung mittels des Risikomaßes Value-at-Risk setzt die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling die Anwendung sDIS OSPLUS ein. Dabei werden ein Konfidenzniveau von 95 % und eine Haltedauer von 30 Tagen zugrunde gelegt. Der monatlichen Ermittlung des barwertigen Zinsänderungsrisikos liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Bei unbefristeten Einlagen werden die Cashflows über gleitende Durchschnitte gebildet.
- Vorzeitige Verfügungen (statistische Ausüßer) beim Zuwachssparen werden berücksichtigt.
- Vorzeitige Kreditrückzahlungen werden derzeit nicht im Cashflow berücksichtigt.

Nachfolgende Übersicht zeigt den Value-at-Risk im Vergleich zum Vorjahr:

	2012			2011
in % des Barwertes	VaR Minimum	VaR Maximum	VaR 31.12.2012	VaR 31.12.2011
Zinsänderungsrisiko	3,71 %	4,84 %	4,44 %	3,32 %

Darüber hinaus wird mit Hilfe dieses Instruments die risikoadjustierte Performancekennziffer RORAC (Return on Risk Adjusted Capital) monatlich ermittelt, bei der die Mehrperformance in Relation zum Risiko des Portfolios gesetzt wird. Die RORAC-Kennziffer betrug zum Jahresende 2012 11,03 % (Vorjahr: 11,73 %).

Der Zinsrisikokoeffizient gemäß § 25a Abs. 1 Satz 7 KWG in Verbindung mit dem BaFin-Rundschreiben 11/2011 (Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung um +/- 200 Basispunkte) belief sich am 31. Dezember 2012 auf 38,5 % und zeigt, dass die KSK Ludwigsburg ein erhöhtes Zinsänderungsrisiko aufweist, das aufgrund der Risikotragfähigkeit vertretbar ist.

Der Vorstand wird monatlich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling über das Zinsspannenrisiko, die Ergebnisse der Szenarioanalysen sowie die Entwicklung des barwertigen Zinsänderungsrisikos (einschließlich des Zinsrisikokoeffizienten der BaFin) informiert.

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung werden zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken neben bilanzwirksamen Instrumenten auch derivative Finanzinstrumente in Form von Renten-futures, Zinsswaps, Swaptions sowie Forward Rate Agreements eingesetzt. Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung. Offene Fremdwährungspositionen wurden grundsätzlich durch gegenläufige Geschäfte abgesichert.

Das Zinsspannenrisiko bewegte sich in 2012 jederzeit innerhalb des Rahmens des vom Vorstand vorgegebenen Limits.

Risiken bestehen aus unserer Sicht in erster Linie in steigenden Marktzinsen, die aufgrund des Festzinsüberhangs bei den Aktiva eine Verringerung des Zinsüberschusses zur Folge haben könnten, sowie in einer Verringerung des Fristentransformationsbeitrags, der maßgeblich von der Zinsentwicklung an den Kapitalmärkten beeinflusst wird.

Liquiditätsrisiken

Den Risiken, unseren Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen zu können, sowie der Gefahr, im Falle unzureichender Marktliquidität in einzelnen Produkten nicht oder nicht zu erwartenden Konditionen kontrahieren zu können, wird ebenfalls im Rahmen des Risikosteuerungs- und -controllingsystems entgegengewirkt. Dem Liquiditätsrisiko wird durch eine ausreichende Liquiditätsvorsorge und eine verantwortungsvolle Strukturierung der Aktiva und Passiva vorgebeugt. Der Liquiditätsstatus wird zum Zwecke der Disposition täglich ermittelt.

Zur Messung und Limitierung der Liquidität orientieren wir uns darüber hinaus an den Anforderungen der Liquiditätsverordnung. Über die Liquiditätssituation sowie über Szenariorechnungen (einschließlich Worst-Case-Szenarien) erstattet die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling dem Vorstand vierteljährlich Bericht. Wir verfügen - wie es auch die Liquiditätskennzahl im Abschnitt Finanzlage zeigt - insgesamt über eine gute Liquiditätsposition.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken verstehen wir die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten können. Für den adäquaten Umgang mit operationellen Risiken ist der Vorstand verantwortlich, dem in diesem Zusammenhang die Aufgabe der Festlegung, der regelmäßigen Überprüfung und der Sicherstellung der Rahmenbedingungen im Umgang mit operationellen Risiken zufällt.

Die operationellen Risiken werden jährlich identifiziert und dokumentiert. Zu den installierten Regelungen beziehungsweise Verfahren zum Management der operationellen Risiken zählen insbesondere das interne Kontrollsystem, die schriftlich fixierte Ordnung für die Aufbauorganisation und die wesentlichen Arbeitsabläufe, der Einsatz von qualifiziertem Personal sowie die ständige Weiterentwicklung der Methoden und die Verbesserung der technischen Abläufe. Betriebsrisiken aus dem IT-Bereich, aus Organisations- und Bearbeitungsfehlern werden durch Vereinbarungen mit einem externen Rechenzentrum, Notfallkonzepte, zunehmende Automatisierung und ständige Kontrollen durch qualifizierte Mitarbeiter gemindert und zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher Standardverträge reduziert.

Wir setzen das vom DSGVO entwickelte Instrument „fokussierte Risikolandkarte“ ein. Die „fokussierte Risikolandkarte“ dient neben der Identifikation operationeller Risiken zur szenario-bezogenen Analyse von risikorelevanten Verlustpotenzialen (ex-ante-Betrachtung). Darüber hinaus besteht für bedeutende Schadensfälle ein Verfahren, das sicherstellt, dass diese Schäden an die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling gemeldet und dort analysiert sowie gegebenenfalls Maßnahmen eingeleitet werden. In der „Schadensfalldatenbank“ werden tatsächlich eingetretene Schäden aus operationellen Risiken ab einem Betrag von 1,0 TEUR erfasst (ex-post-Betrachtung).

Risikoinformationen werden dem Vorstand mittels des vierteljährlichen Risikoberichts durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling in folgendem Umfang zur Verfügung gestellt:

- Aufgetretene bedeutende Schadensfälle (Art, Ausmaß und Ursache)
- Im Rahmen der Risikolandkarte ermittelte Risiken (jährlich)
- Gegebenenfalls getroffene Maßnahmen

Auf Basis der in der Vergangenheit eingetretenen bedeutenden Schadensfälle, der Ergebnisse der „fokussierten Risikolandkarte“ und unserer Maßnahmen beurteilen wir die Risikolage als zufriedenstellend. Insbesondere aufgrund von Rechtsunsicherheiten ist eine Verschlechterung der Risikolage jedoch nicht auszuschließen.

Zusammenfassende Risikobeurteilung

Unser Haus verfügt über ein hinreichendes, dem Umfang der Geschäftstätigkeit angemessenes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikosteuerungs- und -controllingsystem können frühzeitig die Risiken identifiziert, Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet und Risiken gesteuert werden. 2012 bewegten sich die Risiken jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Die Risikotragfähigkeit war und ist derzeit entsprechend der Risikotragfähigkeitsanalysen in allen Szenarien gegeben, die Risikolage insgesamt als vergleichsweise günstig einzustufen. Auch in der periodischen Sichtweise ab dem zweiten Quartal des Jahres durchgeführte Risikotragfähigkeitsrechnung für das Folgejahr lässt auf keine Beeinträchtigungen in der Risikotragfähigkeit schließen. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außer-gewöhnliche Ereignisse/Marktentwicklungen durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können. Aufgrund der ausgereichten Kredite/Beteiligungen im Sparkassenverbund bestehen Risikokonzentrationen, deren reines Adressenausfallrisiko wir allerdings als vertretbar einschätzen. Eine weitere Risikokonzentration resultiert aus der hohen IT-Abhängigkeit von der Finanz Informatik. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind auf Basis der Risikoinventur jedoch nicht erkennbar. Wir sehen uns durch das bestehende Risikomanagement sowohl für das bestehende Geschäft als auch für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet.

3.2.3.4 Prognosebericht

Strategische Schwerpunkte

Unser Ziel als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut ist die dauerhafte Erfüllung des öffentlichen Auftrags beziehungsweise die durch ihn zugewiesenen Aufgaben im Rahmen gesellschafts-, wirtschafts- und kreditpolitischer Ziele. Basis hierfür ist neben einer langfristigen Existenzsicherung auch das Ziel der Beibehaltung unserer starken Marktstellung in unserem Geschäftsgebiet. Nur eine angemessene Ertragskraft gewährleistet, dass wir den finanziellen Spielraum für die zukünftige Geschäftsentwicklung haben. Unser Ziel ist deshalb eine kontinuierliche Steigerung der Ertragskraft auf Basis einer die rechtlichen Anforderungen erfüllenden Kapitalbasis. Dies fördern wir unter anderem durch Zielvereinbarungen mit Führungskräften und Mitarbeitern. Durch den effizienten Einsatz von vorhandenen Ressourcen, die kontinuierliche Verbesserung unserer Prozesse und mehr Verantwortung durch Teamarbeit erreichen wir die erforderliche Produktivität. Und als Motor und entscheidende Größe im Wertschöpfungsprozess wollen wir das Wissen und die Erfahrungen unserer Mitarbeiter an allen unseren Standorten künftig noch zielgerichteter erschließen und weiterentwickeln. Unsere Mitarbeiter beteiligen sich unter anderem im Rahmen des innerbetrieblichen Vorschlagswesens an der Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten im gesamten Prozess- und Produktbereich.

Unsicherheit, ein Element jeder Prognose

Die Prognosen beziehen sich auf unsere Entwicklung für die nächsten zwei Jahre. Sie stellen unsere Einschätzung der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind beziehungsweise sich durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, weisen wir darauf hin, dass die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten abweichen können, sofern die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen. Eine verlässliche Prognose ist besonders schwierig, da Unwägbarkeiten aus der nach wie vor ungelösten Staatsschuldenkrise im Euro-Raum bestehen, die weiterhin mit großen Schwankungen an den Finanzmärkten einhergehen dürfte und nun auch die Konjunkturentwicklung bedroht. Darüber hinaus wird die Rentabilität der Bankenbranche nachhaltig durch die steigende Regulierung belastet (Basel III, Bankenabgabe, Einlagensicherung, etc.).

Erwarteter Geschäftsverlauf 2013 und 2014

Internationale Einflussfaktoren wie die Euro-Schuldenkrise bzw. eine allgemein nur schwach wachsende Weltwirtschaft haben die konjunkturellen Aussichten für Deutschland eingetrübt. Die solide Grundkonstruktion der deutschen Wirtschaft könnte jedoch dafür sorgen, dass die Schwächephase nur vorübergehend ist und insbesondere am Arbeitsmarkt ohne größere Auswirkungen bleibt. Das Wirtschaftswachstum könnte nach nur geringem Wachstum von ca. 0,4 % im Jahr 2013 auf 1,9 % im Jahr 2014 steigen. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche und der Schuldenkrise in einigen Ländern in Europa wird eine Zunahme der Ausfuhren insbesondere von der erwarteten Erholung der Weltwirtschaft und damit der Exporte in Drittländer abhängen. Da unser Geschäftsgebiet viele Unternehmen mit Exportorientierung aufweist, sollte, bei allen Unsicherheiten, die konjunkturelle Entwicklung auch im Landkreis Ludwigsburg positiv sein. Damit dürfte sich die hohe Beschäftigung am Arbeitsmarkt fortsetzen.

Wir sehen uns den Herausforderungen eines dynamischen Wettbewerbsumfeldes gegenüber. Hierzu zählen ein sich weiter verstärkender Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten und die steigenden Ansprüche unserer Kundschaft. Bereits heute verfügen wir über ein breites Angebot anerkannter Finanzprodukte mit einer hohen regionalen Marktabdeckung. Chancen wollen wir vor allem dadurch nutzen, dass wir künftig einzelne Geschäftsfelder mit zusätzlichen Produkten ausbauen. Dies gilt insbesondere für Geschäftsfelder, in denen wir bislang noch unterrepräsentiert sind. So zielt unsere Produktpolitik darauf ab, in allen wirtschaftlich sinnvollen Marktsegmenten angemessen vertreten zu sein.

Für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 erwarten wir ein zum Jahr 2012 vergleichbares Wachstum der Bilanzsumme. Abgeleitet aus der konjunkturellen Entwicklung rechnen wir sowohl im gewerblichen Kreditgeschäft als auch im Kreditgeschäft mit Privatpersonen mit einem Wachstum. Bei den Privathaushalten wird weiterhin das Baufinanzierungsgeschäft im Vordergrund stehen, das durch das weiterhin niedrige Zinsniveau und die vorhandene Unsicherheit hinsichtlich alternativer Kapitalanlagen im Prognosezeitraum begünstigt wird. Bezüglich des Mitelaufkommens von Kunden gehen wir aufgrund des erwarteten Anstiegs der verfügbaren Einkommen ebenfalls von einem Wachstum aus.

Die Entwicklung des Zinssatzes hat den größten Einfluss auf die Höhe unseres Zinsüberschusses. Eine positive Zinsentwicklung wirkt sich in verschiedenen Bereichen aus. Steigende Zinsen erhöhen grundsätzlich unsere Refinanzierungs- und Kapitaldienstkosten, bieten aber im Rahmen von Zinsanpassungen die Chance der Margenausweitung. Differenziert wirkt sich ein steigender Zins auf das Kundenverhalten aus. Aufgrund einer höheren Grundverzinsung wird unsere Einlagenseite für den Kunden interessanter, das Kreditgeschäft wird durch die Verteuerung belastet. Sinkende Zinsen wirken in umgekehrter Richtung. Wir erwarten für 2013, dass die Europäische Zentralbank ihre extrem expansive Geldpolitik fortführen wird. Das Zinsniveau dürfte weiterhin auf einem im langjährigen Vergleich niedrigem Niveau liegen. Der Zinsüberschuss dürfte somit unter dem Wert von 2012 liegen, auch da die Zinsspanne in der Kreditwirtschaft durch den starken Wettbewerb im Landkreis weiter unter Druck bleiben wird. Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität dürfte, insbesondere aufgrund von Kapitalmaßnahmen im Rahmen der Basel III-Umsetzung, in den nächsten beiden Jahren deutlich unter dem Wert des Jahres 2012 liegen. Die Cost-Income-Ratio dürfte in den Jahren 2013 und 2014 ansteigen.

Aufgrund der Eurokrise waren die Finanzmärkte starken Schwankungen unterworfen. Insbesondere im zweiten Halbjahr konnten an den Börsen deutliche Kursgewinne erzielt werden. Maßgeblich für die deutliche Stimmungsverbesserung im Spätsommer war die Ankündigung der Europäischen Zentralbank, Staatsanleihen von europäischen Krisenländern in unbegrenztem Umfang zu kaufen. Das voraussichtlich weiterhin niedrige Zinsniveau dürfte 2013 Aktienanlagen strukturell begünstigen. Sollte sich das konjunkturelle Umfeld aufhellen könnten auch die Kurse weiter steigen.

Eine positive Entwicklung an der Börse bedeutet für uns, dass steigende Kurse die Chancen beinhalten, im Kundengeschäft auf höhere Transaktionsumsätze und zu einem erhöhten Depotvolumen zu kommen. Wesentlichen Einfluss dabei hat die Volatilität der Börsen beziehungsweise der Einzeltitel, denn eine hohe Volatilität führt regelmäßig zu einer ansteigenden

Handelsaktivität, während eine Seitwärtsbewegung der Leitindizes aufgrund der verhaltenen Kurschancen das Kundeninteresse reduziert. Darüber hinaus fördert ein positives Marktumfeld die Attraktivität der Anlagen, einen Mittelzufluss bei unseren Kunden und eine konstante Wertentwicklung unserer eigenen Bestände.

Wir erwarten für 2013 und 2014 weiterhin nur geringe Erträge aus den Verbundbeteiligungen und haben dies in unserer Ertragsprognose berücksichtigt. Weitere Abschreibungen auf unsere Beteiligungen sowie eine Inanspruchnahme aus unserer Garantie, die wir im Rahmen der Stützung der LBBW für ein definiertes Wertpapierportfolio des Instituts abgegeben haben, sind nicht auszuschließen.

Wir erwarten, dass neben den Margen auch die Preise im Dienstleistungsgeschäft auf aktuellem Niveau bleiben werden. Durch die Intensivierung unserer Produkt- und Dienstleistungspalette werden sich Chancen bieten: für unser Kerngeschäft, das Angebot vollumfassender Bankdienstleistungen und für unseren aktiven Vertrieb. Ein Ziel hierbei ist die Zufriedenheit unserer Kunden zu steigern, um sie stärker an die Sparkasse zu binden, sowie gezielt neue Kunden zu erobern, denn ein kontinuierliches Kundenwachstum, unter bewusstem Eingehen von Risiken, ist eine wesentliche Grundlage für die Ausweitung unseres geschäftlichen Erfolgs. Aufgrund der Unsicherheiten an den Märkten erwarten wir lediglich unveränderte Ergebnisbeiträge aus dem bilanzneutralen Wertpapiergeschäft. Dagegen sehen wir vor allem aus dem weiteren Ausbau der Verbund- und Vermittlungsgeschäfte die Möglichkeit zu einer Verbreiterung der Ertragsbasis. Da wir auch weiterhin bei beratungsintensiven Dienstleistungen und im Produktvertrieb verstärkt Akzente setzen wollen, sollte es möglich sein, das Provisionsergebnis in den Jahren 2013 und 2014 zumindest auf dem guten Niveau des abgelaufenen Jahres zu stabilisieren.

Durch ein konsequentes Kostenmanagement wird die Sparkasse versuchen, den prognostizierten Anstieg im ordentlichen Aufwand in engen Grenzen zu halten. Auch künftig planen wir Investitionen in zukunftsweisende Informationstechnologien und Produkte als Voraussetzung für den Ausbau der Marktanteile. Um die Kundenbindung weiter zu intensivieren und die partnerschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe zu fördern, bedarf es geeigneter technischer Lösungen, die eine unternehmensübergreifende Anbindung von Geschäftsprozessen ermöglichen und eine ganzheitliche Sicht auf den Kunden gewähren, damit wir künftig in der Lage sind, mit unseren Partnern "Finanzprodukte aus einer Hand" anzubieten. Die durchgängige Integration medialer Vertriebskanäle wie Call Center oder Internet auf der einen Seite und des stationären Vertriebs in der Filiale auf der anderen Seite hilft uns, unsere Kunden bedarfsgerecht zu beraten und zielgerichtet ansprechen zu können. Über unseren Anschluss an die bundesweit tätige Finanz Informatik sind wir für diese Herausforderungen gerüstet.

Auch für 2013 planen wir, Teile unseres Zweigstellennetzes grundlegend zu renovieren, um den zwischenzeitlich stark gestiegenen Kundenbedürfnissen Rechnung zu tragen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der Konjunkturentwicklung auch durch die regionale Wirtschaftsentwicklung nachhaltig beeinflusst. Aufgrund der vergleichsweise guten Prognosen für den Landkreis Ludwigsburg erwarten wir im Bereich der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft in den kommenden Geschäftsjahren keine überdurchschnittlichen Belastungen. Die Gefahr sich erhöhender Abschreibungen auf den Wertpapierbestand ist abhängig von der Marktentwicklung. Wir werden daher im Rahmen unserer Strategie die Entwicklung beobachten und die Risiken gegebenenfalls durch Maßnahmen begrenzen. Bedingt durch die Unsicherheiten hinsichtlich möglicher Schwankungen der Marktzinsen/Spreads ist eine deutliche Belastung durch das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft nicht auszuschließen.

Im Hinblick auf die erhöhten Anforderungen an Qualität und Quantität der Eigenkapitalausstattung im Rahmen von Basel III erwarten wir keine Gefährdung unserer Solvabilität.

Für das laufende sowie das folgende Geschäftsjahr erwarten wir eine Geschäftsentwicklung mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung unter dem Niveau des Vorjahres. Wir können das notwendige Kernkapital weiterhin selbst erwirtschaften.

Die notwendige Ausstattung mit haftendem Eigenkapital wird weiterhin sichergestellt sein. Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft jederzeit gewährleistet ist.

Ludwigsburg, den 19. März 2013

Der Vorstand

3.2.3.5 Jahresbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Aktivseite		Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012			
		EUR	EUR	EUR	31.12.2011 TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand		34.211.612,32			29.687
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		104.640.603,01			110.482
			138.852.215,33		140.169
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00			0
b) Wechsel		0,00			0
			0,00		0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig		20.465.461,46			13.879
b) andere Forderungen		1.040.403.133,92			1.429.603
			1.060.868.595,38		1.443.482
4. Forderungen an Kunden			4.825.340.214,00		4.520.382
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	2.135.612.242,14 EUR				(2.083.625)
Kommunalkredite	369.229.390,74 EUR				(349.230)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR				(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00			0
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR				(0)
			0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		318.588.071,95			113.172
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	318.588.071,95 EUR				(113.172)
bb) von anderen Emittenten		1.676.331.027,61			1.800.459
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.644.223.233,52 EUR				(1.800.459)
			1.994.919.099,56		1.913.632
c) eigene Schuldverschreibungen			12.942.605,11		10.207
Nennbetrag	12.738.000,00 EUR				(10.027)
			2.007.861.704,67		1.923.838
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			1.236.671.277,53		1.160.237
6a. Handelsbestand			1.219.829,52		2.993
7. Beteiligungen			105.104.078,13		104.815
darunter:					
an Kreditinstituten	15.631.079,52 EUR				(15.631)
an Finanzdienstleistungsinstituten	500.000,00 EUR				(500)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			9.627.822,97		7.513
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00 EUR				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR				(0)
9. Treuhandvermögen			5.037.771,22		4.181
darunter:					
Treuhandkredite	5.037.771,22 EUR				(4.181)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00			0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		273.115,00			392
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00			0
d) geleistete Anzahlungen		0,00			0
			273.115,00		392
12. Sachanlagen			120.763.901,67		118.943
13. Sonstige Vermögensgegenstände			28.917.428,87		9.036
14. Rechnungsabgrenzungsposten			4.834.692,52		5.972
			Summe der Aktiva	9.545.372.646,81	9.441.953

	EUR	EUR	EUR	Passivseite 31.12.2011 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		1.182.511.945,46		912.054
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.055.767.336,71		1.445.395
			2.238.279.282,17	2.357.449
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	766.269.493,98			1.002.519
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	1.175.677.853,68			1.185.211
		1.941.947.347,66		2.187.730
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	3.469.663.964,13			2.961.892
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	760.634.476,45			922.896
		4.230.298.440,58		3.884.788
			6.172.245.788,24	6.072.518
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		197.997.437,66		194.529
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00 EUR			(0)
			197.997.437,66	194.529
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			5.037.771,22	4.181
darunter:				
Treuhandkredite	5.037.771,22 EUR			(4.181)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			8.667.113,88	13.129
6. Rechnungsabgrenzungsposten			5.954.574,29	7.079
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		41.476.924,00		40.092
b) Steuerrückstellungen		19.796.564,66		15.652
c) andere Rückstellungen		46.127.746,75		44.836
			107.401.235,41	100.580
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	53
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			320.000.000,00	220.000
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 H	400.000,00 EUR			(200)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	480.935.642,36			463.696
cb) andere Rücklagen	0,00			0
		480.935.642,36		463.696
d) Bilanzgewinn		8.853.801,58		8.740
			489.789.443,94	472.436
		Summe der Passiva	9.545.372.646,81	9.441.953
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		83.227.668,31		75.985
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			83.227.668,31	75.985
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		449.619.675,00		436.758
			449.619.675,00	436.758

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012		L.-31.12.2011	
		EUR	TEUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	260.584.982,08		279.976
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	59.892.489,91		65.944
		320.477.471,99	345.920
2. Zinsaufwendungen		198.008.888,60	246.717
darunter: aus der Aufzinsung von Rü	1.414.037,77 EUR		(1.598)
		122.468.583,39	99.202
3. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		38.404.624,84	31.961
b) Beteiligungen		2.245.889,28	1.676
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		359.770,53	480
		41.010.284,65	34.116
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			544.235,45
			412
5. Provisionserträge		51.691.566,47	49.195
6. Provisionsaufwendungen		1.683.974,49	1.631
		50.007.591,98	47.564
7. Nettoertrag des Handelsbestands (Vorjahr: Nettoaufwand)			734.790,98
			179
8. Sonstige betriebliche Erträge			6.640.170,46
darunter:			
aus der Fremdwährungsumrechnung	727.421,83 EUR		(617)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			53.426,75
			67
		221.459.083,66	187.973
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	71.176.350,32		65.893
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	19.264.250,28		16.668
darunter:			
für Altersversorgung	7.018.486,08 EUR		(5.194)
		90.440.600,60	82.561
b) andere Verwaltungsaufwendungen		43.396.219,31	43.428
		133.836.819,91	125.989
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			7.317.749,64
			7.090
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			9.939.488,88
			7.961
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00	0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		83.128.863,32	119.450
		83.128.863,32	119.450
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		186.140,48	11.265
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00	0
		186.140,48	11.265
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		0,00	0
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		100.000.000,00	120.000
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		53.307.748,07	35.118
20. Außerordentliche Erträge		0,00	0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00	0
22. Außerordentliches Ergebnis		0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		35.619.616,29	17.545
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		334.330,20	334
		35.953.946,49	17.879
25. Jahresüberschuss		17.353.801,58	17.240
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		0,00	0
		17.353.801,58	17.240
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00	0
b) aus anderen Rücklagen		0,00	0
		0,00	0
		17.353.801,58	17.240
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Sicherheitsrücklage		8.500.000,00	8.500
b) in andere Rücklagen		0,00	0
		8.500.000,00	8.500
29. Bilanzgewinn			8.853.801,58
			8.740

3.2.3.6 Anhang

3.2.3.6.1 Allgemeine Angaben

Die Kreissparkasse Ludwigsburg hat ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Konsolidierung der Jahresabschlüsse unserer verbundenen Unternehmen beeinflusst die einzelnen Positionen des Konzernabschlusses gegenüber den Werten des Jahresabschlusses unseres Instituts nur unwesentlich. Wir haben daher auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichtet.

3.2.3.6.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe) haben wir zum Nennwert bilanziert. Einbehaltene Agien und Disagien bei der Auszahlung von Darlehen und Schuldscheindarlehen wurden auf deren Laufzeit beziehungsweise Festzinsbindungsdauer verteilt.

Für erkennbare Ausfallrisiken haben wir bei **Forderungen an Kunden** in Höhe des zu erwartenden Ausfalls Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Außerdem haben wir eine Pauschalwertberichtigung in Höhe des steuerlich zulässigen Betrages auf den latent gefährdeten Forderungsbestand gebildet.

Wechsel im Bestand haben wir zum Zeitwert, gekürzt um Einzelwertberichtigungen, angesetzt. Sie wurden zu effektiven Hereinnahmesätzen abgezinst.

Die **Wertpapiere** wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei einem Wertpapier war zum Bilanzstichtag kein aktiver Markt vorhanden, dem ein verlässlicher Börsen- oder Marktpreis hätte entnommen werden können. In diesem Fall haben wir den beizulegenden Wert mittels eines Modells nach der Discounted-Cash-Flow-Methode ermittelt.

Die **Finanzinstrumente des Handelsbestands** wurden gemäß § 340e Abs. 3 HGB mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Der Risikoabschlag wurde entsprechend der internen Risikosteuerung auf Portfolioebene ermittelt und vollständig bei der Aktivaposition 6a berücksichtigt. Die Berechnung erfolgte in Form eines Value at Risk (VaR) auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99%, einer Haltedauer von 20 Tagen und eines Beobachtungszeitraums von einem Jahr. Zum Bilanzstichtag betrug der so ermittelte Risikoabschlag insgesamt 10 T€.

In Übereinstimmung mit der internen Risikosteuerung haben wir die laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands in den GuV-Posten 1 und 3 ausgewiesen.

Dem Sonderposten für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) haben wir zu Lasten des GuV-Postens 18 gemäß § 340e Abs. 4 HGB einen Betrag von 200 T€ (27,22 % des Nettoergebnisses des Handelsbestands) zugeführt.

Die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand wurden im Berichtsjahr nicht geändert.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die **immateriellen Anlagewerte** und das **Sachanlagevermögen** wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen wurden bei den Sachanlagen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringem Wert (bis 150 €) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis 1.000 € beziehungsweise bis 410 € bei Software) in einen Sammelposten eingestellt und linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die in den **Sonstigen Vermögensgegenständen** enthaltenen Forderungen und Vermögenswerte wurden mit dem Niederstwert bewertet.

Verbindlichkeiten haben wir grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Der Unterschied zwischen Erfüllungs- und Ausgabebetrag wird unter den Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen. Abzinsungspapiere (Null-Kupon-Inhaberschuldverschreibungen) wurden zum Barwert bilanziert.

Die **Rückstellungen** wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und un-gewissen Verpflichtungen.

Die Pensionsrückstellungen wurden für die unmittelbaren Versorgungsverpflichtungen unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G ermittelt. Für die Abzinsung wurde der von der Deutschen Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz von 5,06 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren verwendet. Bei der Berechnung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % (Vorjahr 2,0 %) und ein Rententrend von jährlich 2,0 % (Vorjahr 1,5 %) berücksichtigt.

Für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen, die sich aus der Zusatzversorgung der Beschäftigten der Sparkasse ergeben, besteht eine in Vorjahren dotierte Rückstellung in Höhe eines Teilbetrages von 27,6 Mio. €. Hierbei erfolgte die Berechnung der nicht durch entsprechendes Vermögen der Versorgungskasse gedeckten Verpflichtungen der Sparkasse (Gesamtbetrag 66,2 Mio. €) nach einem dem Teilwertverfahren angelehnten Näherungsverfahren, welches versicherungsmathematische Grundsätze berücksichtigt. Die Ermittlung erfolgte auf Datenbasis des Vorjahresresultimos unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G und einer pauschalen Berücksichtigung des auf die Sparkasse entfallenden Anteils am gesamten Kasernenvermögen der Versorgungskasse. Gehalts- beziehungsweise Rententrends wurden bei der Berechnung vereinfacht durch Kompensation mit dem bei der Abzinsung zu verwendenden durchschnittlichen Marktzinssatz einbezogen. Der so ermittelte und zugrunde gelegte Rechnungszins betrug 3,5 % (Vorjahr 4 %).

Gemäß IDW RS BFA 3 wurde zum Bilanzstichtag auf Basis einer barwertigen Betrachtungsweise unter Berücksichtigung voraussichtlich noch anfallender Risiko- und Verwaltungskosten nachgewiesen, dass aus den zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs) kein Verpflichtungsüberschuss besteht. Somit war diesbezüglich keine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften erforderlich (**verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs)**).

Die **strukturierten Produkte** (Schuldscheinanlage bei einem Kreditinstitut mit mehrfachem Schuldnerkündigungsrecht und steigendem Zins, Schuldscheinanlage bei einem Kreditinstitut mit einmaligem Schuldnerkündigungsrecht, Schuldscheinanlage mit zunächst fester Verzinsung und anschließend variabler Verzinsung, Festzinsdarlehen mit Verlängerungsoption für den Kunden und begebene Stufenzins-IHS mit Schuldnerkündigungsrecht) wurden unter Berücksichtigung des IDW RS HFA 22 einheitlich (ohne Abspaltung der Nebenrechte) bilanziert. Das strukturierte Produkt Schwarzwald 4 haben wir unter Abspaltung der Nebenrechte bilanziert. Das übernommene Adressenausfallrisiko aus der Credit Linked Note wurde nach IDW RS

BFA 1 als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen. Für akute Ausfallrisiken wurde eine Rückstellung gebildet.

Die der Liquiditätsreserve zugeordneten **Future-Geschäfte** wurden einzeln imparitätisch bewertet. Unrealisierte Bewertungsverluste wurden durch Abschreibung der gezahlten Variation Margin aufwandswirksam erfasst.

Die zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen **Zinsswapgeschäfte, Swaptions und Forward-Swaps** wurden in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Im Kundengeschäft abgeschlossene **Caps, Collars, Swaps und Forward-Swaps** in Höhe von 157,5 Mio. € wurden mit zugeordneten Sicherungsgeschäften in Bewertungseinheiten (Mikro-Hedges) einbezogen. Die Sicherungsbeziehungen haben eine Ursprungslaufzeit von bis zu 30 Jahren. Soweit für Geschäfte wegen Adressrisiken keine Bewertungseinheit gebildet werden konnte, wurden diese einzeln bewertet.

Hierbei folgt die handelsbilanzielle Abbildung der im Risikomanagement vorgenommenen Zusammenfassung. Sind die Voraussetzungen für eine Bewertungseinheit erfüllt, bewerten wir die zugehörigen Grund- und Sicherungsgeschäfte - soweit sich die aus dem abgesicherten Risiko ergebenden Wertentwicklungen ausgleichen - kompensatorisch. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt mit der Einfrierungsmethode. Die nicht abgesicherten Bestandteile der in die Bewertungseinheit einbezogenen Geschäfte wurden einzeln imparitätisch behandelt.

Sofern die wertbestimmenden Faktoren zwischen Grund- und Sicherungsgeschäften übereinstimmen, nutzen wir zur Darstellung der prospektiven und retrospektiven Wirksamkeit die Critical-Terms-Match-Methode.

Die Wertänderungen der abgesicherten Risiken gleichen sich vollständig aus; die Grundgeschäfte werden grundsätzlich über die gesamte Laufzeit abgesichert. Das abgesicherte Zinsänderungsrisiko beläuft sich auf insgesamt 12,7 Mio. €.

Das **Währungsrisiko** wird über eine Währungsposition als Einheit gesteuert. In diese werden die einzelnen Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten, Devisentermingeschäfte, Zins-swaps in Fremdwährung und Zins-/Währungsswaps sowie Kassageschäfte eingestellt. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB wird in Höhe der sich hierbei betragsmäßig ausgleichenden Positionen je Währung angenommen. Dem Anlagevermögen zugeordnete Beteiligungen in fremder Währung und die zugehörigen Refinanzierungen wurden ebenfalls als besonders gedeckte Positionen behandelt.

Die Umrechnung der **auf fremde Währung lautenden Bilanzposten** und der am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Kassageschäfte (einschließlich Sortenbestände) erfolgte generell mit dem Kassakurs. Nicht abgewickelte Termingeschäfte wurden zu einheitlichen Kursen umgerechnet.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte wurden ebenfalls erfolgswirksam vereinnahmt. Der Ausweis der Aufwendungen und Erträge aus besonders gedeckten Positionen erfolgte saldiert im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

3.2.3.6.3 Pfandbriefgeschäft

Die Kreissparkasse Ludwigsburg hat im Geschäftsjahr 2012 weitere Pfandbriefemissionen nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) durchgeführt. Es wurden Hypothekenpfandbriefe mit einem Nominalwert von 40 Mio. € platziert.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgegliedert. Da die Sparkasse das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen haben wir nur die Posten zusätzlich untergliedert, die Pfandbriefe enthalten.

UNTERGLIEDERUNG VON POSTEN DER BILANZ SOWIE DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG AUFGRUND DES PFANDBRIEFGESCHÄFTES

	Geschäftsjahr		Vorjahr ¹
	€	€	T€
Aktiva 3 Forderungen an Kreditinstitute			
a) Hypothekendarlehen	0,00		0
b) Kommunalkredite	962.373.851,98		1.355.727
c) andere Forderungen	98.494.743,40		87.755
		1.060.868.595,38	1.443.482
darunter:			
täglich fällig		40,00	0
gegen Beleihung von Wertpapieren		0,00	0
Aktiva 4 Forderungen an Kunden			
a) Hypothekendarlehen	2.135.612.242,14		2.083.625
b) Kommunalkredite	369.229.390,74		349.230
c) andere Forderungen	2.320.498.581,12		2.087.528
		4.825.340.214,00	4.520.382
darunter:			
gegen Beleihung von Wertpapieren		0,00	0
Aktiva 14 Rechnungsabgrenzungsposten			
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	4.834.692,52		5.972
b) andere	0,00		0
		4.834.692,52	5.972
Passiva 3 Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen			
aa) Hypothekenpfandbriefe	60.640.802,08		20.100
ab) öffentliche Pfandbriefe	0,00		0
ac) sonstige Schuldverschreibungen	137.356.635,58		174.429
		197.997.437,66	194.529
Passiva 6 Rechnungsabgrenzungsposten			
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	5.065.496,89		6.087
b) andere	889.077,40		992
		5.954.574,29	7.079

1 Die Vorjahreszahlen wurden angepasst

ZUSATZANGABEN NACH § 35 RechKredV

Die im Deckungsregister aufgeführten Realdarlehen in Höhe von 79,8 Mio. € werden in der Bilanz unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekendarlehen in Höhe von 10 Mio. € finden sich in der Bilanz unter der Position Aktiva 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Die Angaben nach den Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG stellen sich wie folgt dar:

Die nachfolgend angegebenen Zahlenwerte beruhen jeweils auf kaufmännisch exakten Rundungen. Die ausgewiesenen Summen können daher von den bei Summierung der Einzelwerte sich ergebenden Ergebnissen geringfügig abweichen.

Angaben zur nominalen und barwertigen Deckung (§ 28 Nr. 1 und 3 PfandBG)

	Umlauf Pfandbriefe		Deckungsmasse		Überdeckung	
	Mio. €		Mio. €		in %	
	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11
Nennwert	60,00	20,00	89,78	34,64	49,63	73,20
Barwert	65,55	20,77	103,11	38,09	57,29	83,43
Risikobarwert ¹ (Stresstest + 250 BP)	53,22	16,73	88,63	32,95	66,53	96,96
Risikobarwert ¹ (Stresstest - 250 BP)	73,93	25,48	111,33	43,40	50,60	70,34
Sichernde Überdeckung gem. § 4 Abs. 1 PfandBG					16,96	10,17

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

1) Statisches Verfahren gemäß PfandBarwertV

Angaben zur Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Umlauf Pfandbriefe		Deckungsmasse		Überhang	
	Mio. €		Mio. €		Mio. €	
	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11
unter 1 Jahr	0,00	0,00	2,87	1,75	2,87	1,75
1 Jahr bis zu 2 Jahren	0,00	0,00	3,26	3,28	3,26	3,28
2 Jahre bis zu 3 Jahren	0,00	0,00	4,92	0,94	4,92	0,94
3 Jahre bis zu 4 Jahren	0,00	0,00	5,41	2,74	5,41	2,74
4 Jahre bis zu 5 Jahren	0,00	0,00	4,72	2,67	4,72	2,67
5 Jahre bis zu 10 Jahren	60,00	20,00	65,05	21,74	5,05	1,74
ab 10 Jahre	0,00	0,00	3,55	1,51	3,55	1,51

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

Weitere Deckungswerte (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	31.12.12		31.12.11	
nach § 19 PfandBG in Mio. €	10,00		2,00	
Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs in %	16,67		10,00	
davon in Deckungswerten gem. § 4 Abs. 1 PfandBG in %	16,67		10,00	

Zusammensetzung der Deckungsmasse (§ 28 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG)

Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen	Mio. €		Anteil am Gesamtbetrag der Deckungsmasse insgesamt ¹ in %	
	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11
nach Größenklassen				
bis einschließlich 300 T€	71,53	29,49	-	-
mehr als 300 T€ bis einschließlich 5 Mio. €	8,25	3,15	-	-
mehr als 5 Mio. €	0,00	0,00	-	-
nach Nutzungsart (I) in Deutschland				
wohnwirtschaftlich	73,93	30,53	-	-
gewerblich	5,85	2,11	-	-
nach Nutzungsart (II) in Deutschland				
Wohnungen	36,24	14,13	40,37	40,79
Einfamilienhäuser	31,27	13,77	34,83	39,75
Mehrfamilienhäuser	6,41	2,63	7,15	7,60
Bürogebäude	0,57	0,00	0,63	0,00
Handelsgebäude	0,50	0,54	0,55	1,55
Industriegebäude	1,60	1,57	1,78	4,54
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	3,18	0,00	3,54	0,00
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,00	0,00	0,00	0,00
Bauplätze	0,00	0,00	0,00	0,00

Außerhalb Deutschlands befinden sich keine Grundstückssicherheiten.

1) Darin enthalten sind 10,0 Mio. € sonstige Deckungswerte.

Übersicht über rückständige Forderungen (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG)

	Mio. €	
	31.12.12	31.12.11
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen	0,00	0,00

Weitere Angaben (§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG)

	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	Mio. €		Mio. €	
	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	0	0	0	0
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	0,00	0,00	0,00	0,00

3.2.3.6.4 Erläuterungen zur Jahresbilanz

AKTIVSEITE

31.12.2012 31.12.2011
T€ T€

FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE

In dieser Position sind enthalten:

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	218.822	494.558
darunter: Forderungen an die eigene Girozentrale	212.551	488.369

Die Unterposition b) - andere Forderungen - (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	17.911
mehr als drei Monate bis ein Jahr	117.664
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	220.000
mehr als fünf Jahre	650.000

FORDERUNGEN AN KUNDEN

In dieser Position sind enthalten:

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	212.353	208.527
Nachrangige Forderungen	1.700	3.283

Diese Position (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	111.926
mehr als drei Monate bis ein Jahr	351.603
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.128.638
mehr als fünf Jahre	2.695.499
mit unbestimmter Laufzeit	517.739

SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

In dieser Position sind enthalten:

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	308.318
Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen)	108.562	591.989

Von den in dieser Position enthaltenen Wertpapieren sind 1.994.919 T€ börsennotiert.

In Unterposition b) – Anleihen und Schuldverschreibungen – sind enthalten:

Nachrangige Forderungen	1.280	1.215
-------------------------	-------	-------

AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

In dieser Position sind enthalten:

Von den in dieser Position enthaltenen Wertpapieren sind 1.279 T€ börsennotiert.

Anteile an Investmentvermögen

An den folgenden Investmentvermögen halten wir mehr als 10 % der Anteile:

Anlageziel Bezeichnung des Investmentvermögens	Marktwert T€	Buchwert T€	Ausschüttungen im Geschäftsjahr T€	Tägliche Rückgabe möglich
<u>Gemischte Fonds</u>				
A-LBA	193.952	179.583	5.502	ja
BWInvest-KLB	122.145	102.688	1.205	ja
A-KLB	125.914	110.844	3.275	ja
A-KLB-R1	127.769	118.571	3.960	ja
A-KLB-R2	127.167	118.221	3.708	ja
A-KLB-R3	126.769	117.768	3.852	ja
A-KLB-R4	126.787	119.480	3.702	ja
A-KLB-R5	135.531	124.682	3.742	ja
A-KLB-R6	133.837	122.566	3.898	ja
A-KLB-R7	131.371	119.533	3.536	ja
<u>Immobilien Fonds</u>				
S-Domus	29.102	29.102	1.043	eingeschränkt*
Real I.S.Individualfonds 1	11.808	11.800	0	eingeschränkt**

* 5-monatige Ankündigung

** Im 11. Monat nach Rückgabeerklärung

HANDELSBESTAND

Der Handelsbestand setzte sich aus Anteilen an Investmentvermögen und anderen festverzinslichen Wertpapieren zusammen.

TREUHANDVERMÖGEN

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellte in voller Höhe Forderungen an Kunden (Aktivposten 4) dar.

SACHANLAGEN

In dieser Position sind enthalten:

Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	100.694
Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.310

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

In dieser Position sind enthalten:

Stille Beteiligung mit Nachrangabrede	7.559	6.286
---------------------------------------	-------	-------

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In dieser Position sind enthalten:

Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	494	564
Unterschiedsbetrag zwischen Erfüllungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Anleihen	4.280	5.318

MEHRERE POSITIONEN BETREFFENDE ANGABEN

Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung	85.315
---	--------

ANLAGENSPIEGEL

In nachstehenden Positionen enthaltenes Anlagevermögen	Anschaffungs-/Herstellungskosten	Veränderungen während des Geschäftsjahres				Abschreibungen und Wertberichtigungen insgesamt	Bilanzwert am Jahresende	Bilanzwert am Vorjahresende	Abschreibungen und Wertberichtigungen des Geschäftsjahres
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen				
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
Immaterielle Anlagewerte	3.304	99	15	-	-	3.115	273	392	218
Sachanlagen	258.395	23.692	6.357	-	-	154.966	120.764	118.943	7.100
Veränderungssaldo (§ 34 Abs. 3 RechKredV)							(ohne anteilige Zinsen)		
Beteiligungen						+289	105.104	104.815	
Anteile an verbundenen Unternehmen						+2.115	9.628	7.513	
Sonstige Vermögensgegenstände						+457	6.743	6.286	

PASSIVSEITE

31.12.2012
T€

31.12.2011
T€

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN

In dieser Position sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.215.793	942.286
darunter: Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	1.215.793	942.286

Der Gesamtbetrag der als Sicherheit übertragenen Vermögensgegenstände für in dieser Position enthaltene Verbindlichkeiten beläuft sich auf insgesamt

360.812

Die Unterposition b) - mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	155.745
mehr als drei Monate bis ein Jahr	169.913
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	250.627
mehr als fünf Jahre	449.591

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN

In dieser Position sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5.869	5.446
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.966	5.305

Die Unterposition ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	180.167
mehr als drei Monate bis ein Jahr	621.437
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	363.628
mehr als fünf Jahre	10.446

Die Unterposition bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	519.396
mehr als drei Monate bis ein Jahr	101.561
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	109.801
mehr als fünf Jahre	26.314

	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN		
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	40.574	10.072
In Unterposition a) - begebene Schuldverschreibungen - enthaltene Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen)	57.467	
TREUHANDVERBINDLICHKEITEN		
Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivposten 1).		
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
In dieser Position sind enthalten:		
Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	5.015	6.018
MEHRERE POSITIONEN BETREFFENDE ANGABEN		
Von den Verbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung	83.453	
ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
ZINSERTRÄGE		
In dieser Position sind enthalten:	T€	
Aperiodische Zinserträge		
Verzugszinsen für Darlehen aus Vorjahren	641	
Nachträgliche Zinszahlung aus Darlehen sowie Vorfälligkeitsentschädigungen	9.046	
ZINSAUFWENDUNGEN		
In dieser Position sind enthalten:	T€	
Aperiodische Zinsaufwendungen		
Im Wesentlichen Vorfälligkeitsentschädigungen im Zusammenhang mit der vorzeitigen Schließung von Zinsswaps und Forward-Swaps	51.216	

3.2.3.6.5 Sonstige Angaben

ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

An folgendem Unternehmen halten wir Anteile von mindestens 20 %:

Name, Sitz	Höhe des Kapitalanteils %	Eigenkapital T€	Jahresüberschuss T€
SVB-Sparkassen-Versicherung Beteiligungs-GmbH Nr. 1, Stuttgart	24,1	167.116 (30.09.2012)	3.174 (2011/2012)

Der übrige Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 und Nr. 11a HGB ist für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

Der Sparkassenverband Baden-Württemberg hat sich zusammen mit den weiteren Trägern quotal entsprechend seinem Stammkapitalanteil im Geschäftsjahr 2009 an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital für die Landesbank Baden-Württemberg beteiligt und eine Rückgarantie zusammen mit der Stadt Stuttgart gegenüber dem Land Baden-Württemberg aus einer Risikoimmunsierungsaktion für die Landesbank Baden-Württemberg übernommen. Als Mitglied dieses Verbandes sind wir verpflichtet, über Umlagen den nicht anderweitig gedeckten Verbandsaufwand entsprechend dem maßgeblichen Umlageschlüssel abzudecken. Dies gilt auch für den Fall, dass die zufließenden Erträge die aus den im Rahmen dieser Konstruktionen möglicherweise entstehenden Aufwendungen nicht abdecken. Ein akutes Risiko der Inanspruchnahme aus diesen Verpflichtungen über die Verbandsumlage ist nach uns vorliegenden Informationen und Auskunft des Sparkassenverbandes derzeit nicht erkennbar.

Als Mitglied des Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg und des überregionalen Sicherungssystems der Deutschen Sparkassenorganisation werden sämtliche Kundenansprüche in voller Höhe sichergestellt. Aus der Verpflichtung, im eventuellen Stützungsfall eines angeschlossenen Instituts gegebenenfalls Nachschusszahlungen zu leisten, ist derzeit nicht mit einer konkreten Inanspruchnahme zu rechnen.

Zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch die S-Finanzgruppe haben wir uns über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. (DSGV) an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbsgesellschaft) als Kommanditistin unterbeteiligt. In diesem Zusammenhang besteht ein Aufwendungsersatzanspruch des DSGV gegenüber den Unterbeteiligten für den Fall, dass die über die Erwerbsgesellschaft auszuschüttenden Dividenden der LBBH die laufenden Aufwendungen (im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung) nicht abdecken. Für das Geschäftsjahr 2012/2013 der Erwerbsgesellschaft ist kein Verpflichtungsüberhang aus dem Aufwendungsersatzanspruch zu erwarten.

3.2.3.6.6 Derivative Finanzinstrumente

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte gliedern sich wie folgt:

	Nominalbeträge in Mio. €				Insgesamt
	nach Restlaufzeiten				
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte					
OTC-Produkte					
Zinsswaps einschließlich Forward-Swaps	1.830,9	1.300,8	310,1	3.441,8	
Caps, Collars (Käufe)	15,0	18,7	2,1	35,8	
Caps, Collars (Verkäufe)	15,0	18,7	2,1	35,8	
Swaptions (Käufe)	5,8	15,4	0,0	21,2	
Börsengehandelte Produkte					
Eurex-Zins-Futures	300,0	0,0	0,0	300,0	
Währungsbezogene Geschäfte					
OTC-Produkte					
Zins-/Währungsswaps	0,8	0,0	2,1	2,9	
Devisentermingeschäfte	76,2	20,0	0,0	96,2	
Insgesamt	2.243,7	1.373,6	316,4	3.933,7	

Bei den zinsbezogenen Termingeschäften handelt es sich nahezu ausschließlich um Deckungsgeschäfte. Devisentermingeschäfte wurden ausschließlich als gedeckte Auftragsgeschäfte mit Dienstleistungscharakter abgeschlossen.

Bei den Kontrahenten im Derivategeschäft per 31. Dezember 2012 handelte es sich um deutsche Kreditinstitute.

Daneben wurden Swaps, Forward-Swaps, Caps, Collars, Zins-/Währungsswaps sowie Devisentermingeschäfte mit Kunden abgeschlossen.

Für die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivate, die nicht einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB zugeordnet sind, ergeben sich folgende zusätzliche Angaben nach § 285 Nr. 19 HGB:

	Nominalbeträge in Mio. €	Zeitwerte in T€ ²		Buchwerte in T€	
		+	./.	Options- prämie	Rückstellung (P7)
Zinsbezogene Geschäfte					
OTC-Produkte					

Zinsswaps einschließlich Forward-Swaps	3.201,4	21.859	103.654 ³		
Swaptions (Käufe)	21,2	69	0	(A13)	708
Börsengehandelte Produkte					
Eurex-Zins-Futures	300,0	45	410	(P05)	45
Insgesamt	3.522,6	21.973	104.064		

Bei börsengehandelten derivativen Finanzprodukten und Geschäften, die am Interbankenmarkt gehandelt werden, werden Marktwerte als Zeitwerte ausgewiesen (Mark-to-Market-Bewertung). Dagegen werden bei OTC-gehandelten derivativen Finanzinstrumenten theoretisch ermittelte Werte als Zeitwerte angesetzt (Mark-to-Model-Bewertung).

Bei der Mark-to-Model-Bewertung wird bezüglich der derivativen Finanzinstrumente wie folgt verfahren:

Zinsswaps werden in die Basisbestandteile Kuponanleihe und Floater zerlegt und unter Zugrundelegung entsprechender Zinsstrukturkurven getrennt bewertet. Der Barwert des Swaps ergibt sich dabei aus der Differenz der Barwerte der beiden Basisprodukte.

Für Swaptions werden die ausgewiesenen Zeitwerte mittels des Black/Scholes-Modells in der jeweils erforderlichen Modifikation berechnet. Grundlagen der Bewertung waren insbesondere der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die Volatilitäten.

Für übernommene Adressenausfallrisiken aus Credit Linked Notes (nominal 10 Mio. €) wurden Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 7,7 Mio. € ausgewiesen; hierfür bestehen Rückstellungen in Höhe von 2.283 T€.

Am Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Devisentermingeschäfte im Nominalvolumen von 96,2 Mio. €. Diese Geschäfte wurden ausschließlich als gedeckte Auftragsgeschäfte mit Dienstleistungscharakter mit inländischen Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die Geschäfte weisen saldiert einen Zeitwert von 0 € aus.

³) Diese in die Zinsbuchsteuerung einbezogenen Derivate wurden bei der verlustfreien Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) berücksichtigt (vgl. Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“) und waren insoweit nicht gesondert zu bewerten.

²) Ohne anteilige Zinsen

3.2.3.6.7 Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz bestanden zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 407 T€ durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Ein Ausweis passiver latenter Steuern war insoweit nicht erforderlich. Auf den Ansatz aktiver latenter Steuern hat die Sparkasse entsprechend § 274 Abs. 1 HGB verzichtet. Die künftigen Steuerentlastungen resultieren aus bilanziellen Ansatzunterschieden bei Sachanlagen, Beteiligungen und Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 6 b EStG). Die zum Ausgleich der künftigen Steuerbelastungen benötigten absehbaren künftigen Steuerentlastungen ergeben sich aus unterschiedlichen bilanziellen Ansätzen bei den Rückstellungen. Der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 28,45 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag) zugrunde gelegt. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit einem Steuersatz von 15,825 % berücksichtigt.

3.2.3.6.8 Abschlussprüferhonorare

Für das Geschäftsjahr wurden von unserem Abschlussprüfer für folgende Leistungen Honorare berechnet:

	T€
für die Abschlussprüfung	243
für andere Bestätigungen	33
für die Steuerberatung	4

ORGANE DER KREISSPARKASSE

Verwaltungsrat		
Vorsitzender	Dr. Rainer Haas	Landrat
1. Stellvertreter des Vorsitzenden	Manfred List	Oberbürgermeister i. R.
2. Stellvertreter des Vorsitzenden	Rainer Gessler	Bauingenieur, Leiter der Geschäftsstelle: Nachhaltig mobile Region Stuttgart
Mitglieder	Markus Bott	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Ralf Braico	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Wilfried Breit (bis 31.08.2012)	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Günter Daiss (bis 14.05.2012)	Geschäftsführender Gesellschafter eines Unternehmens der Sportartikelbranche
	Monika Falke	Sparkassenangestellte, KSK Ludwigsburg
	Helmut Fischer (ab 01.04.2012)	Kriminalhauptkommissar a. D.
	Thomas Fritz (ab 20.07.2012)	Geschäftsführer Ensinger-Heilquellen GmbH
	Siegbert Hörer	Vorstand Bezirksbaugenossenschaft Altwürttemberg i. R.
	Hermann Hofmeister	Geschäftsführender Gesellschafter eines Unternehmens der Einrichtungsbranche i. R.
	Manfred Hollenbach	MdL, Bürgermeister i. R.
	Heinz Kälberer	Oberbürgermeister i. R.
	Jürgen Kessing	Oberbürgermeister der Stadt Bietigheim-Bissingen
	Bernd Kirnbauer (ab 01.09.2012)	Schreinermeister, Geschäftsführer der Bernd Kirnbauer Bau- und Objekt GmbH
	Franz Koch	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Gerd Maisch (bis 31.08.2012)	Oberbürgermeister der Stadt Vaihingen/Enz
	Thomas Nytz	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
Andrea Philipp (ab 01.09.2012)	Sparkassenangestellte, KSK Ludwigsburg	
Daniel Renkonen (bis 31.03.2012)	MdL, Journalist	
Hans Schmid	Bürgermeister der Stadt Ludwigsburg	
Vorstand		
Vorsitzender	Dr. Heinz-Werner Schulte	
Mitglieder	Dieter Wizemann	
	Thomas Raab	

Eines unserer Vorstandsmitglieder hat Aufsichtsratsmandate bei folgenden großen Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Name, Sitz
Württembergische Gemeindeversicherung a. G., Stuttgart
SV Sparkassen-Versicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart

3.2.3.6.9 Bezüge und Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 1.573 T€ gewährt.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes beziehungsweise deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge in Höhe von 544 T€ gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 7.087 T€.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 186 T€.

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite in Höhe von 1.294 T€ gewährt.

An die Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Kredite in Höhe von 1.726 T€ ausgereicht.

3.2.3.6.10 Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	Anzahl
Vollzeitkräfte	1.050
Teilzeit- und Ultimokräfte	430
Auszubildende	212
Insgesamt	1.692

Ludwigsburg, den 19. März 2013

Der Vorstand

Dr. Schulte

Wizemann

Raab

3.2.3.6.11 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kreissparkasse Ludwigsburg für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 2. April 2013

Sparkassenverband Baden-Württemberg
Prüfungsstelle

Schmidt
Wirtschaftsprüfer

Dr. Endlich
Wirtschaftsprüfer

4	Wertpapierbeschreibung für Schuldverschreibungen der Kreissparkasse Ludwigsburg
----------	--

4.1 Beschreibung der Schuldverschreibungen

4.1.1 Allgemeines

Die nachfolgenden Informationen geben einen Überblick über wesentliche Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen. Da die Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen sowie die endgültigen Angebotsbedingungen erst bei deren Ausgabe festgelegt werden können, müssen diese Informationen sowie die nachfolgend abgedruckten Anleihebedingungen im Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen, die diesen Prospekt ergänzen, gelesen werden, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen jeweils gemäß § 14 Wertpapierprospektgesetz veröffentlicht werden.

Die Emittentin beabsichtigt, im Rahmen eines Angebotsprogramms Emissionen von Schuldverschreibungen mit fester Verzinsung, ohne periodische Verzinsung, mit variabler Verzinsung oder mit Reverse Floating Verzinsung, jeweils mit oder ohne Kündigungsrecht der Emittentin, jeweils mit und ohne Nachrangabrede zu begeben.

4.1.2 Produktspezifische Beschreibung der Schuldverschreibungen

Die Beschreibung der Schuldverschreibungen erfolgt in der genannten Reihenfolge:

- (i) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit fester Verzinsung
- (ii) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag ohne periodische Verzinsung
- (iii) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit variabler Verzinsung
- (v) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit Reverse Floating Verzinsung

In jedem Fall erfolgt die Rückzahlung am Ende der Laufzeit immer zu mindestens 100 % des Nennwertes.

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit fester Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und fester Verzinsung begeben wird. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt einen jährlichen festen Zins in einer in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Höhe. Die Schuldverschreibung ist mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit fester Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und fester Verzinsung begeben wird. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt einen jährlichen festen Zins in einer in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Höhe. Auf Grund

der Nachrangigkeit wird das auf die Schuldverschreibung eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag ohne periodische Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und ohne periodische Verzinsung begeben wird. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt keine Zinsen. Die Rendite ergibt sich aus der Differenz zwischen Kaufpreis und Rückzahlung Nennbetrag. Die Schuldverschreibung ist mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag ohne periodische Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und ohne periodische Verzinsung begeben wird. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt keine Zinsen. Die Rendite ergibt sich aus der Differenz zwischen Kaufpreis und Rückzahlung Nennbetrag. Auf Grund der Nachrangigkeit wird das auf die Schuldverschreibung eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit variabler Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und variabler Verzinsung begeben wird. Der jeweilige Zinssatz entspricht dem jeweiligen Referenzzinssatz (dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Euribor®-Satz) am jeweiligen Zinsfestlegungstag, gegebenenfalls zuzüglich eines Aufschlags oder abzüglich eines Abschlags oder multipliziert mit einem in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Betrag. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt zu den in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Zinszahlungstagen einen Zins, dessen Höhe von dem ebenfalls in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Referenzzinssatz abhängig ist. Die Schuldverschreibung ist mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen. Ein Zinssatz von Null kann nicht ausgeschlossen werden, ist in diesen Fällen jedoch auf minimal Null beschränkt.

Nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit variabler Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und variabler Verzinsung begeben wird. Der jeweilige Zinssatz entspricht dem jeweiligen Referenzzinssatz (dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Euribor®-Satz) am jeweiligen Zinsfestlegungstag, gegebenenfalls zuzüglich eines Aufschlags oder abzüglich eines Abschlags oder multipliziert mit einem in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Betrag. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt zu den in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Zinszahlungstagen einen Zins, dessen Höhe von dem ebenfalls in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Referenzzinssatz abhängig ist. Auf Grund der Nachrangigkeit wird das auf die Schuldverschreibung eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet. Ein Zinssatz von Null kann nicht ausgeschlossen werden, ist in diesen Fällen jedoch auf minimal Null beschränkt.

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit Reverse Floating Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und Reverse Floating Verzinsung begeben wird. Der jeweilige variable Zinssatz ergibt sich dabei aus der Differenz zwischen einem in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Prozentsatz und dem Referenzzinssatz (dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Euribor®-Satz) am jeweiligen Zinsfestlegungstag. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt zu den in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Zinszahlungstagen einen Zins, dessen Höhe von dem ebenfalls in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Referenzzinssatz abhängig ist. Ein negativer RF-Zinssatz kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, ist in diesen Fällen jedoch auf minimal Null beschränkt. Die Schuldverschreibung ist mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit Reverse Floating Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und Reverse Floating Verzinsung begeben wird. Der jeweilige variable Zinssatz ergibt sich dabei aus der Differenz zwischen einem in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Prozentsatz und dem Referenzzinssatz (dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Euribor®-Satz) am jeweiligen Zinsfestlegungstag. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt zu den in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Zinszahlungstagen einen Zins, dessen Höhe von dem ebenfalls in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Referenzzinssatz abhängig ist. Ein negativer RF-Zinssatz kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, ist in diesen Fällen jedoch auf minimal Null beschränkt. Auf Grund der Nachrangigkeit wird das auf die Schuldverschreibung eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.

4.2 Verantwortliche Personen

Die Kreissparkasse Ludwigsburg mit Sitz in Ludwigsburg übernimmt gemäß § 5 Abs. 4 Wertpapierprospektgesetz die Verantwortung für den Inhalt des Prospektes und erklärt, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

4.3 Wichtige Angaben

4.3.1 Interessen – einschließlich der Interessenkonflikte

Die Emittentin ist berechtigt, Schuldverschreibungen für eigene Rechnung oder für Rechnung Dritter zu kaufen und zu verkaufen und weitere Schuldverschreibungen zu begeben. Die Emittentin wird überdies täglich an den internationalen und deutschen Geld- und Kapitalmärkten tätig. Sie kann daher für eigene Rechnung oder für Kundenrechnung Geschäfte abschließen, an denen Anlagewerte direkt oder indirekt beteiligt sind, und sie kann in Bezug auf diese Geschäfte auf dieselbe Weise handeln, wie wenn die Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen nicht ausgegeben worden wären. Es bestehen insofern keine für die Emission oder das Angebot wesentlichen Interessen bzw. Interessenskonflikte.

4.3.2 Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses

Der Emissionserlös aus der Begebung von Schuldverschreibungen wird von der Emittentin für die Finanzierung ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit verwendet.

4.4 Angaben über die anzubietenden nachrangigen oder nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen mit fester, ohne periodische, mit variabler oder mit Reverse Floating Verzinsung, mit oder ohne Kündigungsrecht

4.4.1 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei der Emission der Kreissparkasse Ludwigsburg handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen der in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Serie.

Die Schuldverschreibungen haben den in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen ISIN-Code und die in den Endgültigen Bedingungen vorgesehene WKN.

4.4.2 Anwendbares Recht

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

4.4.3 Verbriefung

Die Schuldverschreibungen, gegebenenfalls samt Zinsansprüchen, sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen oder gegebenenfalls Zinnscheinen werden nicht ausgestellt.

4.4.4 Währung

Die Schuldverschreibungen werden in der in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Währung begeben.

4.4.5 Status und Rang

Die Schuldverschreibungen werden als nachrangige oder nicht-nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben. Die Schuldverschreibungen einer Serie sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.

Werden die Schuldverschreibungen als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben, sind sie mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Werden die Schuldverschreibungen als nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben, wird das auf sie eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet. Im Übrigen haben die Ansprüche aus diesen Schuldverschreibungen zu den Ansprüchen anderer Kapitalgeber im Sinne des § 10 KWG gleichen Rang. Danach erfolgt die Befriedigung der Ansprüche entsprechend ihrem Verhältnis zum übrigen Kapital im Sinne des § 10 KWG unabhängig von der Reihenfolge der Kapitalaufnahme durch die Emittentin. Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche Sicherheiten durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt. Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus diesen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Eine vorzeitige Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarung zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 5 KWG). Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus nachrangigen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten (§ 10 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4a) und b) KWG).

4.4.6 Kündigungrecht der Emittentin

Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass kein ordentliches Kündigungsrecht besteht oder dass ein ordentliches Kündigungsrecht der Emittentin besteht.

4.4.7 Verzinsung

Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass Schuldverschreibungen mit fester Verzinsung, ohne periodische Verzinsung, mit variabler Verzinsung bzw. mit Reverse Floating Verzinsung in Abhängigkeit von einem Referenzzinssatz begeben werden.

Die Endgültigen Bedingungen legen die Zinslaufperioden fest. Sofern in den Endgültigen Bedingungen eine Kombination der nachfolgenden Verzinsungsmöglichkeiten vorgesehen ist, wird jeder Zeitraum mit einer dieser Verzinsungsmöglichkeiten als Zinslaufperiode bezeichnet. In diesem Fall legen die Endgültigen Bedingungen zusätzlich den Beginn und das Ende der verschiedenen Zinslaufperioden fest.

Im Fall von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung bzw. mit Reverse Floating Verzinsung in Abhängigkeit von einem Referenzzinssatz legen die Endgültigen Bedingungen den Referenzzinssatz fest.

Für die Zinszahlungen gilt die gesetzliche Verjährungsfrist.

4.4.8 Fälligkeit, Art und Weise der Rückzahlung

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % an dem in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Fälligkeitstag oder, sofern die Endgültigen Bedingungen vorsehen, dass die Emittentin über ein Kündigungsrecht verfügt und die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag zurückgezahlt (siehe auch Abschnitt 4.4.6).

Die zu zahlenden Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf 10 Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche auf Kapitalrückzahlungen aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an. Die Verjährungsfristen für Ansprüche auf Kapitalrückzahlungen auf Schuldverschreibungen und für Ansprüche auf Zinszahlungen (siehe Abschnitt 4.4.7) stehen unabhängig nebeneinander.

4.4.9 Rendite

Im Fall von fest verzinslichen Schuldverschreibungen wird die Emissionsrendite in den Endgültigen Bedingungen offen gelegt, sofern dies im Hinblick auf die Art der Verzinsung zum betreffenden Zeitpunkt möglich ist.

4.4.10 Ermächtigung

Aufgrund des Grundsatz-Beschlusses Nr. 137/1994 vom 22.12.1994 begibt die Kreissparkasse Ludwigsburg mit Sitz in Ludwigsburg Schuldverschreibungen.

4.4.11 Emissionstermin

Die Schuldverschreibungen werden voraussichtlich an dem in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Emissionstermin erstmalig emittiert.

4.4.12 Übertragbarkeit der Wertpapiere

Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG übertragbar.

Es bestehen keine Übertragungsbeschränkungen.

4.4.13 Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland besteht zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Prospektes keine gesetzliche Verpflichtung der Emittentin zur Einbehaltung oder zum Abzug von Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art auf Kapital und/oder Zinsen der Inhaberteilschuldverschreibungen (Quellensteuer). Hiervon zu unterscheiden ist die Zinsab-

schlagsteuer, für deren Einbehaltung die auszahlende Stelle verantwortlich ist. Eine über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Verpflichtung wird von der auszahlenden Stelle nicht übernommen und die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung oder den Abzug von Steuern an der Quelle.

Potenziellen Anlegern der Schuldverschreibungen wird daher geraten, ihren eigenen steuerlichen Berater zur Klärung der steuerlichen Konsequenzen zu konsultieren, die aus dem Kauf, Halten und der Veräußerung der Schuldverschreibungen folgen.

4.4.14 Verkaufsbeschränkungen

Die Weitergabe dieses Prospekts und das Angebot der Schuldverschreibungen können in bestimmten Rechtsordnungen gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Die Emittentin geht davon aus, dass Personen, die in den Besitz dieses Prospektes gelangen, sich über solche Beschränkungen informieren und diese beachten.

Insbesondere wurden und werden die Schuldverschreibungen nicht gemäß dem United States Securities Act von 1933 registriert. Sie dürfen weder unmittelbar noch mittelbar zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an oder für Rechnung oder zu Gunsten von Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika angeboten oder verkauft werden. Ein Angebot, Verkauf, Weiterverkauf, Handel oder eine Lieferung, sei es unmittelbar oder mittelbar, innerhalb der Vereinigten Staaten oder an, für Rechnung oder zugunsten von US-Personen erkennt die Emittentin nicht an. Eine gegen diese Beschränkung verstoßende Transaktion kann eine Verletzung des Rechts der Vereinigten Staaten von Amerika darstellen. Die Emittentin ist hierfür nicht verantwortlich.

4.4.15 Kategorien potenzieller Investoren

Die Endgültigen Bedingungen legen fest, ob die Schuldverschreibungen an Privatanleger und institutionelle Investoren in der Bundesrepublik verkauft werden.

4.4.16 Zulassung zum Handel

Die Schuldverschreibungen werden nicht in den Freiverkehr einbezogen oder zum Handel im regulierten Markt einer Börse zugelassen.

4.5 Zusätzliche Informationen

4.5.1 Angaben, die in die Endgültigen Bedingungen einer Emission aufgenommen werden

In die Endgültigen Bedingungen einer Emission werden alle noch ausstehenden Informationen zu den Schuldverschreibungen und des jeweiligen Angebots, wie Verzinsung, Laufzeit, gegebenenfalls vorzeitige Rückzahlungstag(e), Fälligkeit, Emissionsvolumen, Beginn des öffentlichen Angebots, Verkaufskurs und Mindestzeichnung, aufgenommen. Die Endgültigen Bedingungen enthalten somit alle wirtschaftlichen Daten der jeweiligen Emission.

4.5.2 Veröffentlichung des Prospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen

Dieser Prospekt wird nach seiner Billigung bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und unverzüglich, spätestens einen Werktag vor Beginn des öffentlichen

Angebots gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. a Wertpapierprospektgesetz auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht.

Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots veröffentlicht und bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt. Die Veröffentlichung erfolgt auf der Internetseite der Emittentin. Die Hinterlegung der Endgültigen Bedingungen des Angebots bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erfolgt am Tag ihrer Veröffentlichung.

Die gedruckten Fassungen des Prospekts und der Endgültigen Bedingungen sind, ebenso wie eine konsolidierte Fassung der Anleihebedingungen, während der üblichen Öffnungszeiten bei der Kreissparkasse Ludwigsburg, Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg, kostenlos erhältlich.

4.5.3 Zustimmung zur Prospektnutzung

Die Emittentin hat keine Zustimmung zur Verwendung dieses Prospekts durch Finanzintermediäre erteilt.

4.5.4 Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigeninformationen

An der Emission ist kein Berater beteiligt.

4.5.5 Korrekte Wiedergabe von Informationen Dritter

Die Informationen, die von Seiten Dritter übernommen wurden, wurden korrekt wiedergegeben und — soweit bekannt und aus den von dieser dritten Partei übermittelten Informationen abgeleitet werden konnte — wurden keine Fakten unterschlagen, die die reproduzierten Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

4.6 Konditionen des Angebots

Die Endgültigen Bedingungen enthalten Angaben zu folgenden Punkten:

- Bedingungen des Angebots
- Gesamtsumme der Emission
- Angebotszeitraum
- Beschreibung des Antragsverfahrens
- Beschreibung der Möglichkeit zur Reduzierung der Zeichnungen und des Verfahrens für die Erstattung des zu viel gezahlten Betrags an die Antragsteller
- Mindest- und/oder maximale Zeichnungshöhe
- Methode und Fristen für die Bedienung der Wertpapiere und ihre Lieferung
- Beschreibung der Modalitäten und des Termins für die öffentliche Bekanntgabe der Angebotsergebnisse
- Angabe der verschiedenen Anlegerkategorien, denen die Wertpapiere angeboten werden
- Verfahren für die Benachrichtigung der Zeichner über den ihnen zugeteilten Betrag und Hinweis darauf, ob mit dem Handel schon vor einer solchen Benachrichtigung begonnen werden kann
- Angabe des Preises, zu dem die Wertpapiere voraussichtlich angeboten werden

- Angabe etwaiger Kosten und Steuern, die speziell dem Zeichner oder Käufer in Rechnung gestellt werden
- Name und Anschrift des Koordinators/der Koordinatoren des gesamten Angebots sowie einzelner Angebotsteile und — sofern dem Emittenten oder Bieter bekannt — Name und Anschrift derjenigen, die das Angebot in den verschiedenen Staaten platzieren
- Name und Anschrift der Zahl- und Verwahrstellen

5 Anleihebedingungen

§ 1 Nennbetrag

Die Emission der Kreissparkasse Ludwigsburg (die „Emittentin“) im Gesamtnennbetrag von • (in Worten •) ist eingeteilt in • auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen (die „Schuldverschreibungen“) im Nennbetrag von je •.

§ 2 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei der Emission der Kreissparkasse Ludwigsburg handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen, Serie •.

Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code • und die WKN •.

§ 3 Verbriefung

Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn (die „Clearstream Banking AG“), hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu, die gemäß den Regeln und Bestimmungen der Clearstream Banking AG übertragen werden können. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen oder Zinsscheinen werden nicht ausgestellt.

§ 4 Währung

Die Schuldverschreibungen werden in • begeben.

§ 5 Kündigungsrecht der Emittentin, Bankgeschäftstag

[Die Kündigung der Schuldverschreibungen seitens der Emittentin ist ausgeschlossen.]

[Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum • ([jeweils] der „vorzeitige Rückzahlungstag“) zu 100 % des Nennbetrages zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin • Bankgeschäftstage vor dem jeweiligen vorzeitigen Rückzahlungstag treffen (der „Feststellungstag“) und unverzüglich gemäß § 11 bekannt machen.]

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.

§ 6 Fälligkeit und Verjährung

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % des Nennwertes am • (der „Fälligkeitstag“) [oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag] zurückgezahlt.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf 10 Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

§ 7 Status und Rang

Die Schuldverschreibungen werden als [nachrangige] [nicht-nachrangige] Schuldverschreibungen ausgegeben.

Die Schuldverschreibungen einer Serie sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.

[Als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen sind diese mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.]

[Das auf die nachrangigen Schuldverschreibungen eingezahlte Kapital wird im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.

Im Übrigen haben die Ansprüche aus diesen Schuldverschreibungen zu den Ansprüchen anderer Kapitalgeber im Sinne des § 10 KWG gleichen Rang. Danach erfolgt die Befriedigung der Ansprüche entsprechend ihrem Verhältnis zum übrigen Kapital im Sinne des § 10 KWG, unabhängig von der Reihenfolge der Kapitalaufnahme durch die Emittentin.

Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche Sicherheiten durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt.

Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus diesen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Eine vorzeitige Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 5 KWG).

Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten (§ 10 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4a) und b) KWG.)

§ 8 Verzinsung

[Feste Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) mit jährlich • % [, und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) mit jährlich • %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •.

Die Zinsen sind jeweils am • fällig, erstmals am •. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (§ 6) vorausgeht, [bzw. bei Ausübung des Kündigungsrechtes mit Ablauf des Tages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 5 vorausgeht.].

[Ohne periodische Verzinsung
Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst.]

[Variable Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) [und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der • [der •] [und der •] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am •.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich • %] [und beträgt mindestens • %] [und beträgt maximal • %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der •. Bankgeschäftstag (§ 5) [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag (§ 5), ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention „modified following adjusted“).]

[Reverse Floating Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) [und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen Reverse Floating Zinssatz (der „maßgebliche RF Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der • [, der •] [, der •] [und der •] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am •.

Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich dabei aus • % abzüglich dem [•-fachen] Referenzzinssatz [und beträgt mindestens • %] [und beträgt maximal • %]. Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der •. Bankgeschäftstag (§ 5) [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag (§ 5), ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention „modified following adjusted“).

§ 9 Zahlungen

Sämtliche gemäß den Anleihebedingungen zahlbaren Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

§ 10 Begebung weiterer Schuldverschreibungen, Rückkauf von Schuldverschreibungen

Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zusammengefasst werden, eine einheitliche Anleihe bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „Schuldverschreibungen“ umfasst im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit auch ohne öffentliche Bekanntmachung Schuldverschreibungen zu erwerben und/oder wieder zu verkaufen.

§ 11 Bekanntmachungen

Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Bekanntmachungen erfolgen durch Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger oder einem überregionalen Börsenpflichtblatt.

§ 12 Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

Erfüllungsort ist Frankfurt am Main.

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist Ludwigsburg.

§ 13 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Anleihebedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Unwirksame Bestimmungen werden in Übereinstimmung mit Sinn und Zweck dieser Anleihebedingungen ersetzt.

6 Endgültige Bedingungen

Die nachfolgenden Angaben stellen ein Muster der jeweiligen Endgültigen Bedingungen zu diesem Basisprospekt dar. Im Rahmen der Emission werden die mit einem Platzhalter („•“) gekennzeichneten Stellen ausgefüllt und die mit eckigen Klammern („[]“) gekennzeichneten Optionen ausgewählt oder weggelassen.

Dies sind die Endgültigen Bedingungen einer Emission von Schuldverschreibungen nach Maßgabe des Basisprospektes der Kreissparkasse Ludwigsburg vom 09.09.2013.

Die Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 5 Absatz 4 der Richtlinie 2003/71/EG abgefasst und sind in Verbindung mit dem Basisprospekt und etwaiger Nachträge zu lesen.

Der Basisprospekt und etwaige Nachträge wurden auf der Website der Kreissparkasse Ludwigsburg (www.ksklb.de) veröffentlicht. Kopien des Prospektes werden an der Hauptverwaltung der Kreissparkasse Ludwigsburg, Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten.

Um sämtlichen Angaben über die Kreissparkasse Ludwigsburg und das Angebot der Schuldverschreibungen zu erhalten, ist der Basisprospekt in Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen zu lesen.

Den Endgültigen Bedingungen ist eine Zusammenfassung für die einzelne Emission angefügt.

1. Wertpapieridentifikationsnummern

Serie: •

ISIN: •

WKN: •

2. Währung: •

3. Status und Rang: Die Schuldverschreibungen werden als [nicht-]nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben.

4. Kündigungsrecht der Emittentin: [Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum • ([jeweils] der „ vorzeitige Rückzahlungstag“) zu 100 % des Nennbetrages zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin • Bankgeschäftstage vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen (der „Feststellungstag“) und unverzüglich gemäß § 11 der Anleihebedingungen bekannt machen. „Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.] [Es ist kein Kündigungsrecht der Emittentin vorgesehen.]

5. Verzinsung:

[(bei fester Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) mit jährlich • % [, und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) mit jährlich • %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •.

Die Zinsen sind jeweils am • fällig, erstmals am •. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (siehe Abschnitt 4.4.8) vorausgeht, bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Kalendertages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß Abschnitt 4.4.6 vorausgeht.]

[(ohne periodische Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst.]

[(bei variabler Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) [und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich)] [sowie evtl. weitere Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst. Zinstermine sind der • [, der •] [, der •] [und der •] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinsterminen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am •.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich • %] [und beträgt mindestens • %] [und beträgt maximal • %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der •. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.]

[(bei Reverse Floating Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) [und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen Reverse Floating Zinssatz (der „maßgebliche RF Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der • [, der •] [, der •] [und der •] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinsterminen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am •.

Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird. Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich dabei aus • % abzüglich dem [• -fachen] Referenzzinssatz [und beträgt mindestens • %] [und beträgt maximal • %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der •. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.]

6. Fälligkeitstag: •
7. Rendite: [Die Emissionsrendite beträgt • [zum regulären Laufzeitende].
[Berechnungsgrundlage: •.]
[Die Angabe zur Rendite entfällt.]
8. Ermächtigung: Auf Grund des Beschlusses vom • begibt die Kreissparkasse Ludwigsburg mit Sitz in Ludwigsburg Schuldverschreibungen.
9. Emissionstermin: •
10. Bedingungen des Angebots: [Die Emittentin behält sich vor, die Emission nicht zu begeben, sondern ein Emissionsvolumen von • nicht erreicht wird.]
[Das Angebot unterliegt keinen Bedingungen]
11. Emissionsvolumen, Stückelung: Das Emissionsvolumen des Angebots beträgt bis •, eingeteilt in • Inhaberschuldverschreibungen zu je • (der „Nennbetrag“).
12. Beginn des öffentlichen Angebots: Das öffentliche Angebot beginnt am • und [erfolgt fortlaufend] [endet am •] [endet mit dem letzten Tag der Zeichnungsphase].
13. Zeichnungsphase: [Eine Zeichnungsphase ist nicht vorgesehen.]
14. Mindestzeichnung: [Der Mindestzeichnungsbetrag beträgt •] [Es gibt keinen Mindestzeichnungsbetrag.]
Höchstzeichnung: [Der Höchstzeichnungsbetrag beträgt •] [Es gibt keinen Höchstzeichnungsbetrag]
15. Mindestanlagebetrag: [Der Mindestanlagebetrag beträgt•] [Es gibt keinen Mindestanlagebetrag.]
16. Kategorien potenzieller Investoren: Die Schuldverschreibungen werden an [Privatanleger] [und] [institutionelle Investoren] in der Bundesrepublik verkauft.

17. Verkaufskurs: Der von der Emittentin festgelegte erste Verkaufskurs beträgt •.
[Anschließend werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]
[Nach Ablauf der Zeichnungsphase werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]
18. Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigeninformationen: [An der Emission ist kein Berater beteiligt.] [An der Emission [ist][sind] folgende[r] Berater beteiligt: [Name, Vorname]
[In der Wertpapierbeschreibung ist kein von einem gesetzlichen Abschlussprüfer überprüfter Inhalt vorhanden].
[In der Wertpapierbeschreibung sind keine Sachverständigeninformationen eingefügt.]
[•]

Ludwigsburg, den 09.09.2013

Kreissparkasse Ludwigsburg

gezeichnet Dieter Wizemann

Vorstand GB 2

gezeichnet Tobias Enchelmaier

Abteilungsleiter Vermögensver-
waltung / Wertpapiere